

TAGESSCHAU

POLITIK

Estland: Aus Protest gegen die Russifizierung Estlands hat sich der ehemalige stellvertretende Justizminister der estnischen Sowjetrepublik, Valdo Randpere, mit seiner Frau in den Westen abgesetzt. Er nutzte einen Besuch in Finnland zur Flucht nach Schweden, wo er um Asyl bat. (S. 8)

Festnahme: Ein 34-jähriger Ost-Berliner, für dessen Ausreise am Montag zwei Verwandte in West-Berlin am Grenzübergang Checkpoint Charlie demonstriert hatten, ist gestern verhaftet worden. (S. 4)

Flugzeugentführung: Nach den Gerichtsurteilen gegen die iranischen Luftpiraten, die einen „Airbus“ nach Rom entführt hatten, werden in Italien Schwierigkeiten mit der iranischen Regierung befürchtet. Einer der Täter war freigesprochen, der andere zu sieben Jahren verurteilt worden. (S. 5)

Afghanistan: Über 200 000 Afghanen haben nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Bachtar in Kabul geäußert die vorübergehende Besetzung der afghanischen Botschaft in Bonn in der vergangenen Woche demonstriert. (S. 8)

Gentechnologie: Die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Chance und Risiken der Gentechnologie“ hat sich gestern konstituiert.

Anschlag vereitelt: Nur wenige Augenblicke vor dem Zündzeitpunkt konnte im Bus der türkischen Olympia-Mannschaft auf dem Flughafen von Los Angeles eine Rohrbombe entschärft werden. Die Sportler hatten den Bus bereits verlassen, zurück waren nur Wachleute geblieben.

USA unterlegen: Gegen die Stimmen der USA und Israels hat der Hauptaustausch der Weltbevölkerungskonferenz beschlossen, einen Passus in das Schlußdokument aufzunehmen, in dem die israelische Besiedlung des Westjordanlandes kritisiert wird. (S. 4)

Präventivmaßnahme: Die israelischen Besatzungsbehörden im Westjordanland und im Gaza-Streifen wollen politische Organisationen der Palästinenser verbieten. Damit soll verhindert werden, daß sich eine neue lokale Führung bildet, die mit der PLO zusammenarbeitet.

Einigung? Die NATO-Staaten stehen nach Angaben aus Bündnis- und NATO-Kreisen vor einer Einigung über das umstrittene Infrastrukturprogramm. Der mit 7,85 Milliarden Dollar ausgestattete Plan werde wahrscheinlich nächsten Monat gebilligt werden. (S. 8)

Maghreb: Libyen und Marokko haben einen Zusammenschluß vereinbart. Er muß noch von der Bevölkerung gebilligt werden.

ZITAT DES TAGES



„Durch die gute Abstimmung zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik ist heute wieder ein Maß an Preisstabilität erreicht, wie es zuletzt in den sechziger Jahren anzutreffen war. Im Juli lag der Anstieg der Lebenshaltungskosten im Jahresvergleich bei 2,2 Prozent.“

Bundestagsminister Gerhard Stoltenberg
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Der Ausstoß im produzierenden Gewerbe lag im 2. Quartal streikbedingt um rund 4,5 Prozent unter dem Niveau des 1. Quartals, teilte der Bundesverband deutscher Banken mit. (S. 9)

Autoindustrie: Japans Autoproduktion stieg 1983 um 3,5 Prozent auf 11,112 Millionen Einheiten. Damit blieb das Land zweitgrößter Autoproduzent.

Automation: Mit der Konzentration der Robotikforschung in einem eigenen Kombinat strafft die „DDR“ ihre auf östliche Technologiemärkte gerichteten Exportanstrengungen.

Buchungsgebühren: Als erste Großbank wird die Commerzbank ab Oktober ein neues vereinfachtes Gebührensystem für die Privatkundschaft einführen. Es soll nur noch eine Monatspauschale von drei DM je Konto berechnet werden, dafür fällt die Verzinsung für Guthaben unter 3000 DM weg. (S. 9)

Börse: Von Sonderbewegungen abgesehen, gab es an den Aktienmärkten nur wenig Veränderung. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 144,1 (144,0). Dollarmittelkurs 2,8951 (2,9175) Mark. Goldpreis pro Feinunze 354,00 (343,50) Dollar.

KULTUR

Ausstellungen: Bayern schickt im Herbst eine Ausstellung mit 40 bedeutenden Werken der europäischen Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts nach Moskau und Leningrad. Die UdSSR zeigt die Ausstellung „Gold der Skythen“ in München. (S. 13)

Medizin: Gegen die äußerst schmerzhaften Bandscheibenverfälle können neuerdings Spritzen helfen, die den vorgefallenen Bandscheibenknorpel auflösen. Bei dem Mittel handelt es sich um ein Enzym aus dem Saft der Papaya-Pflanze. (S. 13)

SPORT

Schach: Der frühere Schach-Weltmeister Tigran Petrosjan (UdSSR) ist nach langer Krankheit im Alter von 55 Jahren gestorben. Den Weltmeistertitel hielt er in Tiflis geborene Großmeister von 1963 bis 1969.

Olympia: Willi Daume und rund 2000 Schaulustige empfingen auf dem Frankfurter Flughafen das deutsche Olympia-Team. Wegen einer Krankheit konnte Daume die Spiele in Los Angeles nur am Fernseher erleben.

AUS ALLER WELT

Krebs-Bilanz: Etwa 25 Prozent aller Sterbefälle in der Bundesrepublik - oder 160 000 jährlich - sind heute krebsbedingt. Das sind zehn Prozent mehr als vor 30 Jahren. (S. 4)

Freie Fahrt: Am kommenden Dienstag wird die „Europaspur“

am deutsch-österreichischen Grenzübergang „Salzburg-Autobahn“ eröffnet. Eine Woche später heißt es dann auch „freie Fahrt“ an den restlichen Übergängen zwischen beiden Ländern.

Wetter: Wechselnd bewölkt, vereinzelt Schauer. 22 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Zimbabwes Marsch in den kommunistischen Einheitsstaat - Von Heinz Barth S. 2

Neue Studie: Immer häufiger verdrängt der Apotheker den Arzt - Von Peter Jentsch S. 3

Gedenkausstellung 13. August: Die Mauer manifestiert heute die Teilung der Welt S. 4

Kraftwerk: Japaner machen es möglich - Entschwefelungsanlage für Leiningerwerk S. 4

Rom: Verfahren gegen „Befreiungstheologen“ - Mit Marx Evangelium ausgelegt? S. 5

Fernsehen: Bonns „Museum Koenig“ - Wo die Bundesrepublik Deutschland geboren wurde S. 7

Forum: Personalien und Leserbrief - Wort des Tages S. 8

Wirtschaftswissenschaften: Stellego im Ausland sehr gefragt - Stellego Bewerberzahlen S. 9

Jubiläum: Retjens-Museum in Düsseldorf feiert Geburtstag - Spendable Gratulanten S. 13

Unicef: Generalangriff auf Ägyptens Plage Nummer 1 - Bilharziose soll gestoppt werden S. 14

Trend „weg von der Ehe“ wird besorgniserregend

Auch die Geburtenrate sinkt / „Zunehmende Instabilität“

STEFAN HEYDECK, Bonn
Auf einen „besorgniserregenden Trend“ hat Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) aufmerksam gemacht. Immer mehr Bundesbürger lassen sich scheiden. Gleichzeitig gehen die Zahlen der Eheschließungen und der Geburten deutlich zurück. Dahinter steht nach Ansicht des Ministers, daß sich „die innere Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung zur Ehe, zur Familie und zum Kind in den letzten 20 Jahren grundlegend“ geändert hat. Engelhard rief dazu auf, dieser „zunehmenden Instabilität zwischenmenschlicher Beziehungen“ entgegenzuwirken.

Seine Besorgnis über den erkennbaren Trend „weg von der Ehe“ belegte Engelhard gestern mit Zahlen: Danach haben sich die Scheidungen mit 58 728 im Jahre 1983 gegenüber 121 317 im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Diese ständige Zunahme sei auch durch eine gewisse, verfahrensrechtlich bedingte Stabilisierung in den Jahren 1977 und 1978 nicht zum Stillstand gekommen. Damals hatte es aufgrund der Eheerbschaftsreform einen gewissen „Stau“ bei den Gerichten gegeben.

Doch schon von 1979 an stiegen die Scheidungszahlen wieder. „Aufällig“ ist es, so Engelhard, daß nach der Statistik halb so viele Männer wie Frauen die Scheidung beantragen. So ging 1983 die Initiative zur Trennung von 39 987 Frauen gegenüber 18 741 Männern aus. 1982 waren es 71 101 Frauen und 37 181 Männer.

Parallel zu dieser Entwicklung ging die Zahl der Eheschließungen immer weiter zurück: Während 1985

SEITE 2:
Wer sich zeitlich bindet

nach 492 126 Ehen geschlossen wurden, waren es im vergangenen Jahr mit 389 628 fast ein Viertel weniger. Dabei nahm die Zahl der Geburten um mehr als ein Drittel ab: 1985 wurden 1 044 328 Kinder geboren. 1983 waren es nur noch 821 173. Bereits Ende 1983 hatte eine interministerielle Arbeitsgruppe in einem Bericht an das Bundeskabinett festgestellt, daß sich die deutsche Bevölkerung innerhalb von elf Jahren um fast 1,5 Millionen auf 56,87 Millionen verringert

hatte und noch erheblich mehr abnehmen werde.

Engelhard wies gestern darauf hin, daß die in der Bundesrepublik Deutschland registrierte Entwicklung in anderen westlichen Ländern „jedenfalls noch dramatischer“ sei. So wurden 1980 nach der Statistik pro 1000 Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland 1,6 Ehen geschlossen. In Schweden waren es 2,2, in Dänemark 2,8 und in Großbritannien sogar 2,8.

Nach Ansicht des Bundesjustizministers müssen die tieferen Ursachen der Ehemöglichkeit noch sorgfältig soziologisch erforscht werden. Dies sei „eine der größten gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit, die alle Kräfte von Staat und Gesellschaft“ herausfordere.

Er warnte allerdings vor der Meinung, daß es „Patentrezepte“ gebe. Es sei ein „Irrglaube, in staatlichen Maßnahmen das alleinige Alibi gegen diese Erscheinung zu sehen“. Dennoch soll Ende September im Bundeskabinett eine Novelle zum Scheidungsfolgenrecht verabschiedet werden.

Plante RAF Anschlag auf Rebmann?

Hubschrauber des Generalbundesanwalts beschossen / Polizei löst Ringfahndung aus

DW, Karlsruhe
Ein vermutlicher Mordanschlag auf Generalbundesanwalt Kurt Rebmann ist am Dienstagvormittag beim Karlsruher Bundesgerichtshof mißglückt.

Ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes ist beim Anflug auf den Bundesgerichtshof noch vor seiner Landung im Hof des Bundesgerichtshofes von einem benachbarten Hochhaus aus beschossen worden. Der Hubschrauber wollte Generalbundesanwalt Rebmann zu einer Dienstreise abholen. Die Polizei hat inzwischen eine Ringfahndung in Karlsruhe ausgelöst, wobei nach Angaben eines Sprechers auch Wohnungen durchsucht wurden.

Rebmann war während des Zwischenfalls noch nicht an Bord des Helikopters, an dessen Rumpf nach Angaben der Bundesanwaltschaft später zwei „Einkerbungen nach innen“ bemerkt wurden. Durchschüsse selbst konnten nach einer Untersuchung nicht entdeckt werden, wie der Landespolizeipräsident von Baden-

Württemberg, Alfred Stümper, gestern nachmittag bekanntgab.

Vermutet wurde, daß der Hubschrauber aus einem Hochhaus in der Nähe des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe beschossen wurde. Der oder die Täter hätten aber offenbar ein zu kleines Kaliber gewählt, das keinen Schaden an dem Hubschrauber anrichten können. Stümper äußerte Zweifel daran, ob der Anschlag von Terroristen verübt worden sei.

Nach amtlicher Darstellung hatten zwei Beamte einer Polizeistreife gegen 9.45 Uhr drei Schüsse gehört, als sich der Hubschrauber auf dem Landeanflug auf das Gelände der Bundesanwaltschaft befand. Dort stieg Rebmann nach Angaben seines Sprechers Hans-Jürgen Förster mit seiner Begleitung zu und startete zu einem Besuch des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden. Die Besatzung, die von den Schüssen nichts bemerkt hatte, wurde während des Fluges von der Polizei informiert.

Die Ermittlungsbehörden rechnen

seit längerem mit einem Anschlag auf den Generalbundesanwalt. Er war in Schriften der Terroristenzone als unerwünschter Gegner der RAF zum Feindbild aufgebaut worden, der auch schuld an der sogenannten Isolationsfolter habe, der Terroristen in den Justizvollzugsanstalten ausgesetzt seien.

In den vergangenen Wochen waren bei Festnahmen von mutmaßlichen Angehörigen der RAF und bei Durchsuchungen von deren Wohnungen Pläne gefunden worden, die nach ihrer Entschlüsselung auf einen Anschlag „gegen eine Person der Bundesanwaltschaft“ hinwiesen.

Eine von der inzwischen in Frankfurt festgenommenen Christa Eckes in Karlsruhe angestrichene konspirative Wohnung Ecke Bahnhof/Karlstraße liegt nur wenige Meter von einer der Fahrtrouten entfernt, die Rebmann bei seinen täglichen Fahrten mit seinem Pkw von seinem Wohnsitz in Stuttgart-Vaihingen nach Karlsruhe befahren muß.

„Berlins Position wird gefährdet“

Dregger: Apel soll seine Aussage zurücknehmen / Kritik auch aus der SPD

ms/pp, Bonn
Als eine „unglaubliche politische Dummheit“ hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, die Aussage des SPD-Politikers Hans Apel qualifiziert, wonach die deutsche Frage nicht mehr offen sei. Dregger sagte gegenüber der WELT: „Diese Aussage verschlechtert unsere Position in der mittelfristigen Entwicklung in der Deutschlandpolitik. Außerdem wird dadurch die Position Berlins gefährdet. Denn die Freiheit West-Berlins, das Herr Apel regieren möchte, hängt doch davon ab, daß Deutschland fortbesteht, daß es eine deutsche Staatsangehörigkeit gibt.“ Dregger forderte Apel, seine Aussage in aller Form zurückzunehmen. „Statt sich weiter in seinem Unsinne zu verrennen, sollte er sagen: Ich habe Unsinns geredet. Ich bleibe bei der gemeinsamen Position der demokratischen Parteien in der Deutschlandpolitik.“

Apel selbst hat inzwischen in einem erneuten Rundfunkinterview versucht, seine deutschlandpolitischen

Außerungen zu interpretieren und sie mit Hinweis auf eine europäische Zukunftsperspektive zu relativieren. Der SPD-Politiker wiederholte dabei seine Aussage nicht, die deutsche Frage „ist insofern auch nicht mehr offen“, weil in den Beziehungen zur „DDR“ wichtige Fakten geschaffen worden seien. Apel sagte nun, es seien „Tatbestände geschaffen worden, wie zwei deutsche Staaten, die füreinander nicht Ausland sind. Die zunehmende stärkere Einbindung beider deutscher Staaten in die Ost- und in die Westbindung. Und von daher gibt es eben - wenn Sie so wollen - die offene deutsche Frage. Der nationale Weg zur Wiedervereinigung, den gibt es eben nicht, sondern hier gibt es eine europäische Perspektive...“. Das Ziel der Wiedervereinigung, so Apel gestern, sei nicht aufgegeben, allerdings sei es nach seiner Überzeugung nur im „europäischen Verbund“ möglich.

Kritik an Apel kam gestern auch aus den Reihen der SPD. Der führende SPD-Theoretiker, der Berliner Po-

litologie-Professor Richard Löwenthal, hat die deutsche Frage als „natürlich offen“ gekennzeichnet, „wenn wir darunter verstehen, daß wir uns als freie Deutsche natürlich nicht auf Dauer mit dem heutigen Zustand zufriedengeben werden“. In diesem Zusammenhang nannte er die Äußerungen Apels in einem WELT-Gespräch „nicht sehr glücklich“ und „mißverständlich“. Apel habe wohl richtig gemeint, daß die deutsche Frage erst dann Gegenstand von Verhandlungen einer neuen Politik sein könne, wenn die West- und die Osteuropäer gemeinsam nachholten, was ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg verweigert worden ist.

Die deutsche Frage sei weder von der Bundesrepublik Deutschland her allein zu lösen noch, allein durch bessere Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zueinander. Vielmehr gehe es „um eine gesamteuropäische, längerfristige Perspektive“. Die „Aufregung“ um Apels Äußerungen, so meinte Löwenthal, sei

DER KOMMENTAR

Hinterhalt?

WERNER KAHL

Wer auch immer hinter den Schüssen auf den Diensthubschrauber von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann steckt, der Vorgang wirft schwerwiegende Fragen auf. Die Sicherheitsbehörden müssen sowohl dem Verdacht nachgehen, daß Terroristen einen womöglich seit längerem vorbereiteten Anschlag in die Tat umsetzen wollten, als auch die Muthmaßung prüfen, daß vielleicht ein Waffenbesitzer aus Ärger über tiefliegende Piloten einige Schüsse auf die Panzerung des Helikopters abgegeben hat. Für die Öffentlichkeit aber ist eine andere Frage fast noch wichtiger: Wieso konnte der Hubschrauber des Generalbundesanwalts überhaupt von Schüssen getroffen werden?

Daß die Panzerhaut des Hubschraubers lediglich eine Delle davontrug, ist ein Glücksfall. Der Öffentlichkeit aber führt der gestrige Vorfall vor Augen, wie gefährdet nach wie vor der höchste Ankläger der Bundesrepublik Deutschland ist. Dennoch sind die Wege, die Rebmann benutzt, weithin bekannt - zu Lande wie in der Luft. Die für die Sicherheit verantwortlichen Behörden hätten längst aus den Erfahrungen der Attentate auf Rebmanns Vor-

gänger Buback und auf den Arbeitsgeberpräsidenten Schleyer die Lehren ziehen müssen, zumal Lebensgewohnheiten und Beförderungsweg des Generalbundesanwalts wenigstens in einigen Punkten geändert wurden, nachdem man kürzlich festgestellt hatte, daß die Bundesanwaltschaft durch ein Kommando der terroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) observiert worden war. Die Vorrang-Fahndung führte schließlich zur Entdeckung einer zu konspirativen Zwecken angemieteten Wohnung am Sitz der Bundesgerichte in Karlsruhe.

Das alles erinnert an die Mordserie des Jahres 1977, bei der Buback, der Bankier Ponto und Schleyer nach vorausgegangener Ausspähung Opfer brutaler Verbrechen wurden. Die Festnahmen der letzten Wochen lassen erkennen, daß eine Gruppe wieder im Land ist, die sich längere Zeit aus Deutschland abgesetzt hatte. Das wiederum läßt auf neue Gefahren schließen. In der Auseinandersetzung mit den Rechtsbrechern tun die Sicherheitsbehörden gut daran, sich nicht auf die Panzerhaut von Transportmitteln zu verlassen. Flexibilität gehört dazu. Routine kann lebensgefährlich werden.

Stoltenberg beharrt auf Stufenplan zur Steuerreform

Arbeitskampf brachte „gewissen Nachfrage-Einbruch“

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Stoltenberg hat sich gestern erneut für eine Steuerreform in zwei Stufen 1986 und 1988 ausgesprochen und zugleich an die Koalitionsparteien appelliert, an diesem Ergebnis festzuhalten, das nach monatelangen Beratungen zustande gekommen sei. In einer Pressekonferenz verminderte er jede direkte Kritik am Vorschlag von Wirtschaftsminister Bangemann zur Wiedereinführung des Schuldzinsabzugs, wie er sie in der Kabinettsitzung der Vorwoche zusammen mit Bundesbankpräsident Föll geäußert hatte.

Er habe allerdings mit Bangemann eine „intensive Diskussion“ hierüber und über viele andere Themen vereinbart. Seine Kritik an dessen Vorgehen wurde jedoch aus dem Hinweis deutlich, es gehöre zu einem guten Regierungsmanagement, solche Fragen zunächst im Kabinettskreis zu erörtern. Auch in der Koalitionsspitze dürften diese Fragen diskutiert werden, allerdings ohne den CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der gerade seinen Urlaub angetreten habe.

Einen Konjunkturstützungsbedarf sieht Stoltenberg nicht. Man müsse die Entwicklung der nächsten Monate „aufmerksam beobachten“ und Abstand vom Arbeitskampf gewinnen, der allerdings einen „gewissen Nachfrageeinbruch“ gebracht habe. Dennoch stünden die Chancen sehr gut, wieder Anschluss an die frühere Konjunkturentwicklung zu gewinnen. Nicht ohne Anspielung auf Bangemann betonte er, er wolle „keine spekulative Vorabdiskussion anheizen“, sondern zunächst die Vorlage

des Sachverständigenratsgutachtens im November abwarten.

Zur Kuponsteuer äußerte sich der Minister weniger deutlich als Bangemann nach der jüngsten Kabinettsitzung, wo er die Abschaffung praktisch als beschlossen bezeichnet hatte. Stoltenberg kündigte für September einen Bericht und gegebenenfalls einen Beschlussvorschlag an. Er machte allerdings aus seiner Haltung für die Abschaffung kein Hehl. Diese könne entweder nur für Neumissionen oder auch für den Bestand vom Kabinett beschlossen werden. Dem müßten allerdings Gespräche mit den Koalitionsparteien und den Ländern vorausgehen. Zwar habe die Koalition mit dem Beschluss über die Steuerreform angekündigt, daß in dieser Legislaturperiode kein Spielraum für weitere steuerliche Ermäßigungen vorhanden sei. Doch hier gehe es in der Hauptsache darum, einen Beitrag zu leisten, um den Zinsabstand vor allem gegenüber den USA zu halten, der bei langfristigen Krediten etwa fünf Prozent betrage.

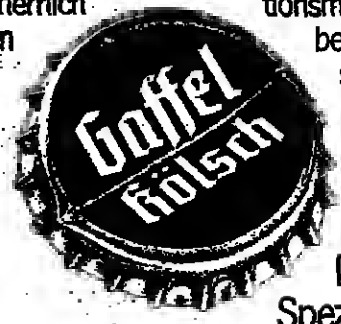
Zusammen mit der Schweiz und Japan habe die Bundesrepublik heute die niedrigsten Zinssätze aller Industrieländer. Stoltenberg betonte seine Entschlossenheit, die auf Stabilität zielende restriktive Haushaltspolitik auch im kommenden Jahr fortzusetzen. Der für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entscheidende Zinsabstand könne „nur durch eine konsequente, weiter vertrauensbildende Konsolidierungspolitik gehalten werden. Bei Tarifabschlüssen“

Fortsetzung Seite 8

Genußeröffnung auf gut kölsch.

Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, die echten Genuß erschließt. Bei diesem Spitzenbier schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehmen herb und herrlich Geschmeck.

Gaffel-Kölsch ist hell und oberrig, natürlich rein und überaus kömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölner Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.



Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Apel bleibt dabei

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Es ist ein alter Trick der politischen Tabu-Knacker, zuerst öffentlich eine schockierende These aufzustellen, um sich dann im zweiten Durchgang selber zu interpretieren. Nach dieser Methode verfährt auch Hans Apel, Spitzenkandidat der SPD für die Berlin-Wahl am 10. März nächsten Jahres.

Seine Behauptung, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, stößt auf so viel empörten Widerstand, daß er nunmehr das Umfeld seiner These anders ordnet. Zuerst hatte Apel das Grundgesetz mit dem Wiedervereinigungsgebot auf ein hohes Podest gestellt, auf das es dort oben auch dann stehen bleibe, wenn hienieden - wie Apel behauptete - die Fakten eine ganz andere Sprache sprächen. So erklärt man unsere Verfassung zur Hülse einer sich vorgeblich entgegengesetzt entwickelnden Verfassungswirklichkeit. Jetzt interpretiert er seine eigene Aussage so um, als habe er gemeint, es gebe nicht mehr den „nationalen Weg zur Wiedervereinigung“. Das sind Kunststückchen des Hin-und-Herwendens.

Entscheidend ist, daß Apel - wie die Sprecher Moskaus, Warschaus, Prags und Ost-Berlins - gesagt hat, die deutsche Frage sei nicht mehr offen. Und dabei beleidigt er. Offensichtlich betrachtet er den konstituierenden Grundsatz aller Bonner Deutschlandpolitik als ein Tabu, das er knacken will. Man fühlt sich lebhaft an Willy Brandt erinnert, der unaufgebbare Rechtspositionen unseres Volkes zum „Formelkram“ erklärte, weil sie ihn in seiner Vertragspolitik behinderten.

Was erhofft sich Apel von solcher Rabulistik? Die plausibelste Erklärung wäre, er verspreche sich opportunistische Zustimmung vieler Berliner Wähler. Wenn er damit die zugewanderten Berlin-Bewohner der alternativen Szene meint, so geht seine Kalkulation wohl nicht fehl. Waschechte Berliner jedoch kriechen nicht auf diesen Leim. Sie fühlen sich beleidigt, wenn da einer herkommt, der meint, er rede ihnen nach dem Munde, indem er Honecker nach dem Munde redet. Sie haben die Lehre der SS-20 „Entspannung“ Brandts noch nicht vergessen.

Gutes von Stoltenberg

Von Paul Spree

Der Rotstift ersetzt keine Politik, das Sparen sei zum Selbstzweck geworden, die Konsolidierung sei ein Baum, der keine Früchte trägt - Gerhard Stoltenberg hat es schwer, gegen diese kurzbeinigen Vereinfachungen Tatsachen zu setzen. Gestern tat er es. Das war nötig, hatte sich doch der Eindruck verbreitet, die Bundesregierung handle nach dem Grundsatz „Tue Gutes und schweige darüber“.

Zwischen 1969 und 1983 wird sich die Last der Zinsen auf das Siebzehnfache erhöht haben. Zwar ist es gelungen, den Gefahr immer weiter steigender Staatskredite die Spitze abzubauen, aber die Zinsen für die Altschulden werden eben immer wieder fällig. Auch wenn manche den Bundeshaushalt vorschnell gesundschreiben möchten - er ist es noch lange nicht. Beispielsweise suggeriert der stark gestiegene Bundesbankgewinn, den der Finanzminister jährlich einstreicht, einen zu hohen Sanierungsgrad.

Stoltenbergs Mahnung soll Minister und Bürger etwas desillusionieren. Noch ist die Zeit zur Ausschüttung neuer Wohltaten lange nicht gekommen. Gleichwohl kündigen Politiker sie an und stimmen die Bürger auf etwas ein, was seriös noch nicht zu bewerkstelligen ist. Dabei wollte der Finanzminister wohl auch das Vorurteil entkräften, Sparen sei Selbstzweck, eine Art Zwangsneurose der Regierenden. Und mit Recht mahnte er Kollegen wie den Wirtschaftsminister, nicht mit unausgereiften Steuervorschlägen Verwirrung zu stiften.

Am Baum der Sparsamkeit wachsen jedoch bedeutsame Früchte. An erster Stelle ist die erstaunlich niedrige Inflationsrate zu nennen. Sie beschert über die steigende Kaufkraft allen höhere Realeinkommen und federt auch sozial ab, weil Stabilität vor allem denen nutzt, die am schärfsten rechnen müssen.

Nicht weniger bedeutsam sind die moderaten Zinsen. Daß es den Deutschen gelingt, sich um rund sechs Prozent vom amerikanischen Hochzininsniveau abzukoppeln, ist eine Wohltat für Wachstum und Beschäftigungschancen. Im Grunde liefert Stoltenberg ein kostbares wie seltenes Gut an. Man mag es Vertrauen oder Stetigkeit nennen. Aber auch der Begriff der geistigen Führung wäre nicht falsch.

Lehrer-Wahn

Von Peter Gillies

Es kommt in Mode, sich Gruppen des öffentlichen Dienstes herauszupicken, um sie finanziell zur Ader zu lassen. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Schiewer (SPD) brachte ins Gespräch, die Gehälter der Landesbeamten um vier Prozent zu kürzen, deren Arbeitszeit entsprechend zu verringern und dafür 6000 Junglehrer zusätzlich einzustellen. Das Modell ist so wenig originell wie der Koschnick-Vorschlag, das Weihnachtsgeld für bestimmte Beamte zu kürzen; aber die Erforderlichkeit wohl mit Beifall der nichtbeamteten Öffentlichkeit.

Der Schiewer-Plan ist rechtswidrig. Ein Beamter hat die volle Arbeitskraft dem Staat zu widmen und erhält dafür eine einzigartige Gegenleistung: Unkündbarkeit und Alimentation auf Lebenszeit nach den Einkommensverhältnissen des Restes der Bevölkerung. Bestimmten Beamten Geld abzuknapsen, um anderen eine Planstelle zu verschaffen, verträgt sich kaum mit diesen Verfassungsprinzipien. Warum Polizisten bluten sollen, damit neue Lehrer eingestellt werden, die wir in einer Zeit, wo es teilweise mehr Abiturienten als ABC-Schützen gibt, gar nicht benötigen, ist unerfindlich. Was ist mit Inspektoren, Briefträgern, Lokomotivführern oder Finanzbeamten?

Der Denkanstoß ist auch politisch recht billig, weil er auf den Neid derjenigen baut, die mit einem - derzeit hohen - Arbeitsplatzrisiko leben müssen. Wirtschafts- und finanzpolitisch stellt sich das Problem ausgreifender. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß die Politik Prioritäten setzen, die letztlich alle in Lohn und Butter bringen, im Staatsdienst wie anderswo. Voraussetzung dafür ist, daß die Wachstumschaffende Wirtschaft nicht mit einem zu schweren Staatsapparat belastet wird. Dieser Staatsanteil ist bei uns zu hoch.

Jede Maßnahme, den öffentlichen Dienst spartenweise aufzublähen, ist zu unterlassen. Sie dient einer verbesserten Beschäftigung aller, letztlich auch den Junglehrern. Politiker sollten aber auch eine Antwort auf die Frage parat haben, wie Nullrunden für Beamte sich mit überraschender Großzügigkeit für andere Gruppen vertragen. Da aber ständig irgendwo Wahlkampf ist, werden wir wohl weiter mit untauglichen und rechtlich fragwürdigen Vorschlägen wie jenem von Minister Schiewer leben müssen.



Wer ist Honecker?

KLAUS BÖHM

Wer sich zeitlich bindet

Von Enno v. Loewenstern

Es ist kein Sommerlochthema, es ist das Understatement dieses Sommers, diese Deutung des Bundesjustizministers Engelhardt: „Offensichtlich hat sich ein Wandel der inneren Einstellung zur Ehe und Familie vollzogen.“ Mit Entsetzen muß man zur Kenntnis nehmen, daß die Zahl der Scheidungen sich in knapp zwei Jahrzehnten, von 1965 bis 1983, mehr als verdoppelt hat (von 58 728 auf 121 317), während die Zahl der Eheschließungen in dieser Zeit kräftig abgenommen hat, von 492 128 auf 369 628. Die Zahl der Geburten ist in dieser Zeit gespenstisch gefallen, von 1 044 328 auf 621 173, also auf beinahe die Hälfte.

Die Ursachen hierfür sind vielfältiger Natur, erkennt Engelhardt, „und müssen sorgfältig soziologisch untersucht werden.“ Gewiß, aber wie kommt es, daß ein fast zwanzigjähriger unablässiger Rückgang der Substanz schlechthin unseres Volkes nicht schon längst sorgfältig untersucht worden ist? Und es irritiert nicht wenig, daß Engelhardt schon eine Antwort hat und sie jeder sorgfältigen Untersuchung richtungsweisend vor die Nase setzt: „Eines jedoch ist klar: Am jeweiligen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht liegt es nicht!“

Woher er das weiß, verrät er nicht, bis auf den Hinweis: Wie die Statistik zeige, lägen nämlich die Scheidungszahlen des Jahres 1983 schon wieder weit über denen vor der Eherechtsreform 1977: 108 258 Scheidungen im Jahre 1976 gegenüber 121 317 im Jahre 1983. Irigendwo ist da ein logischer Bruch. Wenn nachher mehr geschieden wird als vorher, ist dem Normalbeachter gerade nicht „klar“, daß das nichts mit dem Scheidungsrecht zu tun haben kann. Und wenn die Scheidungsfolgen so unvergleichlich viel teurer geworden sind, so ist nicht „klar“, daß das Sinken der Ehezahlen nichts mit der Angst vor dem Reinfall danach zu tun haben kann.

Und all die Jahre hat man uns versichert, daß man gerade um der Frauen willen das Scheidungsrecht „verbessern“ müsse, weil der Paarschicksal Belieben seine Äter gewordenen Gefährtn davonjage, um sich was Knackiges anzulassen. Jetzt hören wir, daß schon 1985 viel mehr Frauen den Mann verlassen wollten als umgekehrt, und zwar

waren es damals verhältnismäßig mehr als heute (39 987 zu 18 741; im Jahre 1983 waren es 71 101 Frauen und 37 161 Männer). Hängt das nur mit der vielbeschworenen Brutaltatsfrage zusammen? Da ist vieles sorgfältig zu prüfen.

Es liegt nahe für einen Minister, in diesem Zusammenhang die „familienfreundliche Politik, wie sie von dieser Bundesregierung mit Nachdruck betrieben wird“, zu empfehlen. Aber es ehrt ihn, daß er sich auch eine Warnung abringt „vor dem Irrglauben, in staatlichen Maßnahmen das alleinige Allheilmittel gegen diese Erscheinung zu sehen. Der zunehmenden Instabilität zwischenmenschlicher Beziehungen entgegenzuwirken, ist eine der größten gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit, die alle Kräfte in Staat und Gesellschaft herausfordert.“ Es ehrt ihn doppelt, weil seine Partei die Tendenz freudig mitgetragen hat und in großen Teilen heute noch trägt, zu deren Bekämpfung er jetzt aufruft.

Die Familie ist uns seit Jahrzehnten als überholte Erscheinungsform des Daseins hingestellt worden (ihre „Aufgabenstellung“ sowie so): man empfahl uns „Zusammenhänge auf Zeit“, „Wohngemeinschaften“, die Wonne eines „freien“ Ehelebens ohne überholte kapitalistische Besitzansprüche an den Partner und die Freizügigkeit der Single-Existenz. Zumal da jeder Bindung der alles übertreffende Anspruch auf Selbstverwirklichung



Offensichtlich ein Wandel: Enno v. Loewenstern

gebung entgegenstehe; und: wer könne schon prüfen, wenn er sich ewig bindet, ob sich auch Herz zu Herzen findet? Kurz und schlecht, man hat die Ehe als einen Vertrag unter vielen zu kennzeichnen versucht; wenn also trotz allem noch atavistische Überreste von Gutbürgerlichkeit irgendwelche rückständigen Kreise veranlassen, vor den Standesbeamten und gar vor den Altar zu treten, dann möchte die Rechtsordnung doch bitte die glatte Auflösung dessen vorsehen, was der Heiland so beschrieben hat: „Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden“ (Matth. 19, 6). Zumal dann, wenn man das Erwachsen sein und damit die Selbstbestimmung zur Ehe auf das (nach Bedarf als unreif beschriebene) achtzehnte Lebensjahr herabgesetzt hat. Der Heiland aber ist allemal recht, wenn man ihn gegen Reichthum oder Raketen mißbrauchen kann, nicht aber, wenn er der teutschen Libertinage im Wege steht.

Es gibt die Frage, ob man zu leicht an die Scheidung kommt und ob manche, die sich in früherer Zeit wieder gefunden hätten, heute zu Leichtfertigkeit in der Lösung vom Partner ermutigt werden - so, wie das Vorhandensein von Schulwaffen im Hause häufige Kurzschlußhandlungen ermöglicht, die andernfalls vielleicht unterblieben wären. Aber sie ist vorgerückt. Die Ehe ist der natürliche Zustand des erwachsenen Menschen und sein wichtigster Weg zum Glück. Ausnahmen bestätigen die Regel. Die Vernichtung und die Verleumdung der Ehe hat vielleicht einige Unglückliche mehr befreit, dafür aber unzählige andere ins Unglück gestürzt - und nun wird sie gar ein staatspolitisches, ein Überlebensproblem. Denn, machen wir uns nichts vor: es geht nicht nur um eine Regelung, mehr Kinder zu kriegen, es geht um die Keimzelle des Staates, der Ordnung, der Fähigkeit zum Zusammenwirken und Zusammensein, ja, der allgemeinen Balance schlechthin. Das müßte man auch ohne Soziologenhilfe nachfühlen können. „Alle“ Kräfte in Staat und Gesellschaft? Doucement, doucement. Ein wenig Mut zu geistiger Führung würde schon viel helfen.

IM GESPRÄCH Peter Schmidhuber

Europa oder nicht?

Von Manfred Schell

Die Diskussion über einen neuen deutschen EG-Kommissar in Brüssel hat zuweilen bizarre Züge angenommen. Der Bonner Nachrichtenmarkt ist voll von Spekulationen. Geht oder bleibt Karl-Heinz Narjes? Kommt Peter Schmidhuber, oder kommt ein anderer, der noch in Reserve gehalten wird? Entscheidungen werden erst nach der Rückkehr von Bundeskanzler Helmut Kohl aus dem Urlaub erwartet.

Die CSU hat ihren Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Peter M. Schmidhuber, kräftig ins Gespräch gebracht. Ob Schmidhuber diese „Ordnungsarbeit“ in eigener Sache wünscht oder mißbilligt, ist einstweilen nicht bekannt. Von ihm gibt es jedenfalls keine Aussage darüber, wie er zu einem Amt in Brüssel steht. Seine Behörde hat auf Anfrage etwas sibyllisch geantwortet. Es sei „ehrenvoll“, eine solche Position angetragen zu bekommen. Mehr war nicht zu hören.

Vor oder hinter den Kulissen ist jedenfalls, ohne Zutun von Schmidhuber, ein kräftiges Fingerhaken im Gange. Die CSU fordert kategorisch die Ablösung von Narjes, obwohl die Begründung nicht ganz ausreichend erscheint: Der deutsche EG-Kommissar habe nicht entschieden genug für die Aufrechterhaltung des Reinheitsgebotes für das Bier gekämpft. Das hört sich zwar im Einzugsbereich von Weihenstephan gut an, ist aber europapolitisch nicht der Weisheit letzter Schluss. Inzwischen hat Narjes Verteidiger und Fürsprecher gefunden.

Gleichviel aber, wie dieses politische Tauziehen ausgeht, Schmidhuber wäre gewiß ein geeigneter Mann für das harte Geschäft in Brüssel. Er ist international verastet, ein Intellektueller der praktischen Sorte. Schmidhuber beherrscht Deutsch, Englisch, Französisch, Niederländisch. Er hat exzellenten wirtschaftspolitischen Sachverstand unter Beweis gestellt.

Schmidhuber ist in München geboren, er ist Jurist und Diplomvolkswirt. Außerdem verfügt er über langjährige politische Erfahrung im Landtag, in der Verwaltung und im Bundestag. Seit 1978 ist der nunmehr



Zöher Verhandlungspartner: Peter Schmidhuber

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

53jährige Bayerische Staatsminister in Bonn. Er versucht, den Bonnern Bayerisches nahezubringen und an Bayern weiterzugeben, was sich in der Bundeshauptstadt vor allem für Bayern ergibt. Er hält Loyalität, aber er ist weder ein Wehrhauchschwenker noch ein Minenhund, der sich von anderen ins politische Feuer schicken läßt.

Bei der ersten Begegnung erscheint Schmidhuber zunächst etwas verschlossen, aber dieser Eindruck verfäht schnell. Er kann außerordentlich witzig, auch ironisch sein. Richtig ist, daß er in Bonn nicht die „Gastwirtin“ spielt. Natürlich fließt in der bayerischen Vertretung nach wie vor Bier - reines Bier -, aber Schmidhuber hat andere Akzente gesetzt: Ausstellungen, Dichterlesungen, wissenschaftliche Colloquien dominieren jetzt. Er hält sich ein umfangreiches Privatarchiv. Hierzu liefern „Wall Street Journal“ und „Le Monde“ mehr Stichworte als der „Bayernkurier“. Außerdem ist Schmidhuber ein überzeugter Europäer, der allerdings auch kritische Distanz zu Behörden und Institutionen hält. Und, was für ihn besonders sprechen würde: Er ist ein zäher Verhandlungspartner, der so schnell kein Gelände preisgibt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu der Erklärung des „Neuen Deutschland“ über den Mauerbau heißt es hier:

Wiewohl jedermann diesseits und jenseits des Zaunes weiß, daß er die Bürger der DDR daran hindern soll, einer nach wie vor verhassten Diktatur zu entkommen, wärmt die SED die kurzbeinige aller Lügen auf, die Mauer habe einem bevorstehenden Angriff der Bundeswehr wehren sollen. Derlei abgewetzte Propaganda wäre kaum erwähnenswert, wenn sie nicht zu einem Zeitpunkt erneuert würde, da der Chef des Mauerstaates sich anschaut, in die Bundesrepublik zu reisen, und da die Bonner Regierungsparteien darob in eine wunderliche Euphorie verfallen. Die Bonner/Münchener Neigung, Deutschlandpolitik vorwiegend unter innenpolitischen Profilierungserwägungen zu treiben, macht manche blind für die Tatsache, daß Honecker keinen Gedanken an Liberalisierung verschwendet, vielmehr auf hiesige Avancen als kühler Rechner just so weit reagiert, wie es ihm geschäftlich nützt.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Kasseler Blatt meint zu den SPD-Kandidaten:

Die Frage ist, wer das bezahlen soll. Die SPD denkt daran, dafür die Akademiker zu schröpfen, die sehr lange beitragslose Anrechnungszeiten haben. Seit es aber eine Lehrer- und Juristenschwemme gibt, kann man ja

nicht mehr behaupten, daß unsere Akademiker im Berufsleben brillante Leistungsverhältnisse haben und ihnen dieses Opfer zugemutet werden kann. Man sieht, daß alle Sozialpolitiker eine harte Nuß zu knacken haben. Sie können machen was sie wollen, bei der Finanzlage kann einer Gruppe nur etwas gegeben werden, wenn man einer anderen etwas wegnimmt. Die SPD ist in diesem Punkt auch nicht schlauer als Herr Blum.

Die Presse

Zum Olympia-Boykott und der möglichen Unterbindung des Honecker-Besuchs findet die Wiener Zeitung:

Im Osten verstärkt sich der Druck. Aus paranoider Angst vor Amerika wird an allen Fronten gemauert, wobei offenbar vergessen wird, daß zu gefährlicherer Explosionen führen kann.

The Daily Telegraph

Die Londoner Flak kommentiert die Flucht aus Ost-Berlin:

Die Flucht eines estnischen Justizministers in den Westen ist ein Ärgernis für das KGB, das die Aufgabe hat, die am wenigsten bevölkerte und zweitkleinste Sowjetrepublik unter Kontrolle zu halten. Der Minister, so heißt es, ist der höchste estnische Staatsfunktionär, der jemals entkam, und seine Ankunft in Schweden kann als ein Coup für die Emigrantengruppen gesehen werden, die mühsam die schreckliche Erinnerung an die Annexion der baltischen Staaten im Jahr 1940 aufrechterhalten.

Zimbabwe Marsch in den kommunistischen Einheitsstaat

Wie Robert Mugabe die westliche Aufmerksamkeit ablenkte / Von Heinz Barth

Es gibt keine zweiten Sieger in Afrika. Dieser uralte Erfahrungssatz hat sich jetzt auch für Zimbabwe erfüllt, das als britische Kronkolonie Rhodesien das vorletzte Bollwerk des weißen Mannes im schwarzen Erdteil war. Mit sechzig Jahren, nach einer Karriere, reich garniert mit taktischer Geschwindigkeit, ideologischer Unwegen und schonungsloser Unterdrückung seiner politischen Feinde, steht Robert Gabriel Mugabe, der Sohn eines Dorfscholars, der Jesuitenzögling, der bei links-klerikalen Lehrmeistern die sozialistischen Anfangsgründe erlernte, nun am Ziel seines Machtstrebens.

Auf dem Parteitag seiner „Zimbabwe African National Union“, dem ersten, seit das Land 1980 unabhängig wurde, legte er letzte Hand an die Konstruktion eines Einparteiens-Regimes, das komplett nach marxistisch-leninistischem Muster mit einem von ihm kontrollierten Politbüro ausgestattet ist. Damit haben die recht behalten, die nie daran zweifelten, daß Zim-

babwe unter der Herrschaft Mugabes nirgendwo anders als beim Kommunismus enden könne.

Zunächst sah es durchaus nicht danach aus. Von den westlichen Medien war er als der „starke Mann mit den leisen Tönen“ gefeiert worden. Er mußte sich verwunderte Fragen gefallen lassen, warum er noch immer zwei weiße Minister in seiner Regierung habe und sogar einen weißen Oberbefehlshaber der Armee dulde. Bei Besuchen in Bonn und anderen europäischen Hauptstädten wurden ihm Milliardenbeträge, die großzügigste Hilfsaktion für ein afrikanisches Land seit der Entkolonialisierung, geradezu aufgedrängt.

Bei vielen gilt er noch heute als ein vertrauenswürdiger Sozialist, der eine intakte kapitalistische Wirtschaft erbe und Vernunft gegen den zerstörerischen Eifer der Ställe zu zerstören. Einmal zur Macht gelangt, fand der Pragmatiker zu einer realistischen Zusammenarbeit mit dem Teil der weißen Minderheit, der nach dem Umbruch im

Land verblieben war. Er behandelte sie nach dem gleichen Prinzip des „divide et impera“, nach welchem zuvor die Regierung Ian Smith die Schwarzen behandelte. Das genügte für die USA, ihm das überstürzte Lob zu spenden, er habe sich strikt an die Verfassungsgrundsätze gehalten, die auf der Londoner Lancaster-House-Konferenz vereinbart und von ihm beschworen worden waren.

Ein krasseres Fehlurteil hat sich die für ihre Uniformiertheit bekannte Afrikapolitik Washingtons nicht einmal beim Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches geleistet. In Wirklichkeit entfernte sich Mugabe zielbewußt von dem in London verabredeten Mehrparteiens-System. Durch seine relative Toleranz gegenüber der weißen Minderheit verschaffte er sich freie Hand für den Kampf gegen seinen ehemaligen Weggefährten und heutigen Erzfeind Joshua Nkomo, den Chef der „Afrikanischen Volksunion“. Die neunzehn Mandate, die der Opposition in

dem aus hundert Sitzen bestehenden Parlament zugeteilt wurden, haben längst jede Bedeutung verloren. Nach dem beispiellosen und vor der Weltöffentlichkeit verurteilten Völkermord an der Matabele-Minderheit im Südwesten des ehemaligen Rhodesien ist die Nkomo-Partei geknackt und zu einem Schattenrassen verurteilt.

Einen Zwei-Völkerstaat, in dem das Matabele-Volk von der Schona-Mehrheit unterdrückt und maskiert wird, zu einem Einparteiens-System umzubauen, ist ein fehlerhafter Rezept für endlose Jahre der politischen Verfolgung und Ausrottung. Toleranz ist nicht von einem Mann zu erwarten, der Terror-Brigaden neben der regulären Armee unterhält, eine so harmlose politische Figur wie Bischof Muzorewa, den ersten Premier Zimbabwe, ins Gefängnis steckt und „Umerziehungs-Lager“ für angeblich „asoziale“ Elemente einrichtet. Davon erfährt die Welt so gut wie nichts. Auslandsjournalisten werden mit Gerichtsverfahren be-

droht. Ein Einreiseverbot für Reporter, die in Südafrika niedergelassen sind, ist seit 1983 in Kraft.

Ob Mugabe sich an der Spitze des neu geschaffenen Politbüros auf die Dauer halten kann, ist bei der Unberechenbarkeit afrikanischer Machtkämpfe nicht vorhersehbar. Auf dem radikalen Flügel seiner Partei sitzen gefährliche Gegner schon in den Startblöcken, denen die Revolution zu verbürgerlicht ist. Auch eine rote Diktatur unter Mugabes Führung kann den inneren Konflikt zwischen dem marxistischen Dogma und den Zwängen nicht vermeiden, die ihm die von Weißen dominierte Partnerschaft mit Südafrika auferlegen. Mit Mogambique, das durch sein wirtschaftliches Chaos zur Verständigung mit Pretoria gezwungen wurde, steht ihm dieses Dilemma mahnend vor Augen.

Vier Jahre waren nicht genug, um Zimbabwe zugrunde zu richten. Aber der Marsch in den Abgrund hat begonnen.

Zündapp – ein alter Motor ist ins Stottern gekommen

„Wer Zündapp fährt, bleibt unverseht“, reimte einst der Volksmund. Jetzt mußte das traditionsreiche Unternehmen Vergleich anmelden.

Von DANKWARD SEITZ

Stand im Getriebe ist schon seit Jahren in der deutschen Motorrad-Branche. So bekannte Namen wie Kreidler und Maico, Adler, Horex und NSU sind vom Markt verschwunden. Nun ist auch der Motor des renommierten und führenden europäischen Zweirad-Herstellers vollends ins Stottern geraten: Die Zündapp-Werke GmbH, München, mußten beim zuständigen Amtsgericht Vergleich anmelden.

Besonders unter Motorradfans löste die Nachricht vom drohenden Niedergang des Unternehmens, das groß im Motorsport engagiert ist, Betroffenheit aus. 45 Europameisterschaften, über 12 000 Medaillen und der dreimalige Gewinn der Internationalen Sechstagesfahrt zeugen von den Erfolgen. Derzeit ist Zündapp Markenweltmeister der Grand-Prix-Klasse bis 90 ccm.

Daß der Gang zum Vergleichsrichter unabwendbar wurde, wird auch im Handel und bei dem letzten deutschen Konkurrenten, den zur Fichtel & Sachs-Gruppe gehörenden Nürnberger Herkules-Werken bedauert.

Die ausschlaggebenden Gründe dafür sieht man nicht in Managementfehlern, sondern macht vor allem den jahrelangen ruinösen Preiswettbewerb der Japaner verantwortlich. Als Beispiel berichtet ein Motorrad-Händler im Frankfurter Raum davon, daß ein japanischer Hersteller seine Maschinen (80 ccm) wegen überhöhter Lagerbestände zu 1200 Mark anbietet gegenüber noch 2800 Mark vor Jahresfrist.

Die japanische Übermacht und deren Dumpingpreise – und nicht das miserabel gewordene Zweiradgeschäft schlechthin – ließen schon in den letzten Jahren Zweifel aufkommen, ob die deutschen Hersteller langfristig erfolgreich überleben können. Die Zahlen von Zündapp veranschaulichen die Marktschwierigkeiten der jüngsten Vergangenheit deutlich: Die Talfahrt begann unaufrichtig nach dem Spitzenjahr 1977, das bei einer Produktion von 115 000 Leichtkraft Motorrädern, Mofas und Mopeds und fast 1900 Beschäftigten noch einen Umsatz von über 179 Millionen Mark gebracht hatte. Bis Ende vergangenen Jahres war die Produktion auf 42 000 Stück und der Umsatz auf 101 Millionen zusammengeschmolzen. Die verbliebenen 770 Mitarbeiter überraschte die Nachricht im Betriebsurlaub.

Doch der alte Glanz des Unternehmens war längst verblaßt. „Wer Zündapp fährt, bleibt unverseht“ hatte einst der Volksmund die vielbekannte Auto- und Motorradmarke liebevoll besungen. Eine schmittige Zündapp-Maschine war einmal der



Auch der Weg zum Motorrad mit kleinem Hubraum half der Traditionsmarke „Zündapp“ nicht.

Traum vieler junger Männer, bevor sie stolz und satuiert an das Steuer eines Prestigewagens wechselten.

Mitten im Ersten Weltkrieg, am 17. September 1917, war die „Zündapp- und Apparatebau Ges. mbH“ als Gemeinschaftsgründung dreier Firmen ins Nürnberger Handelsregister eingetragen worden. Zünder für Artilleriegeschosse waren das erste, zeitgemäße Produkt. Als nach dem Krieg die Umstellung auf zivile Fertigung notwendig wurde, erkannte der damalige Alleinhaber und spätere Generalrat Dr. Fritz Neumeyer sehr bald den aufkommenden Trend zur Volks-

ZÜNDAPP

motorisierung und propagierte das „Motorrad für jedermann“: von mittlerer Stärke, erschwinglich, strapazierfähig und narrensicher.

1921 standen die ersten fünf Exemplare der „Z 22“ des nun in „Zündapp-Gesellschaft für den Bau von Spezialmaschinen mbH“ umbenannten Unternehmens zur Verfügung. Trotz Inflation waren von diesem Modell (Preis 1200 Billionen Reichsmark, 221 ccm Hubraum, 2,5 PS und Kettantrieb) schon nach 13 Monaten die ersten tausend verkauft. Bereits 1924 ging das 10 000. auf die Reise. Weiterentwickelte und größere Modelle folgten. Eine neue Fabrik mußte 1928 gebaut werden, die lange Zeit als modernste Motorradfabrik der Welt galt.

1942 lief die 250 000. Zündapp-Maschine vom Band, und bis heute haben über drei Millionen das Werk verlassen.

Neumeyer hatte auch schon früh erkannt, daß ebenso mit einem einfachen motorisierten Vierradfahrzeug gute Geschäfte zu machen sind. 1931 lernte er jenen Ferdinand Porsche kennen, der als „Vater des Volkswagens“ bekannt werden sollte. Zu Unrecht vergessen ist jedoch, daß es der Zündapp-Chef war, der Porsche vertraglich für die ersten Konstruktionen eines „Volkswagens“ verpflichtete. 1932 standen die Prototypen bereit.

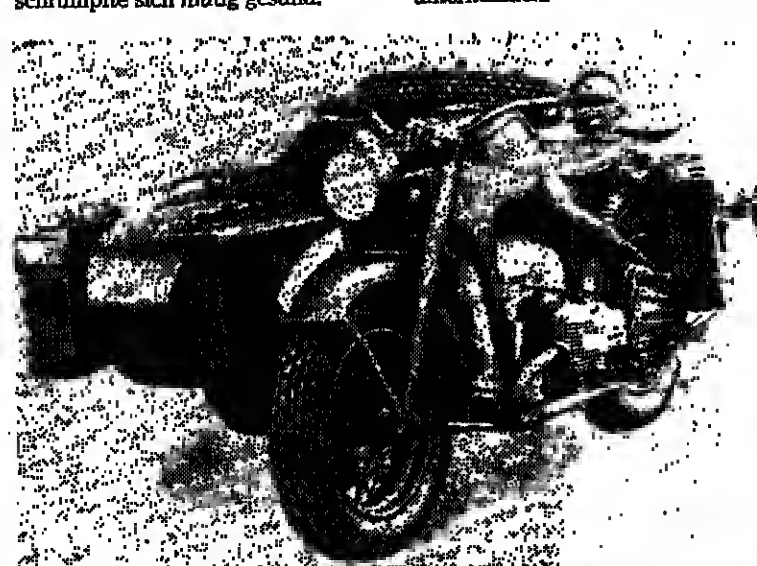
Doch die Weltwirtschaftskrise und die Erkenntnis, daß die notwendigen Investitionen unter den damaligen Verhältnissen von einem privaten

Unternehmen weder aufzubringen, noch zu riskieren waren, bewogen Neumeyer, von seinem Plan Abstand zu nehmen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg – das Nürnberger Werk, in dem 1938/39 Flugzeugmotoren gebaut worden waren, mit denen viele Weltrekorde geflogen wurden, war stark beschädigt worden – liefen 1947 wieder die ersten Motorräder aus den Hallen. 1950 kam das Münchner Werk hinzu. Der Schwerpunkt verlagerte sich immer mehr dorthin. Als die Wogen der Zweirad-Welle hochgingen, baute Zündapp von 1953 an mit wachsendem Erfolg auch Mopeds und Motorroller.

Den Traum von einem Auto hatte Neumeyer aber nie aufgegeben. 1957/58 wurde das Programm um das Rollermobil „Janus“ erweitert, ein eigenwilliger Typ, bei dem jeweils zwei Sitze Rücken an Rücken angeordnet waren. Doch schon wenige Monate später, als 1958 das Stammwerk Nürnberg aufgegeben wurde und Zündapp sich auf München konzentrierte, fiel das Fahrzeug der Bereinigung zum Opfer.

Dem Markttrend folgend widmete sich die Firmenleitung dann nur noch ganz der Entwicklung kleinerer Motoren und der Produktion von Mopeds und Kleinkraft Motorrädern bis zu 100 ccm. Größere Typen wurden ab 1964 nicht mehr hergestellt. Man schrumpfte sich nützlich gesund.



Ein legendäres Gespann: die Zündapp KS 750

FOTO: DIE WELT

Weitere Diversifikationsversuche des Unternehmens ab Anfang der 70er Jahre standen wie schon in der Vergangenheit unter einem schlechten Stern. Mitte 1982 mußte ebenso wie die Produktion von Bootsmotoren (seit 1970) die Rasenmäher-Fertigung (seit 1969) eingestellt werden. Auch scheiterte der Versuch, wieder mit einem 175-ccm-Motorrad am Markt Fuß fassen zu können.

Keinen Vorwurf wird man heute Zündapp machen können, daß man in den 60er Jahren den Sirenenklängen Gehör schenkte, die zu einer Kooperation mit anderen Firmen aufforderten. Denn schon bald hatten diese Unternehmen, die mit Zündapp kooperieren wollten, selbst nicht mehr viel Freude am Zweirad. Daß sich jetzt kein Retter in der Not findet – Verhandlungen mit einem ausländischen Interessenten sollen in den letzten Wochen stattgefunden, sich aber wieder zerschlagen haben –, ist wohl eher auf den totalen Zusammenbruch des deutschen Zweiradmarktes zurückzuführen.

So wird denn in der Branche die Möglichkeit eines Anschlußkonkurses nicht ausgeschlossen, zumal auch intensive Verhandlungen des bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann vergeblich waren. Dies wäre das endgültige Aus für ein weiteres traditionsreiches deutsches Familienunternehmen.

Immer häufiger verdrängt der Apotheker den Arzt

Mißtrauen prägt oft das Verhalten der Deutschen zu Ärzten und Arzneimitteln. Gleichzeitig steigt aber das Ansehen des Apothekers, der immer mehr um Rat gefragt wird. Das zeigt eine Studie über das Verbraucherverhalten im Medizinbetrieb.

Von PETER JENTSCH

Erst galten sie als „Halbgötter in Weiß“, über jeden Zweifel erhaben. Mediziner wie etwa Ferdinand Sauerbruch trugen zu diesem Image ebenso bei wie die vielen „praktischen Ärzte“, denen kein Weg zu weit und keine Nacht zu kurz wurde, um ihren Patienten zu helfen. Vertrauen war denn auch die Basis für mögliche Therapieerfolge. Das galt – eingeschränkt – auch für Arzneimittel (Placebo-Effekt).

Doch mit dieser Herrlichkeit scheint es vorbei zu sein. Nach einer jetzt vorgelegten Studie der Hamburger Werbeagentur Lintas ist das Vertrauensverhältnis der Patienten zu Arzt und Arzneimittel erschüttert und „in den vergangenen Jahren zunehmend durch kritische Distanz und deutliches Mißtrauen gekennzeichnet“. Die Angst vor Nebenwirkungen bei der Einnahme von Medikamenten sei seit 1978 drastisch gestiegen, hat Lintas ermittelt. Und – schlimmer noch: Der Anteil der Bürger, die anstelle des Arztes den Apotheker aufsuchen, um sich über Arzneimittel beraten zu lassen, habe sich im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

Das ist in aller Kürze das Ergebnis der Studie, die sich unter dem Titel „Der neue Patient“ mit den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger gegenüber Arzt, Arzneimittel und Apotheker beschäftigt. Ähnliche Studien hat die Agentur schon seit 1978 erstellt, um auf wissenschaftlicher Grundlage Verbraucherverhalten zu ermitteln.

In dieser neuesten Studie ging es insbesondere um die Verwendung intensität von Medikamenten, die nach dem Inkrafttreten der „Negativliste“ vom Arzt nicht mehr auf Kosten des Patienten verordnet werden dürfen.

Hier stellt die Studie fest, daß nur noch 38 Prozent der Bürger bei Husten zu derartigen Präparaten greifen. 1978 waren es noch 48 Prozent. Ein ähnlich hoher Umsatzrückgang trifft auch die Schnupfenmittel; er sank von 45 Prozent 1978 auf 35 Prozent heute.

Als Grund für die Zurückhaltung bei der Einnahme rezeptfreier Arzneimittel nennt die Studie die deutlich gestiegene Angst der Patienten vor Nebenwirkungen. 1978 drückten 46 Prozent der Befragten Angst vor Nebenwirkungen aus, heute sind es bereits 58 Prozent.

Neben dem gestiegenen Gesundheitsbewußtsein der Bürger – 81 Prozent sind mit ihrer Gesundheit zufrieden, 85 Prozent versuchen, leichte

Beschwerden erst einmal ohne Medikamente auskurieren – nennt die Studie als weitere Begründung für die Abstinenz „eine deutlich kritische Distanz des Patienten zum Arzt. 36 Prozent der Befragten waren der Meinung, man müsse „dem Arzt kritisch auf die Finger sehen“. Ein Viertel der Befragten läßt sich die Diagnose eines Arztes sogar von einem zweiten Mediziner bestätigen, was nicht unerheblich zur Kostenexpansion im Gesundheitswesen beitragen dürfte. Schließlich gaben mehr als 30 Prozent der Befragten zu, durchaus nicht immer alle vom Arzt verordneten Medikamente einzunehmen. Da schlummern also Millionenwerte ungenutzt in deutschen Hausapotheken oder landen auf dem Müll – und die Politiker quälen sich mit steigenden Beitragssätzen der Krankenkassen herum.

Freilich, die Studie hat auch festgestellt, daß sich der Anteil derer, die zur Selbstmedikation greifen, seit 1978 mehr als verdoppelt hat. 35 Prozent der Bürger gehen bei leichten Befindlichkeitsstörungen gar nicht erst zum Arzt, sondern kaufen die Präparate selbst in der Apotheke. Die Studie: „86 Prozent der Befragten sind der Ansicht, daß der Apotheker aufgrund seiner Ausbildung in der Lage ist, eine gute Arzneimittel-Empfehlung abzugeben, 46 Prozent trauen dem Apotheker sogar einen besseren Arzneimittel-Überblick zu als dem Arzt.“ Damit haben sie übrigens nach dem Urteil von Experten nicht unrecht, denn die pharmazeutische Ausbildung der Mediziner ist meist gleich Null.

Ungeschoren kommen aber auch die Apotheker nicht davon. Das alte Urteil vom „Apothekenpreis“ hat sich erhalten: Jeder dritte Befragte glaubt, daß der Apotheker nur solche Präparate empfiehlt, an denen er am meisten verdient.

In einer Zielgruppen-Typologie versucht die Untersuchung, die Verbraucher in ihrem Verhältnis zu Arzt, Medikament und Apotheker in vier Kategorien einzuordnen:

- Die Gruppe der strikten Medizinkritiker umfaßt 28 Prozent der Bevölkerung, das sind 9,8 Millionen Personen;
- zur Gruppe der „medizinischen Experten“ (was immer das heißen mag) sind 22 Prozent oder 7,7 Millionen Menschen zu rechnen;
- das Potential der „Arztgläubigen“ ist nach wie vor mit 32 Prozent gleich 11,2 Millionen Menschen die größte Gruppe, während
- die „unbekümmert Gesunden“ sich auf 17 Prozent, also 5,9 Millionen Personen summieren.

Daraus zieht die Studie den Schluß, daß bei Addition der Potentiale von Medizinkritikern und medizinischen Experten rund die Hälfte aller Deutschen gegenüber Arzt und Arzneimittel eine kritische Haltung einnimmt, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven.

WIE WAR DAS?

Als eine große Koalition Israel regierte

Von RAFAEL SELIGMANN

In Jerusalem geht der Poker um eine große Koalition weiter. Eine Koalition der Nationalen Einheit, die sich (so die Meinungsumfrage) die Mehrheit der Israelis wünscht, hat es schon einmal gegeben: im Jahre 1967. Damals allerdings waren sicherheitspolitische Gründe die Triebfeder.

Seit Mitte der sechziger Jahre hatten die Spannungen zwischen Syrien und Israel zugenommen. Dennoch beurteilte der damalige israelische Generalstabschef Rabin noch Mitte Mai 1967 die Sicherheitsituation als „stabil“. Wenige Tage später änderte sich die Lage drastisch. Ägyptens Staatschef Nasser ordnete den Einmarsch mehrerer Divisionen in die Sinai-Halbinsel an. Israel hatte dieses Gebiet 1957 unter der Bedingung geräumt, daß es faktisch entmilitarisiert und daß die Schifffahrt nach Eilat freibleibe. Nasser befahl nun die Sperrung der Wasserstraße für israelische Schiffe.

Dies sah Israel als Kriegsgrund an. Nasser war sich durchaus über seinen Schritt bewußt: „Eine derartige Aktion bedeutet, daß wir zum Krieg gegen Israel bereit sind. Das Hauptziel in dem Krieg ist die Zerstörung Israels.“ In der arabischen Welt sah man tatsächlich die Stunde der Abrechnung mit Israel gekommen: Jordaniens König Hussein trat dem militärischen Pakt zwischen Syrien und Ägypten bei, ebenso Irak.

Zu diesem Zeitpunkt war in Jerusalem allerdings bereits die Entscheidung gefallen. Es war offensichtlich geworden, daß Ministerpräsident und Verteidigungsminister Levy Eshkol der Krisensituation nicht gewachsen war. Oppositionsführer Menachem Begin hatte zunächst vorgeschlagen, daß Staatsgründer David Ben Gurion eine Regierung der Nationalen Einheit bilden sollte. Die meisten Israelis riefen aber nach Moshe Dajan, dem Generalstabschef des Sinai-Krieges (1956), der zusammen mit Ben Gurion und Shimon Peres die Raft-Partei etabliert hatte.

In zähen Verhandlungen wurde schließlich ein Kompromiß erreicht: Eshkol blieb Ministerpräsident, Dajan wurde Sicherheitsminister, Oppositionsführer Begin, der damals den Bündnis von Herut und Liberalen vorstand, wurde ins Kabinett berufen, ebenso wie Shimon Peres. Eine Welle des Optimismus ging durch das zuvor entmutigte Land. Wenige Tage später errang Israel im Sechstage-Krieg einen grandiosen militärischen Erfolg.

Die Israelis waren mit dem breiten Regierungsbündnis, das die Kraft hatte, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, zufrieden. In den Wahlen des Jahres 1969 bestätigten sie beide große Parteienblöcke. Im folgenden Jahr brach jedoch die Koalition. Zu groß waren die Gegensätze zwischen der seit März 1968 amtierenden Golda Meir und Menachem Begin. Die Befürwortung des Rodgers-Planes war für Begin schließlich der Anlaß zum Auszug aus der Regierung.

Warum sollten Sie in der Luft weniger wählerisch sein als auf der Erde? British Airways Club. Jetzt auch im Berlin-Verkehr.

British
airways

Club

Menu

British
airways
Die Airline

British Airways Club, die separate Klasse: Mit beschleunigtem Check-in, mehr Freigepäck (30 kg), delikaten Menüs und ausgewählten Getränken nach Wunsch.

Festnahme nach Protestaktion für „DDR“-Cousin

dpa, Berlin
Der 34 Jahre alte Ost-Berliner Walter Ostwald, für dessen Ausreise am Montagabend zwei Verwandte am Grenzübergang „Checkpoint Charlie“ demonstriert hatten, ist gestern morgen verhaftet worden. Wie der Vetter des Festgenommenen mitteilte, wurde Ostwald kurz vor sechs Uhr in seiner Wohnung verhaftet. Zuvor seien die Räume durchsucht worden. Am Vortag hatten seine beiden Verwandten mit einem Rosenstrauß und zwei Transparenten die Grenzlinie überschritten, waren aber sofort von sechs „DDR“-Offizieren zurückgedrängt worden. Mit der Aktion wollte das Geschwisterpaar darauf hinweisen, daß ihr Cousin Walter, ein gebürtiger Österreicher, sich seit 1981 vergeblich um die legale Ausreise aus der „DDR“ bemüht.

Bangemann: Mangel in Koalitionsarbeit

AP/dpa, München
Der designierte FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, hat von einem Mangel an frühzeitiger Abstimmung in allen wichtigen Fragen innerhalb der Bonner Regierungskoalition gesprochen. In einem gestern vorab veröffentlichten Interview mit der Münchner Illustrierten „Quick“ forderte der FDP-Politiker eine bessere Zusammenarbeit in der Regierungskoalition. „Wir müssen in dieser Koalition wieder mehr Vertrauen schaffen.“ Das sei die einzige Überlebenschance, auch für die FDP. Um ein besseres Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern zu erreichen, müßten die handelnden Personen „herunter von ihren verletzten Gefühlen“.

Bangemann betonte zugleich, das Regierungsbündnis wackele nicht. Dieses Bündnis sei sowohl für die

Ein kleiner Schritt im Kampf gegen den Krebs

Minister Riesenhuber stellte in Bonn Spezialatlas vor

PETER JENTSCH, Bonn
Im Kampf gegen die zweithäufigste Todesursache der Deutschen, den Krebs, ist man in der Bundesrepublik einen kleinen, aber wichtigen Schritt weitergekommen. Gestern wurde in Bonn der Deutsche Krebsatlas vorgestellt, der in Form von Landkarten die Krebssterblichkeit für die Land- und Stadtkreise wiedergibt und im September erscheinen soll.

Bei der Vorstellung des vom Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) erarbeiteten und von der Bundesregierung finanziell unterstützten Atlanten erklärte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber: „Dieser Atlas stellt für die weiterführenden epidemiologischen Forschungsarbeiten eine wesentliche Grundlage dar.“

So macht der Atlas zum Beispiel deutlich, wo und in welchem Umfang in der Bundesrepublik welche Krebserkrankungen auftreten. Grundlage für den Krebsatlas sind die Mortalitätsraten in der Bundesrepublik auf Landkreisebene; insgesamt ist der Atlas in 328 Verwaltungseinheiten gegliedert. Er bietet einen regionalen Vergleich für die Jahre 1976 bis 1980 und umfaßt die insgesamt 24 häufigsten Krebserkrankungen.

Aus dem Krebsatlas geht etwa hervor, daß die Lungensterblichkeit des Mannes in den Ballungsgebieten an Rhein, Ruhr und Saar, in den Stadtstaaten und in Berlin wesentlich höher ist als etwa in Bayern. Nikolaus Becker, einer der Autoren des Atlanten, sagte dazu: „Dieser Atlas ist ein wichtiger Schritt auf dem langfristigen und mühsamen Weg, der Krebsursache auf die Spur zu kommen. Der Atlas gibt allerdings nur Hinweise auf die derzeitige Situation. Mit seiner Hilfe kann jetzt gezielt untersucht werden, warum die Krebshäufigkeit in bestimmten Regionen höher ist als in anderen.“

Notwendig seien dazu nach den Worten von Forschungsminister Riesenhuber sogenannte Krebsregister, deren bundesweite Einführung zur Zeit noch an datentechnischen Problemen scheitert (nur das Saarland besitzt ein Krebsregister). Heute werden nur etwa fünf Prozent der Krebs-

erkrankungen durch Register erfaßt, notwendig wären nach den Worten von Nikolaus Becker fünf regionale Register, wünschenswert wäre eines für jedes Bundesland. Riesenhuber: „Wir müssen bei den Ländern werben, daß hier eine vernünftige, den Datenschutz berücksichtigende Basis für die Forschung gefunden wird.“

Immerhin starben etwa 160 000 Menschen jährlich in der Bundesrepublik an Krebs. Und nach wie vor ist die Tendenz leicht steigend. Der Anteil der Krebserkrankungen an allen Todesursachen stieg in den vergangenen 30 Jahren bei Männern und Frauen von 15 auf 25 Prozent. Dabei machen bei den Männern die Karzinome der Lunge, des Magens, des Darms und der Prostata die Haupttodesursache von zusammen etwa 60 Prozent aus. Bei den Frauen sind die häufigsten Krebstodesursachen auf Tumoren der Brustdrüse sowie auf Tumoren zurückzuführen.

Riesenhuber macht deutlich, daß neuere Untersuchungen gezeigt haben, daß das Auftreten vieler Krebserkrankungen mit sogenannten Risikofaktoren korrelierbar ist. Danach sind etwa 60 bis 90 Prozent aller Krebserkrankungen auf Umweltfaktoren zurückzuführen. Andererseits sei aber bei Frauen in den ersten beiden Jahren nach einer Scheidung ein besonders signifikanter Anstieg der Krebserkrankungen zu registrieren, was auf psychische Ursachen schließen ließe. Ein weiterer wesentlicher Risikofaktor sei die Ernährung.

Nach Darstellung des Bundesforschungsministers will die Bundesregierung mit ihrer Projektförderung bestehende Forschungsaktivitäten auf diesem Gebiet ergänzen. In diesem Jahr stünden für diesen Zweck rund 150 Millionen Mark zur Verfügung. Riesenhuber: „Das ist ein Angebot, wissenschaftliche Arbeiten auch in solchen Bereichen zu ermöglichen, die bisher von keinem Förderer aufgegriffen werden konnten, für die aber ein dringender Bedarf besteht.“ Das gelte z. B. für vergleichende Therapiestudien. Gleichzeitig unterstütze die Bundesregierung vor allem die grundlagenorientierte Krebsforschung.

Geänderte Cocom-Liste ohne starke Wirkung auf Export

Keine totale Verhinderung des Technologie-Exports geplant

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Als „überzogen“ hat ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums die Kritik des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz an der geplanten Änderung der Cocom-Liste zurückgewiesen, also der Güter, die wegen ihrer militär-strategischen Bedeutung nicht in den Ostblock geliefert werden dürfen. Glotz hatte in einem Zeitungsbeitrag die jüngsten Beschlüsse des Koordinierungsausschusses der Ost-West-Handel, Cocom, dem mit Ausnahme von Island und Spanien alle NATO-Staaten und Japan angehören, im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik als „eine unverantwortliche Überpolitisierung des Ost-West-Handels“ bezeichnet. In Bonn wird allenfalls mit geringfügigen Auswirkungen auf den deutschen Export gerechnet.

Der Vorwurf, es sei ein „Stück Souveränität unter der Hand verloren worden“ und die EG-Staaten hätten sich von den USA unterbieten lassen, sei nicht haltbar.

Zurückgewiesen wird auch die Behauptung von Peter Glotz, in Zukunft dürften unter anderem keine Mini-, Personal- und Heimcomputer mehr in den Osten geliefert werden. Vielmehr sieht die Veränderung so aus: Die USA, und dort im Gegensatz zum Handelsministerium vor allem das Verteidigungsministerium, ha-

ben sich mit der Forderung nicht durchgesetzt, alle Computer auf die Cocom-Liste zu setzen. Wegen der rasanten technischen Entwicklung sollen vielmehr solche Geräte, die bereits viele Staaten anbieten, von der Liste gestrichen werden. Bei der Hardware soll es für die Exporteure Erleichterungen geben.

Neuland, und zwar nicht auf Druck der USA – diese Linie wurde bereits zu Zeiten der sozialliberalen Koalition verfolgt – soll durch die Einbeziehung der Software beschränkt werden. Der Verkauf von hoch- und höchstentwickelten Programmen soll unter einen Genehmigungsverbehalt gestellt werden. Allerdings müssen sich die Cocom-Mitglieder noch auf die genaue Beschreibung dessen verständigen, was davon betroffen sein soll. Auch hier ist Einstimmigkeit erforderlich. Große Bedenken kamen bisher aus Paris.

Von einer Umwandlung des Cocom in ein Instrument zur totalen Verhinderung des Technologieexports in den Ostblock kann nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums nicht die Rede sein. Allerdings habe die USA durch einige konkrete Eingriffe in jüngster Zeit für Verwirrung bei Verbindungen gesorgt, die jedoch nicht in direktem Zusammenhang mit der Überprüfung der Cocom-Liste stünden.

Strauß konnte den Wunsch Späths nicht erfüllen

Stuttgarter besäßen gerne die Baupläne ihrer alten Oper

KING HU KUO, Stuttgart
Zwischen den Ministerpräsidenten Baden-Württembergs und Bayerns ist eine Korrespondenz über die Entwürfe und Zeichnungen des Erbauers der Stuttgarter Alten Oper geführt worden. Wie ein Sprecher des Stuttgarter Staatsministeriums der WELT bestätigte, fragte Lothar Späth (CDU) den Münchner Amtskollegen Franz Josef Strauß (CSU), ob nämlich der Wiedereröffnung der Alten Oper am 1. November dieses Jahres in Stuttgart die Baupläne Max Littmanns, die sich im Deutschen Theatermuseum in München befinden, als „großzügiges Geschenk und sehr noble Geste“ dem Lande Baden-Württemberg überlassen werden könnten.

Denn die 1912 eröffnete Alte Oper in Stuttgart, die von Max Reinhardt seinerzeit als das „schönste Theater der Welt“ bezeichnet worden war, ist jetzt für 42 Millionen Mark in allem Glanz und zwar exakt nach den Entwürfen und Plänen Littmanns restauriert worden. In den Jahren 1955/56 und 1970/71 war dieses Glanz-

stück der deutschen Musikwelt einer „Modernisierungswut“ zum Opfer gefallen, die erst jetzt wieder rückgängig gemacht worden ist. Strauß bedauerte in seiner Antwort an Späth, daß er dem verständlichen Wunsch aus Stuttgart nicht nachkommen könne. Denn die Witwe Max Littmanns hatte den gesamten Nachlaß des Theaterbauers in München vermach, um das künstlerische Werk ihres Mannes zusammenzuhalten. Strauß: „Der Freistaat Bayern, der das deutsche Theatermuseum 1971 übernommen hat, fühlt sich dem Willen der Witwe von Max Littmann gegenüber verpflichtet.“

Konziliantweise bot Strauß an, die Pläne und Entwürfe des berühmten Baumeisters teilweise für eine Ausstellung anlässlich der Wiedereröffnung der Alten Oper zur Verfügung zu stellen. Der Sprecher des Stuttgarter Staatsministeriums der WELT: „Wir haben das Angebot dankend angenommen und das Ministerium für Wissenschaft und Kunst gebeten, mit München zu verhandeln.“

Die Berliner Mauer manifestiert heute die Teilung der Welt

Gedenk-Ausstellung zum 13. August 1961 in der Hermann-Ehlers-Akademie

DETLEV AHLERS, Hamburg
„Das Brandenburger Tor ist vorübergehend geschlossen.“ Das verkündete Ost-Berlin am 13. August 1961. Seit 23 Jahren jedoch ist es bei der Schließung geblieben. Und: Die Mauer, die zunächst begriffen wurde als brutale Teilung einer Nation, ist nicht nur an Höhe gewachsen, sondern auch an Bedeutung. Heute manifestiert sie die Teilung der Welt, sagte WELT-Chefredakteur Herbert Kremp am Montagabend in der Hamburger Hermann-Ehlers-Akademie.

Dort hängen neben dem Bild des ehemaligen Bundespräsidenten (1950-54) Fotos und Zeitungsseiten aus diesen entscheidenden Tagen des Mauerbaus. Diese Ausstellung der Tageszeitung DIE WELT zeigt einige Bilder, die wohl den meisten Betrachtern bereits bekannt sind. Denn seit 23 Jahren bleibt dem freien Teil Deutschlands – weil kein Deutscher an dieser Mauer zu rütteln vermag – nur die Möglichkeit, durch Ausstellungen, Reden und Veröffentlichungen zu verhindern, daß sich die Menschen beruhigen, daß sich die Unveränderbarkeit der Erschütterung aus dem Bewußtsein verdrängt.

Die jungen Stipendiaten, die in der Akademie wohnen, spüren beim Betrachten die zeitliche Distanz, die so lang ist wie ihr Leben. Sie merken an den Bildern die Veränderung der Mode und der Automobile seitdem. Und, wenn sie einmal in Berlin waren, erkennen sie auch die Veränderung der Mauer: Was vor 23 Jahren Stein auf

Stein mit Stacheldraht darüber aufgebaut wurde, ist längst ersetzt durch Betonwände, die – aus einem Stück gefertigt – beim Klettern keinen Halt für die Füße mehr bieten.

Doch gerade den jungen Menschen soll in der Akademie und immer wieder vor Augen geführt werden, was die Mauer bedeutet: Unrecht, das nicht durch die Länge seiner Existenz, sondern nur durch Abriß geheilt werden kann, der jedoch nicht in Sicht ist.

Im Sinne seiner anfangs erwähnten These, die Mauer sei von globaler Bedeutung, ging Kremp ausführlich auf die Politik des Kreml ein. Er brauche die „DDR“ als Glacis, er herrsche in Osteuropa absolutistisch. Er habe seit Kriegsende kontinuierlich und erfolgreich seine Kriegsbeute festgeschrieben. Ein Teil dieses Konzeptes seien die Verträge gewesen, die osteuropäische Staaten Anfang des vergangenen Jahrzehnts mit der Bundesrepublik geschlossen haben: Sie garantieren den Einflußbereich Moskaus auch ohne Friedensvertrag.

Insgesamt habe sich das Kräfteverhältnis auf der Welt und in Europa jedoch nur militärisch zugunsten der Sowjetunion verändert. Und vor allem durch militärische Präsenz halte der Kreml die Macht in seinem Herrschaftsbereich aufrecht.

Doch eben darin sei ein Wehlfeld zu erkennen, an dem einmal der Einfluß Moskaus auf Osteuropa reißen könne, meinte Kremp. Anders als die

anderen Siegermächte, die ihren Einfluß durch den Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen festigt hätten, habe sich die Sowjetunion für den anderen möglichen Weg entschieden – Unterdrückung und Befehlsgewalt über andere Staaten.

Nun wohne den europäischen Völkern aber ein latenter Wunsch nach nationalstaatlicher Freiheit inne, wobei die Verfassungen Westeuropas als Vorbild dienten. Immer wieder habe die Sowjetunion mit solchen Erscheinungen in ihrem Einflußbereich zu kämpfen gehabt, auch in Zukunft sei mit solchen Eruptionen zu rechnen, sagte Kremp.

So begrüßte er Versuche der „DDR“, ihre Existenz der eigenen Bevölkerung gegenüber mit scheinbaren Wurzeln in der nationalen Vergangenheit zu legitimieren, weil es nicht gelungen sei, mit dem realen Sozialismus die Existenz zu begründen. Doch die Deutschen im Osten seien immun gegen solche Legitimationsversuche; was in ihnen allein haften bliebe, sei die Berufung der nationalen Vergangenheit.

Eine innere Reform im Ostblock schloß Kremp aus. Die alten Männer im Kreml und die von ihnen abhängigen SED seien dazu nicht instande. Ihr einziges Ziel sei die Machterhaltung.

So bleibe nur die Hoffnung, daß ihre Herrschaft vorübergehe, wie die Schließung des Brandenburger Tors.

Die Japaner machen es möglich

Im Gegensatz zu Buschhaus bekommt „Leiningerwerk“ sofort Entschwefelungsanlage

PETER SCHMALZ, München
Streng nach dem Gesetz wird der neue Block 5 des bayerischen Steinkohlekraftwerks „Leiningerwerk“ in Angbühl, 30 Kilometer Luftlinie nördlich des Münchner Marienplatzes, wie das umstrittene Kraftwerk Buschhaus eine Abgasanlage und müßte seine Abfuhr nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung erst 1988 entschärfen. Laut Genehmigung vom Mai 1982 dürfen mit jedem Kubikmeter Rauchgas dem 220 Meter hohen Schornstein 650 Milligramm Schwefeldioxid entweichen.

Wenn aber das Wärmekraftwerk Mitte nächsten Jahres den Betrieb aufnimmt und 450 Megawatt Strom erzeugt, wird es eines der saubersten unter den deutschen Kohleverbrennern sein. Schon ein Jahr vor Erlass der Bonner Verordnung und in Erwartung wie in Kenntnis der künftigen Grenzwerte beschlossen die Isar-Amper-Werke – nach den Bayernwerken der zweitgrößte bayerische Stromproduzent – freiwillig den unverzüglichen Einbau einer Entschwefelungsanlage.

Höherer Strompreis?

Nach den Berechnungen wird der geforderte Grenzwert von 400 Milligramm sogar noch um etwa 100 Milligramm unterschritten. „Eine weitere Absenkung des Schwefelwertes wäre wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll und hätte kaum einen nennenswerten zusätzlichen Entlastung der Luft“, meint Vorstandsmitglied Heinz Loew. In Angbühl liegt der Reduzierungsgrad bei mindestens 85 Prozent (85 sind ab 1988 gefordert), durch technische Verbesserung des Betriebs hofft man aber auf 90 Prozent zu kommen.

Allein die Rauchgasentschwefelungsanlage verteuert den Bau um 100 Millionen auf 840 Millionen Mark und führt zu einer Mehrbelastung pro Kilowattstunde von 1,5 bis zwei Pfennig. Loew wollte sich vor Journalisten nicht festlegen, ob dies zu Strompreiserhöhungen führen wird. Zur Entschwefelung werden in jeder Betriebsstunde fünf bis sechs Tonnen Kalkstein benötigt, der zu

Mehl gemahlen und mit Wasser vermischt als Sprühreagen über die Abfuhr rieselt, wobei sich das Schwefeldioxid mit dem Kalk zu Kalziumsulfid und schließlich unter Zugabe von Oxidationsluft zu Kalziumsulfat bindet. Dieses Endprodukt entspricht dem in der Natur vorhandenen Gips und kann ohne weitere Behandlung in der Baubranche eingesetzt werden. Der deutsche Gipsbedarf liegt bei fünf Millionen Tonnen im Jahr, das bayerische „Leiningerwerk“ wird jährlich 50 000 Tonnen liefern. Der Abtransport ist optimal geregelt: Der Lieferant des Kalksteins holt den Gips ab.

Weit problematischer gestaltet sich die Minderung der Stickoxide. Gegenmisch sind derzeit 800 Milligramm pro Kubikmeter Abfuhr, die Konferenz der Umweltminister forderte aber bereits einen Grenzwert von 200 Milligramm. Die Isar-Amper-Werke sollen in zwei Stufen auf diesen Wert kommen. Nach japanischen Erfahrungen (deutsche Techniker müssen bei der Entschwefelung noch weitgehend auf fernöstliche Kenntnisse zurückgreifen) kann der Stickoxid-Ausstoß allein durch feuerteknische Maßnahmen deutlich verringert werden. Deshalb wird in den neuen Werk die Kohle feiner als bisher zerkleinert, die Luft an den 20 Brennern im Kesselraum reduziert, dafür wird zusätzlich Sauerstoff und Unterluft zur optimalen Verbrennung zugeführt. Der Erfolg: Beim Brennvorgang entsteht ein Viertel weniger Stickoxid.

Der nächste Schritt ist komplizierter und fußt wieder auf japanischem Vorbild. IAW-Immissionsschutzbeauftragter Matthias Schraner: „Die Problematik kam für die deutschen Firmen zu schnell, sie müssen deshalb noch auf japanische Lizenzen zurückgreifen.“ Dieser zweite Teil wird eine katalytische Entstickungsanlage sein: Die Abfuhr streicht durch einen Katalysator und die Stickoxide verwandeln sich unter Zugabe von Ammoniak in den natürlichen und unschädlichen Elementen Stickstoff und Wasser.

Der Katalysator soll in der ersten

Halbte 1983 installiert sein, die Kosten werden auf 50 bis 70 Millionen kalkuliert. Noch ist die Anlage nicht in Auftrag gegeben. „Wir müssen“, sagt Schraner, „erst während des Kraftwerksbetriebs die tatsächlichen Verhältnisse im Rauchgas feststellen und können erst dann die Größe der Anlage bestimmen.“ Japanische Erfahrungen sind nur begrenzt übertragbar, da dort Kohlekraftwerke vorwiegend zur Grundlastdeckung eingesetzt werden und deshalb bei gleichbleibenden Betriebsbedingungen rund um die Uhr laufen (wobei Japan Kohle verwendet, die teilweise nicht mehr als 0,3 Prozent Schwefel enthält, während bei deutscher Steinkohle 1 bis 1,3 Prozent gemessen werden).

Ungelöste Entsorgung

Deutsche Kohlekraftwerke sind zu meist für den Mittelastbereich reserviert und werden täglich an- und abgefahren, wodurch schwankende Rauchgastemperaturen entstehen. Die Isar-Amper-Werke und die Neckarwerke (Esslingen) sind die ersten deutschen Kraftwerksunternehmen, die den japanischen Katalysator einbauen. Die Kosten pro Kilowattstunde werden auf einen Pfennig geschätzt.

Das von der deutschen Firma Walter (Krupp) entwickelte Entstickungsverfahren wollten die Bayern wegen ungelöster Entsorgungsfragen nicht einsetzen: Das hierbei anfallende Ammoniumsulfat ist ein saures Düngemittel, das auf heimischen Böden nicht verwendet werden kann. Es ist nach Meinung von Experten für ostasiatische Reisböden geeignet.

Obwohl die Isar-Amper-Werke ihre Eigenstromerzeugung seit 1976, dem Jahr ihres höchsten Schwefelausstoßes, um 1,4-fache gesteigert haben, geht nur ein Viertel des damaligen Schwefeldioxid-Anteils durch den Kamin, der Stickstoffanteil wurde auf ein Drittel reduziert. Das aber hat einen anderen Grund: In diesem Geschäftsjahr werden 58,57 Prozent des IAW-Stroms aus dem Kernkraftwerk „Isar 1“ bezogen.

Polizeieinsatz in Mutlangen kostet 20 Millionen

dpa, Mutlangen/Stuttgart

Die Polizeieinsätze im Zusammenhang mit der Bewachung des US-Militärdepots in Mutlangen, in dem Pershing-2-Raketen stationiert sind, haben seit September des vergangenen Jahres rund 20 Millionen Mark gekostet. Wie der Präsident der zuständigen Landespolizeidirektion, Hanspeter Sturm, mitteilte, hat die Polizei vor dem Depot und bei der Begleitung von Pershing-2-Transporten von und nach Mutlangen bisher 700 000 Stunden Dienst geleistet.

Im Zusammenhang mit den Blockaden sind nach den Worten Sturms seit Ende November vergangenen Jahres bis heute insgesamt 1052 Anhänger der Friedensbewegung im Raum Mutlangen festgenommen worden, gegen die Strafverfahren eingeleitet worden sind. 171 Urteile seien bisher durch das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd ergangen, vor allem wegen Nötigung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung sowie Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

SPD: Konservative sind Hauptgegner

dpa, Düsseldorf

„Die SPD würde ihre Kräfte verzerren, wenn sie sich unabhängig mit den Grünen beschäftigt.“ Der stellvertretende Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD und Landesbauminister Christoph Zöpel hat eingeräumt, daß seine Partei zu lange, eine offensiv-harte Auseinandersetzung mit den Konservativen „versäumt habe. Mit Blick auf die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen forderte Zöpel seine Partei auf, die Auseinandersetzung mit den Konservativen zu verschärfen und sich weniger mit den Grünen zu befassen. So könnten die Konservativen noch immer eine wirtschaftliche Besserung „vorkauken“. Dabei seien im vergangenen Jahr allein 9,1 Prozent Arbeitslose registriert worden. Weitere Erfolge der Grünen ließen sich nur durch eine konsequente Umweltpolitik der Sozialdemokraten verhindern, nicht aber durch eine ständige Überbetonung bestimmter politischer Verhaltensweisen der Grünen.

Zu den umstrittenen Überlegungen des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, über die Möglichkeiten einer großen Koalition meinte der nordrhein-westfälische SPD-Politiker: Der Zwang zu einer härteren Auseinandersetzung mit den Konservativen verbiete derartige Überlegungen. Mit seiner „Fundamentalabsage“ habe Kohl auch dem nordrhein-westfälischen CDU-Oppositionschef Bernhard Worms die „Resthoffnung“ genommen, sich über eine von ihm noch vor den Sommerferien zur Diskussion gestellte große Koalition in Düsseldorf „in die Regierung zu schleichen“.

GEW um Kontakte zu Grünen bemüht

dpa, Düsseldorf

Führungsmitglieder des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die mit der Bildungspolitik der Landesregierung zunehmend in Konflikt liefen, haben Kontakte zu den Grünen aufgenommen. Vorher handelt es sich jedoch nur um Gespräche „informellen, ja informellen Charakters“. Der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Hoppe, bezeichnete die Gespräche in einem internen Aktenvermerk als „recht offen und in der Atmosphäre durchaus freundschaftlich“. Hoppe hat vorgeschlagen, ein „förmliches und dann auch entsprechend publiziertes Gespräch“ mit den Grünen auf Landesebene zu führen. Es komme darauf an, bei den Grünen wie bei den anderen Parteien Einfluß auf die Formulierung „uns betreffender Programmpunkte zu gewinnen“.

BfV-Präsident tadelt Junge Union

DW, Bonn

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Herbert Hellenbroich, hat die Aufforderung der Jungen Union, auf die Eröffnung der FDJ im nächsten Verfassungsschutzbericht zu verzichten, als „völlig unverständlich“ bezeichnet (WELT v. 14.8.). Hellenbroich zeigte sich in einem Interview mit der „Kühnischen Rundschau“ über diesen Vorschlag „sehr betroffen“. Der FDJ, die für die „DDR“ ein wichtiger Faktor für die Westarbeit sei, gehe es nicht um Jugendaustausch im eigentlichen Sinne, sondern „allein darum, Agitation zu betreiben“.

DIE WELT (ISSN 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 54.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mit Marx im Munde das Evangelium ausgelegt?

Verfahren in Rom gegen den „Befreiungstheologen“ Boff

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Die Frage, ob die „Theologie der Befreiung“, die in der Dritten Welt und vor allem in Südamerika immer weiter um sich greift, noch mit der rechten Lehre der katholischen Kirche zu vereinbaren ist, beschäftigt seit längerem nicht nur viele Ortsbischöfe, sondern auch die zuständigen Behörden der römischen Kurie. Sie steht jetzt im Mittelpunkt eines Verfahrens, das vor der Glaubenskongregation gegen den brasilianischen Theologen Leonardo Boff anhängig ist.

Boff ist für den 7. September zur Einvernahme durch eine von Kongregationspräsident Kardinal Ratzinger geleitete Kommission nach Rom beordert worden. Dem 46-jährigen Franziskanerpaten wird angeliegt unter anderem vorgeworfen, sich bei der Verkündung und Auslegung des Evangeliums marxistischer Terminologie und Methodik zu bedienen.

Gegen Boff und seinen Bruder Clodovis, dem die theologische Lehrtaubheit von Rio de Janeiro entzogen wurde, wird schon seit Jahren ermittelt. Die beiden Brüder fanden bisher aber stets Protektion - nicht nur bei zwei anderen einflussreichen Franziskanern, den Kardinalenbischöfen (Scheidter (Fortaleza) und Arns (São Paulo)), sondern offenbar auch bei der Mehrheit des brasilianischen Episkopats. So ist Leonardo Boff noch immer Mitglied der aus 14 Bischöfen und 14 Fachtheologen bestehenden Theologischen Kommission der brasilianischen Bischofskonferenz.

Ratzingers Kritik

Kardinal Lorscheider wird Boff jetzt auch bei der Einvernahme durch die Glaubenskongregation beistehen. Gemäß Verfahrensregeln des ehemaligen heiligen Offiziums wohnt der Kardinal dem Verhör bei, kann aber nicht selbst das Wort ergreifen.

Kardinal Ratzinger hatte zum Thema „Befreiungstheologie“ im vorigen Jahr während der Bischofssynode vor einer Theologengruppe im Vatikan Stellung bezogen. In seinen Ausführungen, die dann im darauffolgenden März unautorisiert von einer katholischen Zeitschrift auszugsweise verbreitet wurden, soll er den Verfechtern dieser theologischen Richtung vorgeworfen haben, sie hätten

die Humanwissenschaften - vor allem Psychologie, Soziologie - sowie marxistische Geschichtsinterpretationen „wie ein neues Evangelium“ angenommen und dadurch einige christliche Grundkonzepte verzerrt.

So bestünde die Liebe in der Sicht der „Befreiungstheologie“ in der Option für die Armen und decke sich mit der Option für den Klassenkampf. So werde auch die Auferstehung als Hoffnung derjenigen interpretiert, die gekreuzigt sind: all jener Millionen, die der strukturellen Ungerechtigkeit wie einer langsamen Kreuzigung ausgesetzt sind.

Das Elend verdeutlichen

Insgesamt gesehen sei die „Befreiungstheologie“ in einigen ihrer Ausdrucksformen zwar „legitim, ja sogar notwendig“, in anderen aber zu kritisieren und in wieder anderen unakzeptabel. Letzteres sei vor allem dort der Fall, wo der Glaube zur Parteilichkeit reduziert werde und man den Marxismus zur Interpretation der Bibel und der christlichen Botschaft heranziehe.

Die Brüder Boff beantworteten diese Ausführungen Ratzingers mit einer gemeinsamen Erklärung, in der es heißt: „Marx ist weder der Vater noch der Pater der Theologie der Befreiung.“ Diese Theologie bediene sich der marxistischen Analyse nur mit dem Ziel, die Realität des schreienden Elends zu verdeutlichen, in der die Völker des lateinamerikanischen Kontinents lebten.

Die „Theologie der Befreiung“ ist in den letzten Jahren zunehmend auf Widerspruch nicht nur seitens der konservativen Kräfte im lateinamerikanischen Episkopat, sondern auch seitens der römischen Kirchenzentrale gestoßen. Der Papst selbst verurteilte im vergangenen Jahr die von vielen „Befreiungstheologen“ anvisierte neue Kirchenordnung der „comunidad“ oder „iglesia popular“ (Volksgemeinschaft) in seiner durch Proteste der Sandinisten gestörten Predigt von Managua.

Da Pater Boff als einer der repräsentativsten Vertreter der „Befreiungstheologie“ gilt, wird dem Verfahren exemplarische Bedeutung beigemessen. Von seinem Ausgang werde das Schicksal zahlreicher anderer, Boff nahestehender lateinamerikanischer Theologen abhängen.

Japan sucht in Asean den Partner

Die politische Komponente zur wirtschaftlichen Kooperation / Kambodscha als Beispiel

FRED DE LA TROBE, Tokio

Die Beziehungen zwischen Japan und der südostasiatischen Regionalgemeinschaft Asean greifen immer mehr von einer zweckdienlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf politische Partnerschaft über. Das Verhältnis beruht nicht mehr überwiegend auf nüchternem Geschäft und Zahlen - obwohl die wirtschaftliche Komponente noch wichtig ist.

Das bedeutet, daß Japans Diplomaten vor neuen, schwierigen Balanceakten stehen, bei denen sie bisher noch keine allzu glückliche Hand hatten. So hat Vietnam gerade den Dreistufen-Friedensplan für Kambodscha als „nichts Neues“ zurückgewiesen, den der japanische Außenminister Abe auf der erweiterten Ministerkonferenz der Asean-Staaten in Jakarta vorgelegt hatte. Der Asean gehören die Philippinen, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Brunei an.

Dieser Plan hatte den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, freie Wahlen und hohe japanische Wiederaufbauhilfe für das vom Krieg zerstörte Land vorgesehen. Asean bekräftigte inzwischen gegenüber der Asean erneut, daß Japan Wirtschaftshilfe für Hanoi erst nach einem vietnamesischen Truppenabzug aus Kambodscha geben werde.

Auch ein anderer diplomatischer Vorstoß Tokios in der südostasiatischen Region blieb erfolglos: der Versuch, zwischen China und Indonesien

zu vermitteln. Peking erklärte sich an der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Jakarta interessiert, die Regierung Suharto verhielt sich jedoch ablehnend.

Erfolgreicher war Japan bei seiner Aktion, als Interessenvertreter und Sprecher der Asean auf den Wirtschaftsgipfeln der führenden westlichen Industrienationen aufzutreten. Schon in Williamsburg, aber noch mehr in London in diesem Jahr brachte Ministerpräsident Nakasone die Anliegen der sechs Asean-Länder zur Sprache. Damit gelang es ihm auch, Japans politisches Ansehen bei den Industrienationen zu erhöhen.

Immer mehr herrscht in Japan und den Asean-Staaten der Eindruck vor, daß man politisch und wirtschaftlich im selben Boot sitzt. Für Tokio ist Südostasien längst nicht mehr der rohstoffliefernde „Hinterhof“. Und Frieden und Stabilität der Asean-Länder sind weitgehend vom Wohlergehen Japans und dessen Zusammenarbeit abhängig. Die belastete Zeit der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg rückt in dieser Region immer mehr in den Hintergrund, wenn gleich nicht alle Ressentiments und Sorgen geschwunden sind. In Singapur und Malaysia hat sich die Bewegung „von Japan lernen“ ausgebreitet, die von den Regierungen dieser Staaten kräftig gefördert wird. Für diese Nationen war früher Großbritannien Vorbild.

Singapur und Malaysia bemühen

sich, japanische Einrichtungen und Errungenschaften - vom Polizeiverwaltungssystem über Verkaufspraktiken bis zu modernen technischen Verfahren - zu übernehmen. Der Austausch von Praktikanten, Studenten und Wissenschaftlern hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Andererseits haben japanische Unternehmen die Chance genutzt und Singapur zu einer Drehscheibe für ihre Geschäfte in der Region ausgebaut. Die Zahl der dort lebenden Japaner hat sich in den letzten Jahren auf mehr als 20 000 verdreifacht.

Trotz der wachsenden Partnerschaft fehlt es in der Asean nicht an kritischen Stimmen gegenüber Japan, so wie sie auch kürzlich auf der Ministerkonferenz in Jakarta zu hören waren. Tokios politischer und wirtschaftlicher Kurs sei in erster Linie auf die Vereinigten Staaten und Westeuropa ausgerichtet, hieß es da. Japan solle mehr nach Südostasien blicken, das ihm geographisch und kulturell näher liege.

Auch der große Exportüberschuß Japans mit dieser Region und seine geringen Käufe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen aus den Asean-Ländern kamen unter Beschuß. Tokio praktiziere nicht, was es auf dem Gipfel in London gepredigt habe. Die Japaner verteidigten sich damit, daß schon ein Drittel ihrer Entwicklungshilfe und die meisten seiner Investitione nach Südostasien gingen.

Für die Sahara setzt sich „arabische Lösung“ durch

Treffen Khadhafi-Hassan / Algeriens Staatschef blieb fern

ROLF GÖRTZ, Madrid

Überraschend trafen sich am Montag der marokkanische König Hassan II. und Libyens Revolutionsführer Oberst Khadhafi in der marokkanischen Stadt Oujda in der Nähe der algerischen Grenze. Vergebens hofften beide Staatschefs, daß auch Staatspräsident Chadli Benjedid von Algerien zu ihnen stoßen würde. Ob wirklich auch König Fahd von Saudi-Arabien erwartet wurde, wie einige Agenturen melden, erscheint unwahrscheinlich.

Bei ihrem Treffen, das offensichtlich mehr der Initiative Khadhafis zuzuschreiben ist, wollte man sich auf einen gemeinsamen Nenner in der Frage der Westsahara, der ehemals spanischen Kolonie, einigen. Als geschlossener Maghreb-Block, so hofften Khadhafi und Hassan, aber jeder aus einem anderen Grunde, wollte man bei der nächsten, bisher aber immer wieder verschobenen Tagung der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAE) auftreten.

Wäre jetzt eine Einigung im Rahmen des Großmaghreb (Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen) in greifbare Nähe gerückt, würde Khadhafi als der Initiator ganz gewiß auch die Führungsrolle beanspruchen. Und genau das dürfte den algerischen Staatspräsidenten Chadli davon abgehalten haben, an dem Treffen teilzunehmen. Auch wenn er selbst eine maghrebinische Lösung anstrebt.

Stillhalten im Tschad

So lag denn Khadhafis Militärführer und Stellvertreter, Abdessalam Dschallud, vergebens nach Alger, um Chadli zu holen. Zwei Stunden lang wartete er in dem vierstahligen Staatssegen Jet. Immerhin telefonierte Hassan mit Chadli und, wie es heißt, auch mit König Fahd von Saudi-Arabien. Nach dem Treffen mit Hassan flog Khadhafi dann nach Algerien, wo er von Chadli - nunmehr als desseo Gast - empfangen wurde.

In der Sache scheinen sich König Hassan und Khadhafi seit ihrem letzten Treffen vor einem Jahr einig: Khadhafi entschloß sich im Interesse seiner maghrebinischen Gesamtpläne, der von Marokko bereits vollzogene De-facto-Lösung der Westsahara zuzustimmen. Hassan versprach ihm

dafür, ihn bei seinem Vorgehen im Tschad nicht zu stören. (Frankreich bat vergebens um marokkanische Militärhilfe im Tschad.)

Khadhafi nennt die Sahara-Empfehlung die „arabische Lösung“. Praktisch läuft sie auf die Anerkennung der von Hassan besetzten „nützlichen Zone“ in der ehemaligen Kolonie unter marokkanischer Hoheit hinaus. Diesen Teil konnte die marokkanische Armee inzwischen mit einem Befestigungssystem umgeben, das die saharaischen Polisario-Rebellen zwar gelegentlich angreifen, ohne aber effektiv erfolgreich zu sein.

Polisario geschwächt

Auch der Anspruch der Polisario auf die Gewässer vor der Saharaküste, den sie vor drei Jahren mit Entführungen spanischer und portugiesischer Fischer samt deren Kuttern, aber auch mit der Ermordung einer gesamten Fischkutterbesatzung geltend machten, gehört nunmehr der Vergangenheit an. Ihrer wichtigsten Nachschubquellen aus Libyen beraubt, sank die Polisario-Truppe zur Bedeutungslosigkeit herab. Und logischerweise betrachten die Polisario-Rebellen Khadhafi inzwischen als einen Vertreter an ihrem „sozialistisch-arabischen Saharastaat“ (RASD).

Im Grunde genommen fühlt sich auch die algerische Armee wohler ohne die kleine, bis vor kurzem aber schlagkräftige Polisario-Truppe im eigenen Land. Algerien ist zwar ein sozialistischer Staat, muß aber immer den sowjetischen Hintergrund fürchten; denn die Sowjetunion hat größtes Interesse an einem sozialistischen Saharastaat.

Moskau würde gerne von einem Stützpunkt am Atlantik profitieren, der gewissermaßen die afrikanische Gegenküste zum strategisch wichtigen Fischerstützpunkt auf den Kanarischen Inseln bilden würde. Aus diesem Grund rüsten die USA Marokko mit Waffen und Radargeräten zur Überwachung der Wüste aus. Eine Unterstützung, die inzwischen allerdings weitgehend durch Militärhilfe aus Saudi-Arabien abgelöst wurde, die König Fahd seinem marokkanischen Vetter aus naheliegenden Gründen gewährt. (SAD)

„Solidarität bleibt Ideal für Polen“

DW, Danzig

In der Danziger Brigittenkirche haben 4000 Anhänger der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ in Anwesenheit des Arbeiterführers Lech Walesa mit einer Abendandacht, die von dem katholischen Geistlichen Jerzy Popieluszko gehalten wurde, den August-Streiks vor vier Jahren gedacht. Die Auseinandersetzung hatte zur Zulassung der freien Gewerkschaft geführt. In seiner Predigt erklärte Popieluszko, gegen den wegen Mißbrauchs der Freiheit religiöser Betätigung und wegen angeblicher Propagandaliteratur ermittelt wird, daß „Solidarität“ eine „Idealvorstellung“ der polnischen Nation bleibe. Jeder Kampf gegen dieses Ideal sei „zum Scheitern verurteilt“.

Machte Südafrika Zugeständnisse?

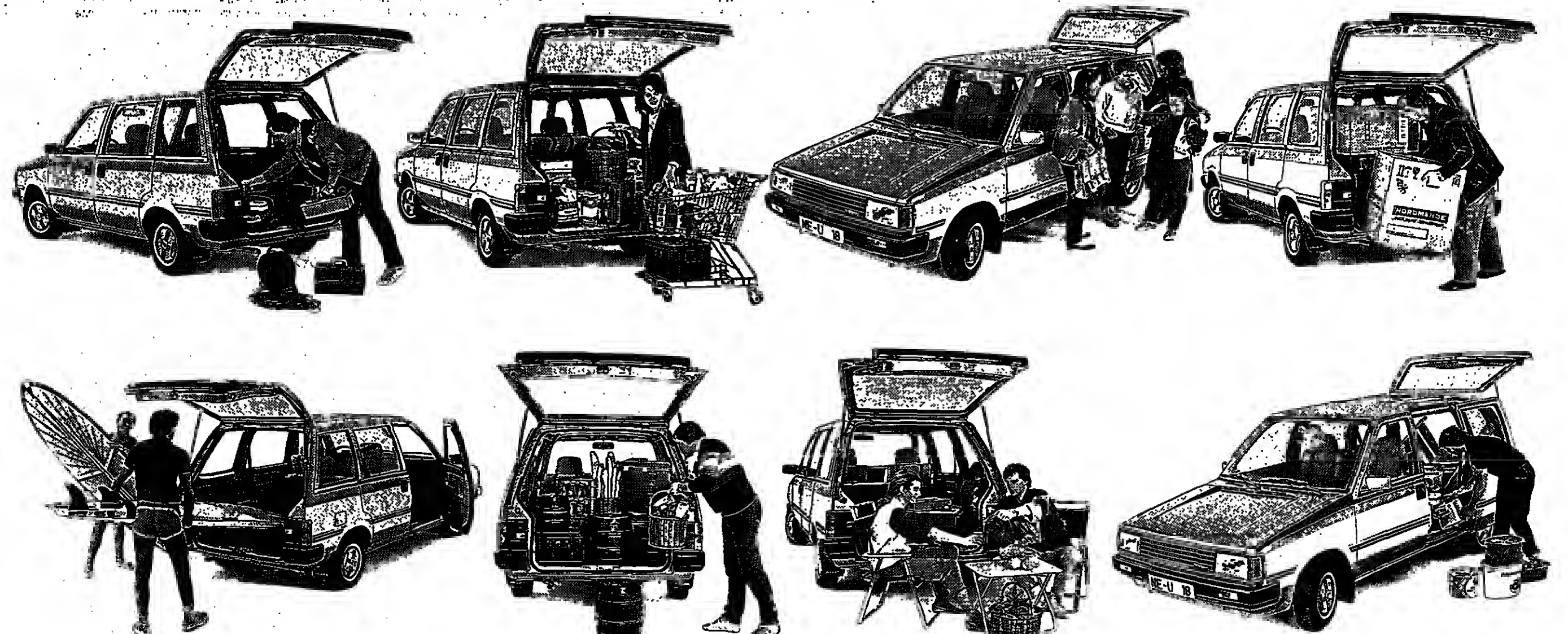
dpa/AP, Pretoria

Die Regierungen von Südafrika und Mosambik haben konkrete Schritte erörtert, um in der von heftigen Rebellenaktivitäten verunsicherten Volksrepublik Mosambik die deo Frieden wiederherzustellen. Dies bestätigten Südafrikas Außenminister Roelof Botha und Mosambiks Wirtschaftsminister Jacinto Veloso nach einem mehrstündigen Treffen in Pretoria. Obwohl Botha bestritt, daß private Gruppen von Südafrika aus die regierungsfeindliche Rebellenbewegung „Renamo“ in Mosambik mit Waffen unterstützten, machte Südafrika mit Blick auf den im März unterzeichneten Nichtangriffspakt offenbar Zugeständnisse beim Kampf gegen die Rebellen.

Truppen in Süden Kabuls verlegt

dpa/AP, New-Delhi

Bei ihren Vorstößen gegen die Freiheitskämpfer im Norden und Süden Afghanistans sollen nach Informationen aus New-Delhi in den beiden vergangenen Wochen 350 sowjetische und afghanische Soldaten getötet worden sein. Offenbar seien die Sowjets dabei, ihre Truppen unter großen Verlusten zunehmend von Norden in den Süden Afghanistans zu verlegen und dort ihre Stellungen auszubauen. In Kabul selbst sollen nach einer Meldung von Radio Afghanistan rund 300 000 Menschen vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland gegen einen angeblichen Angriff auf die afghanische Botschaft in Bonn demonstriert haben.



In der Vielseitigkeit wächst der NISSAN PRAIRIE über sich hinaus.

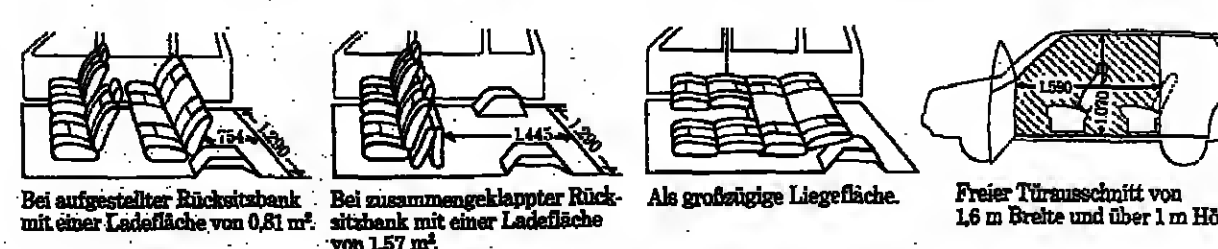
Mit dem Prairie präsentiert Nissan der Welt ein völlig neues automobiles Konzept, das einzigartig ist. Der Nissan Prairie ist genial konstruiert: Ohne Mittelhohm zwischen den konventionell zu öffnenden Vordertüren und den neuartigen hinteren

Schiebetüren ist der Nissan Prairie durchgehend geöffnet. Der Prairie ist leistungstark motorisiert: 1,8-Vierzylinder-Motor, 65 kW/88 PS (fährt auch bleifrei); exakt abgestimmtes 5-Gang-Getriebe. Daß ein einzigartig prak-

tisches Automobil auch ebenso überzeugend komfortabel sein kann, beweist die Komfort-Ausstattung des Prairie: Teppichboden, getönte Scheiben, bequeme, stoffbezogene Sitze, Servolenkung gegen Aufpreis. Wartungsintervalle nur alle 20.000 km, 6-Jahres-Garantie

gegen Durchrostung bei nur einer kostenpflichtigen Nachbehandlung. Für DM 18.395,- (unverbindliche Preisempfehlung ab Auslieferungslager), bei 700 Nissan/Datsun-Vertragshändlern, wo der Prairie auch vorteilhaft zu leasen ist. Aufheben als Sonderzubehör.

NISSAN MOTOR DEUTSCHLAND GMBH, Nissanstraße 1, 4040 Neuss 1.



Bei aufgestellter Rückbank mit einer Ladefläche von 0,81 m².

Bei zusammengeklappter Rückbank mit einer Ladefläche von 1,57 m².

Als großzügige Liegefläche.

Freier Türanschnitt von 1,6 m Breite und über 1 m Höhe.

Die Nissan-Finanzierung durch die Absatzrückzahlung AG: flexibel, günstig, schnell. 2,99% effektiver Jahreszins. Annahlung 50%, Laufzeit 12, 24 oder 36 Monate.



NISSAN MOTOR DEUTSCHLAND GMBH, Nissanstraße 1, 4040 Neuss 1.

Datsun von Nissan. Seit 50 Jahren.

STELLENANGEBOTE

BEREICHSLER MIKROCOMPUTER

Langjährige Erfahrung, konsequente Verfolgung ehrgeiziger Ziele und schließlich die Leistungsfähigkeit einer Großrechenanlage haben uns zum geschätzten Datenverarbeitungspartner in Westfalen gemacht.

Als Gemeinschaftsrechenzentrum der Westfälischen Kredit- und Warengenossenschaften ist auch die Richtung für die Zukunft vorgegeben: neueste Technik und modernste DV-Anwendungen unserer Mitgliedern und Kunden wirtschaftlich sinnvoll nutzbar zu machen.

Zu unserem Angebot gehört seit mehreren Jahren auch der Bereich Mikrocomputer. Im Rahmen der Erweiterung unserer Vertriebs- und Entwicklungsaktivitäten suchen wir den Bereichsleiter-Mikrocomputer

der aufgrund langjähriger Erfahrungen und fundierter Systemkenntnisse (Hard- und Soft-

ware) in der Lage ist, die Software-Entwicklung unserer Produkte zu steuern.

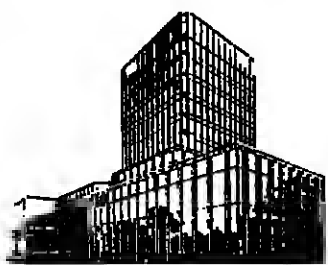
Eine mehrjährige Praxis im Mikrocomputer-Bereich (Hersteller, Software-Haus) setzen wir voraus.

Wir erwarten ein: Einsatzbereitschaft, Zielstrebigkeit, Teamgeist, vor allem Fachwissen und die Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen.

Wir haben dafür aber auch viel zu bieten: ein attraktives Gehalt, das soziale Umfeld eines modernen Großunternehmens, hinsichtlich des Arbeitsplatzes eine technische Ausstattung, die sonst nur selten vorzufinden ist.

Unsere 300 Mitarbeiter sind stolz auf das, was sie bisher geleistet haben.

Wenn Sie in Zukunft dazugehören wollen, dann bewerben Sie sich mit den üblichen Unterlagen bei unserer Personalabteilung.



GAD Gesellschaft für automatische Datenverarbeitung e.G.
Sentmaringer Weg 1 · 4400 Münster

Mit mehr als 10 000 Beschäftigten gehört unser Unternehmen zu den Großen seiner Branche. Firmensitz ist eine norddeutsche Großstadt.

Wir suchen für die Personalabteilung einen qualifizierten

Personalreferenten

mit wirtschaftswissenschaftlicher oder juristischer Ausbildung.

Das Aufgabengebiet umfasst die eigenverantwortliche personelle Betreuung von mehreren hundert Angestellten. Berufliche Erfahrung müssen wir also voraussetzen.

Für uns bedeutet Personalarbeit aber auch eine Herausforderung an die Persönlichkeit, an Takt und Fairness, an Intelligenz und Kreativität. Wir erwarten einen ausgeprägten Leistungswillen und die Bereitschaft zu einer guten Zusammenarbeit mit Kollegen, Führungskräften und den Betriebsräten unseres Hauses.

Wir bieten Ihnen alle Voraussetzungen für eine schnelle Einarbeitung und für eine aussichtsreiche Entwicklung.

Angebote erbeten unter X 8746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen für einen unserer Mandanten mit Verwaltungs- und Vertriebsniederlassungen im In- und Ausland den künftigen

Leiter

der Abteilung Altersversorgung

Die Aufgaben an diesem Arbeitsplatz sind primär administrativer Art. Sie beinhalten aber auch die Lösung versorgungsrechtlicher Probleme, die sich aus der Gesetzgebung und Rechtsprechung ergeben haben. Bei ca. 17 000 Mitarbeitern sind etwa 10 000 Firmenrentner zu betreuen.

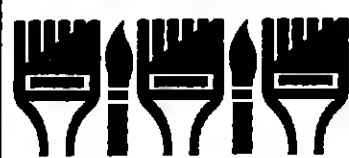
Es kommen nur solche Bewerber in Betracht, die über gute Kenntnisse auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung verfügen und bereits praktische Erfahrungen sammeln konnten. Sollten Sie eine Aufstiegschance oder ein erweitertes Betätigungsfeld suchen, könnten Sie die gewünschte „Führungskraft“ unseres Mandanten sein.

Bei einer Kontaktaufnahme sichern wir Ihnen Vertraulichkeit zu.

Dr. Bode · Dr. Grabner & Partner
Versicherungsmathematische Sachverständige
Nördliche Münchner Str. 5-7
8022 Grünwald/München

Tel. 0 89 / 6 49 23 56

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntheitsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 2000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41
8000 Frankfurt 11



Ladglänzende Zukunft

Können Sie auf dem Gebiet der Lacke und Farben Marktstrategien entwickeln und Impulse geben? Sind Sie bei der Lack- und Farbindustrie gut eingearbeitet? Sind Sie verkäuferisch stark? Sprechen Sie außerdem noch englisch? Dann bietet Ihnen ein Unternehmen von weltweiter Bedeutung einen chancenreichen Job als Produkt-Manager. Natürlich mit angemessenen Bezügen.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 18. August, im großen Stellenanzeiger der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Handelsvertreter

für die Bereiche: Kopiergeräte, Lichtpauspapier, Bürobedarf, Hygienepapiere, Büfelmischgeräte baldmöglichst gesucht.
Wir bieten ein komplettes Spitzenprogramm mit konkurrenzlosen Verkaufspreisen und zahlen höchste Provisionen. Auch Anfragen als Zweitvertretung und Händleranfragen angenehm.
W. Schreiber, Heilgenrath 7, 3500 Kassel, Tel. 05 61 / 52 67 58

MAKLER

US-Dollar 37500 bis 202000

Eine Kapitalanlage von 12 500 bringt Ihnen die obige Rendite innerhalb von 10 bis 20 Jahren, mit fortlaufenden Gewinnen über Jahrzehnte. Diese basieren auf jährlichen Schätzungen der Einnahmen in den Vereinigten Staaten. Der Anlageplan wurde von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Firma, die Analysen erstellt, untersucht. Mindestanlage \$ 2500,-. Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligungen erwarten für uns geeignete Mäkler. Informationsmaterial in Englisch, Deutsch, Französisch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung.
GLOBE PLAN S. A. - Av. des Repas 24 - CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. 09 41 21 32 35 12 Telex: 33 185 MELUS CH

Handelsingenieur, K. C.
progressiv, international tätig, entlastet. Ihre Einlaufabteilung, Vermittlung von technischen Produkten. Vorstellbar für Sie:
1. Kostenkalkulation, 2. Umsatzsteigerung, 3. Gewinnsteigerung.
Kontaktadresse: W. C. Eberle, Handelsingenieur, Postfach 18 18, D-2110 Buchholz 1 d. N.

Exklusiv-Vertretung für nord. Raum

auf freiberufl. Basis zu vergeben (Plakatdruckmaschinen).
Zuschr. erb. unter S 8543 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkassierin
Sanierungsspezialist, übernimmt Geschäftsführung von „Kranken“-Firmen. Vermittlung.
Zuschriften unter X 8416 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sachen laufend Sonderposten, Vorverkaufsgüter - bzw. Konkurrenzwaren aller Art
CAROTEX Import-Export GmbH, Schützenstr. 40, 4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11 / 16 15 35 oder 16 15 63

Vertretung/Beratung Houston/Texas (USA)
In allen Geschäftsbereichen u. auch privat. Näheres: Zuschriften unter L 8714 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rattan-Möbel „Lageraufbau“
Rattan-Möbel, Makramee-Bühnenlampen, Wasserbüffelführer, präparierte Cobras in Kängurubehälter, mit u. ohne Mägen. Welche Firma ist interessiert, den Lagerbestand von ca. 50 000,- DM (Einkaufspreis) zu übernehmen?
Angebot unter Y 8703 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betr.-Werbung
Agentur vermittelt Kontakt zu L. A.-Mediengewinnern (männl.). Interessant f. Firmen d. Branchen: Kosmetik, Mode, Lebensmittel u. a.
Ang. erb. u. B 8706 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (TU), Maschinenbau, 39 J.

Ausbildung: Grundlegenden Maschinenbau, Hydraulik, el. Antriebe, Stahltragwerke, Statik, Kranbau, Seilförderanlagen, Betriebswirtschaft.
Erfahrung u. Tätigkeiten: Proj. von Förderanlagen, Anlagenbau, Konstruktion von Lastaufnahmemitteln, Auftragsabwicklung von Konstruktion bis Montage, Unternehm. in der Maschinenbau-Industrie, Arbeit mit PC, Basis-Grundkenntnissen, Englisch.
Wunsche: Fachgeb.: Anlagenbau (Gewinnung, Umwälzung, Transport, Energie), Heizungs-, Kälteanlagen, Entwicklung, Reparatur, Wartung, die Kreativität und Führungsverantwortung verlangen.
Mögl. Großraum HH, nicht Bedingung.
Angebot unter D 8708 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Direktor
einer bedeutenden Regionalbank, 41 J., sucht ansprechendes, neues Aufgabengebiet außerhalb des Bankbereiches im Großraum Hamburg. Bevorzugt wird Position als Finanzchef eines Handelsunternehmens oder Assistentenposten der Geschäftsführung mit Möglichkeit zum späteren Aufstieg.
Erfahrungen: Kredit, Außenhandel, Vermögensanlage.
Angebote erbeten unter C 8707 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geldhändler
26 J., verh., einsetzbar und belastbar, mit Erfahrungen im Inlands- und Eurogeldmarkt sowie in der damit verbundenen Firmenkundenbetreuung, z. Z. in ungeklärter Stellung, sucht nach 2jähriger Auslandsaufenthaltszeit neues verantwortungsvolles Aufgabengebiet bei Bank, Finanzmakler oder Industrie.
Angebot erb. u. G 8557 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Credit Manager
43 J., Diplom-Kaufmann, mobil, langjährige Erfahrungen in den Bereichen Exportfinanzierung, Bilanzanalyse, Bonitätsprüfung, Länderrisikoanalyse, Vertragsgestaltung, Cash Collection und Credit Controlling, sucht neue verantwortungsvolle Führungsaufgabe.
Zuschr. erb. unter V 8744 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Ausbilder/Verkaufstrainer im Einzelhandel - Dipl.-Betriebsw./Marketing
34 J. alt, ausgezeichnete rhetorische Fähigkeiten, sucht herausfordernde u. verantwortungsvolle Position als Cheftrainer eines Großbetriebes oder als Leiter eines Bildungszentrums.
Freundl. Angebote erbeten unter M 8737 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
45 J., Betriebswirt VWA, langjährige Erfahrungen in Mitarbeiterführung, Marketing, Erstellung und Überwachung von Plänen sowie Betreuung von Großkunden, sucht neue, verantwortungsvolle und selbständige Aufgabe in der Industrie, bevorzugt Rhein-Ruhr-Gebiet.
Angebote erbeten unter R 8740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Messeprofi
akademische und handwerkliche Ausbildung, Architekt, Dipl.-Ing., Planung u. Bauleitung zahlreicher Großprojekte, in ungeklärter Position, sucht neuen, ausbaufähigen, verantwortungsvollen Aufgabebereich im kreativen Messebau.
Zuschriften unter R 8828 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektro-Ingenieur
mit 20 J. Auszubildend, Bereich NS-Schaltanlagen und Notstromversorgungen, sucht Position im Bereich der BRD.
Angebote unter Z 8746 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suche kfm. Tätigkeit
Büro, Depot u. Schreib.-Kenntn. vord. (gel. Kosmetikerin). Angeb. u. PO 48282 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36

Import/Export

Kapitalkräftige, erfolgreich in Übersee tätige Firmengruppe sucht Übernahme von Außenhandelsunternehmen mit bestehendem Geschäft, welches mit wesentlich verstärktem Eigenkapital und persönlichem Einsatz erheblich ausbaufähig sein sollte.

Erste Kontaktaufnahme, die streng vertraulich behandelt wird, erbeten an:

Reimer Martens
Krohnkamp 15
2000 Hamburg 60

WERKSVERRETUNG FÜR NRW

Wir suchen für den Bereich NRW Werksvertretung und bieten: 350 m² beheiztes Lager mit Rampe, Druckfräse, 1-t-Kran, Hubwagen, 5-t-LKW und Kundenbetreuung durch Außendienst, Montage usw. mögl. Standort: 13 km östl. A 46 Abt. Iserlohn. Zuschriften unter W 8745 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

LIQUIDITÄTSPROBLEME?

Trotz guter Auskunfts? Kein Problem! In kürzester Zeit v. DM 10 000,- bis DM 250 000,- flüssige Mittel zur freien Verfügung bei zusätzlicher wertbeständiger Kapitalanlage. Kein Risiko! Abkassiert! Diskrete, seriöse Abwicklung ist gewährleistet.
Angebote erb. u. E 8753 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsgruppen

bundesweit gesucht für Erwerbsmodelle und Sanierungsmodelle nach Berl.-FG § 14.
Angeb. erb. u. Z 8704 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PARTNER

zur Einarbeitung einer ausländischen Investitionsgesellschaft die seit 15 Jahren erfolgreich in Europa tätig ist.
Vorkenntnisse nicht notwendig. Repräsentative Bureauräume, Büro, Telefon, Konferenzraum und etwas Eigenkapital erforderlich.
Angebote erbeten unter W 8701 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PRODUKTIONSANLAGEN - ENGINEERING - KNOW-HOW

zur Herstellung pulverförmiger u. flüssiger Wasch-u. Reinigungsmittel liefert weltweite TRESCHING
Verfahrenstechnik GmbH
Postfach 11 51, D-7187 Murrhardt
T. 0 71 82/80 51 / 53, Telex 74 474 tevd
Sie wollen liquidieren?
Übernahme Geschäftsführung und Abwicklung. Zuschriften unter X 8713 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export-/Importkaufmann

49, mit langj. Erfahrung im internationalen STAHLHANDEL, lohnende Positionen, vertraut mit allen Phasen der Akquisition, Abwicklung von Auslandsgeschäften, verhandlungssicheres Englisch, sucht neue anspruchsvolle Aufgabe in Handel oder Industrie - ggf. tätige Beteiligung.
Angebote erbeten unter B 8750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtschaftsingenieur

43 J., Ingenieur, sucht neue Herausforderung, die Leistungsbereitschaft und Erfolg anerkennt, z. Z. in ungeklärter Stellung, 2. Mann im konstruktiven Ingenieurbau, Stahlbetonfertigungsindustrie, Akquisition, Vertragswesen, Arbeitsvorbereitung, Projektleitung, zentrale Abrechnung, Rechnungswesen, Controlling, EDV, gute Englischkenntnisse. Zuschriften erbeten unter A 8740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chefsekretärin/Assistentin

43 J., Englisch u. Französisch perfekt in Wort u. Schrift, Spanisch, ausgeprägtes Organisations-talent, unabhängig, langjährige Berufserfahrung auf GL- u. Vorstandsebene im In- und Ausland
sucht verantwortungsvolles, interessantes Aufgabengebiet in Hamburg.
Angeb. erb. u. PG 48276 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36

GESCHÄFTSLEITUNGSSEKRETÄRIN

sucht nach einjähriger Pause vergleichbarer Ebene neue Aufgabe in Hamburg.
Ich biete sehr gute im Ausland erworbene französische und englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift, sowie in langjähriger Praxis bewiesenes berufliches Können, Zuverlässigkeit und Engagement.
Ang. erb. u. PM 48 262 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Diplom-Chemiker

als Qualitätskontrollleiter
Herstellerteilnehmer nach AMG
mehrjährige Industrieerfahrung (Pharma), 45 J., vertraut auch mit Entwurf u. Bau von Anlagen und Geräten für Produktion, Technik, Labor, Programmierkenntnisse, sucht neue Aufgabe, möglichst in Norddeutschland, ggf. auch als freier Mitarbeiter/Berater.
Zuschr. erb. u. Y 8747 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Controlling

Dipl. rer. pol., 43 J., verh., ungel., will seine langj. Erfahrung in internationalen Unternehmen (Steuerung und Controlling, Erfolgs- und Kostenkontrolle, Abschließung, Budgetierung, Planung und Verantwortungsvoller Einsatz; engl. und franz. Sprachkenntnisse; Raum Hamburg bevorzugt).
Angeb. erb. u. P 8739 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt/ Dipl.-Politologe

29 Jahre, seit 19 Jahren in ungeklärter Stellung bei größtem Steuerberater, sucht neue, interessante Tätigkeit.
Angeb. erb. u. FW 48 248 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Dienst-Chauffeur

led. gute Organisations-talent u. Kochkenntnisse, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. u. PO 48283 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36

Verkaufsleiter

34 J., flex., Vertriebskenntnisse, Kopierautomaten, Mikrofilm, Werbung, Zeitschrift, Personalführung, Arbeitsabwicklung, Büroorganisation, Marketing, sucht ab sofort neuen Wirkungskreis für langfristige Aufgaben.
Zuschr. u. C 8810 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Suche kfm. Tätigkeit

Büro, Depot u. Schreib.-Kenntn. vord. (gel. Kosmetikerin). Angeb. u. PO 48282 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36

Vertretung in USA

Erfahrenes US-Unternehmen sucht Vertretung mit Sitz in Atlanta (Ga-Pho) für die Akquisition, Verkauf, Land, erwerb, Arbeiten im Bereich Maschinen- u. Apparatebau (Kompl. Anlagen u. Einzelteile). Rückmeldung an: Scheinmann u. Piel, Vertriebsabteilung GmbH & Co KG, Postf. 12 56, 4894 Lengerich 1, Herr Scheinmann

Verdienen Sie viel Geld mit Ihrer Bonität?

Beteiligen Sie sich an lukrativen Immobilien-geschäften. Objektbeschaffung und komplettes bewährtes Knowhow durch uns. Eigene Kapitaleinsatz nicht erforderlich. Kontaktaufnahme unter: Immobilien-Vermittlungs-KG, Tel. 02 11 / 58 83 30.

Steuerberater

für Zusammenarbeit m. Anlageberater gesucht.
Zuschr. unter R 8718 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verwaltungs- und Vertriebsstellen

im norddeutschen Raum. Hiermit: Vertriebs- und Vertriebsstellen, Geschäftsbereich bei Schiffbau-Unternehmen usw.
Zuschr. erb. u. PS 48 285 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Weiteneinheit

aus dem zukunftsorientierten Bereich der neuen finanziellen Dienstleistungen (Mangengeschäft) sucht Venture-Kapital und/oder renommierten Namenangeber zwecks Konkurrenzloser Verankerung in Deutschland. Absolut seriös - trotzdem außergewöhnliche (belegbare) Gewinnaussichten.
Vertrauliche Kontaktaufnahme erb. u. A 8705 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

WELT-VORMITTA

Wo die Bundesrepublik Deutschland geboren wurde: Bonns „Museum Koenig“

Giraffen lauschten Beethovens Neunter

Der erste Bundeskanzler der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, hatte in der Ornithologischen Bibliothek im ersten Obergeschoß des Bonner „Museum Koenig“ einige Monate lang sein erstes Büro. In der Fernseh-Sendung heute abend spielt der jetzt in „Adenauersaal“ umbenannte Raum auch eine Rolle.

1948 hatte sich im Museum König der Parlamentarische Rat, also der Vorläufer des Parlaments, zu seiner Eröffnungsveranstaltung versammelt. Und hier fanden auch die ersten Kabinettsitzungen der neuen Regierung statt. Das Museum hat auch noch andere Bezüge zur Bundesrepublik Deutschland und ihren obersten Repräsentanten. Die aus Rußland rückgewanderte, aus Thüringen stammende Familie Leopold Koenig mit den Söhnen Alexander und Friedrich hatte sich in Bonn jenes prachtvolle Gebäude am Rhein errichtet, das heute als „Villa Hammerstein“ Sitz des Bundespräsidenten ist.

Alexander Koenig als Erbe eines gewaltigen Vermögens und als begeisterter Zoologe legte im Jahre 1912 auf der anderen Straßenseite des heute „Adenauersaal“ heißenden Straßenzuges parallel zum Strom den Grundstein für das Museum zur Aufnahme seiner naturhistorischen und naturkundlichen Sammlungen. Weil die Inflation seinen Reichtum zusammenbrechen ließ, konnte er mit allen Merkmalen wilhelminischer Repräsentationsstil errichtete Bau aber erst 22 Jahre später eröffnet werden.

1929 hatte Koenig, der 1940 starb, seinen Besitz, den er nicht mehr erhalten konnte, dem Deutschen Reich übereignet. Europäischen Rang hatte das Museum schon zu diesem Zeitpunkt. Die wissenschaftlichen Sammlungen, so der jetzige Museumsdirektor Professor Günter Nobis, sind damals wie heute „Grundlage jeder systematisch-taxonomischen Forschung“, also der Einordnung der Lebewesen in ein biologisches System.

Mittwochs im III. Live aus Bonn - III. Gemeinschaftsprogramm der Nordkette, 20.15 Uhr

Leitenden Worten der jeweiligen Leiter Dieter Stünning und Karl-Ludwig Schuchmann.

Da viel historisches Filmmaterial verwendet wird, ist zu erwarten, daß man dabei auch des ersten Beethoven-Festes nach 1945 gedenkt, das mangels einer anderen repräsentativen Halle in Bonn auch in diesem Bau stattfand. Nur für ausländische Besucher war es dabei erstaunlich, daß die meisten Besucher der Konzerte ohne Sitzgelegenheit waren und daß man sich, anders als bei den Sitzungen des Parlamentarischen Rates, keine Mühe gegeben hatte, Giraffen und andere ausgestopfte Großtiere in der Haupthalle zum festlichen Ereignis abzudecken.

Zahlreiche Wissenschaftler aus allen Teilen Deutschlands waren nach dem Krieg in diesen nahezu unbeschädigten Bau und seine Labors und Ateliers gekommen, um hier zu arbeiten. Die in den letzten Jahren immer weiter ausgebauten Sammlungen be-

stehen heute aus nahezu 170 000 Wirbeltieren und 550 Typus-Exemplaren. Sie spielen, so Direktor Nobis, bei der eindeutigen Definierung von Arten und Unterarten von Tieren eine wichtige Rolle.

Da Alexander Koenig sein Haus noch so aufbaute, wie eben damals Museen aufgebaut wurden, waren bis vor einigen Jahren die Räume und die Glasschränke von oben bis unten zugestopft mit Objekten aller Art. Nobis: „Für Koenig galt der Satz aus Schillers Sprüchen des Konfuzius: 'Nur die Fülle schafft Klarheit.'“ Für Wissenschaftler war diese Anordnung wunderbar, für Besucher weniger. Die Schausammlungen wurden, bei aller Verehrung für den Stifter, nach sachlichen und ästhetischen Gesichtspunkten neu gestaltet - eine Tat, die dem „Museum Koenig“ oft Massenbesuch bringt.

Für viele Bonn-Besucher ist das jetzt geradezu spannend auf- und ausgebaute Haus Erholungsort nach einem anstrengenden Vormittag im politischen Bonn mit Plenarsaalbesuch und Vortrag des jeweiligen Bundestagsabgeordneten. Zusätzliche Attraktion ist schon seit längerer Zeit die Tatsache, daß in diesen Räumen die Bundesrepublik Deutschland geboren wurde. Daran erinnert ein Lichthof eine Bronzetafel, deren Aufschrift auch darauf hinweist, daß der von den Landesparlamenten gewählte Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik geschaffen hat, das am 23. Mai 1949 verkündet wurde.

Die Sendung „Mittwochs in ...“ wird, so sagen ihre Macher, genug Unterhaltung einstreuen, um der Gesellschaftsgruppe, wenn es denn eine werden sollte, ganz besonderen Charakter zu geben.

EBERHARD NITSCHKE

OLYMPIA / Letzte Pressekonferenz der Spiele in Los Angeles von Juan Antonio Samaranch



US-Präsident Ronald Reagan hatte die 174 amerikanischen Medallengewinner eingeladen. Besonders angetan war der Präsident von der Türkönigin Mary Lou Retton, die ihm sogar in die Anzugjacke half. Foto: AP

Olympia-Ausklang: Morddrohungen gegen Budd, Bombenanschlag und Reagans Lob

„Helden“ nannte der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Medallengewinner der USA und fügte hinzu, jeder habe einen lebendigen Beweis dafür gebracht, was passieren, wenn Amerika sich hohe Ziele steckt. Auf einem Empfang in Los Angeles für die 174 Medallengewinner seines Landes beteuerte der Präsident, er sei auch von den Sportlern anderer Länder „beeindruckt“ gewesen. Besonders fasziniert hatte Ronald Reagan die Marathonläuferin Gabriela Andersen-Schiess. „Einer der wirklich unaussprechlichen Eindrücke der Spiele war die Leistung der Schweizerin, die betäubt und ausgelagert einlief, sich weigerte aufzugeben, die weiterdrängte, selbst als all ihre Kräfte verloren waren, die einfach die Ziellinie passierte. Sie war wirklich heroisch“, erklärte er. Auf den Boykott fast des gesamten Ostblocks anspielend sagte der Präsident, „die einzigen Verlierer seien die Gewissen, die nicht gekommen waren oder nicht kommen konnten“. Nach Darstellung sowjetischer Zeitungen werden die Spiele von Los Angeles als „skandalösesten“ in die Annalen der Olympiageschichte moderner Zeitrechnung eingehen. Die Sportzeitung „Sowjetski Sport“ beklagte, daß die Spiele in eine „Vorwahl-Show des amerikanischen Präsidenten“ umfunktioniert worden und die olympischen Ideale auf der Strecke geblieben seien.

Busse angebracht, mit denen die türkische Mannschaft zum Flughafen befördert worden war. Bei einem Kontrollgang zwischen den Abfertigungsbauwerken fiel dem 40 Jahre alten Polizisten Jim Pearson bei dem abgestellten Bus ein Ticken auf. Bei näherer Untersuchung entdeckte er nahe dem Radkasten einen zylindrischen Gegenstand. Die Bombe wurde von Sicherheitsbeamten entschärft. Hinter dem mißglückten Anschlag wird die Geheimarmee zur Befreiung Armeniens vermutet.

Lewis-Buch: Nur sechs Tage nach dem Gewinn der vierten Goldmedaille durch den Amerikaner Carl Lewis kann man die sportlichen Großtaten des 23 Jahre alten Leichtathleten bereits in einem Buch nachlesen. Unter dem Titel „Carl! Die Geschichte eines amerikanischen Helden“ kommen 250 000 Exemplare des Werks von Sportjournalist John Devaney bereits am Freitag in die Buchläden der USA.

Doping: Dem Finnen Martti Valio, dem die Einnahme verbotener Substanzen nachgewiesen worden war, wurde die Silbermedaille für den zweiten Platz im 10 000-m-Lauf aberkannt. Die Zahl der Dopingfälle bei den Spielen erhöhte sich damit auf sieben. Nach Angaben von Prinz de Merode, dem Vorsitzenden der medizinischen Kommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), sind allerdings noch weitere Fälle zu erwarten. Diese würden allerdings erst am 6. November auf der nächsten Sitzung des IOC-Exekutivkomitees in Mexiko bekanntgegeben.

Anstellungen: Die Goldmedaille im Diskuswerfen beschert dem noch arbeitenden Lehrer Rolf Danneberg möglicherweise eine Anstellung. Hamburgs Schulsportlehrer Joist Grolle stellte dem 31 Jahre alten Leichtathleten eine Referendaratsstelle in der Fachern Sport und Sozialkunde in Aussicht. Aufgrund der zum nächsten Einstellungstermin zu erwartenden Bewerberflut hat er eine gute Chance, in den Vorbereitungsdienst aufgenommen zu werden. Dagegen bleiben die beruflichen Probleme von Cornelia Hanisch nach ihrem Olympiasieg mit der Florett-Mannschaft bestehen. Die 31 Jahre alte Fechterin, die seit zwei Jahren auf ihre Anstellung als verbeamtete Lehrerin wartet, wird auch künftig mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag auf einer Berufsschule in Offenbach zufrieden sein müssen. Auf Anfrage teilte ein Sprecher des hessischen Kultusministeriums mit, es gebe keinen Grund, bei Cornelia Hanisch eine Ausnahme zu machen.

Anschlag: Die türkische Olympiamannschaft ist auf dem Flughafen von Los Angeles nur knapp einem Bombenanschlag entgangen. Der Sprengkörper wurde noch vor dem Zündzeitpunkt von einem Beamten entdeckt. Die Zeitbombe war nahe am linken Vorderrreifen eines der drei

zwei Minuspunkten in die Zweitliga-Saison. Der Kontroll-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hatte diese Strafe gefordert oder alternativ 100 000 Mark Geldstrafe, weil der für die abgelaufene Saison genehmigte Etat nach der Lizenzerteilung um 596 000 Mark überschritten worden und die Schulden auf über fünf Millionen Mark angewachsen waren. Die Offenbacher entschieden sich dafür, den Punkte-Abzug zu akzeptieren.

Schwaier in Form

Toronto (sid) - der 20 Jahre alte Münchner Hansjörg Schwaier bestätigte auch bei den mit 300 000 Dollar dotierten internationalen Tennisturnieren derzeit gute Form. Der deutsche Ranglisten-Vierte bezwang in der ersten Runde den texanische Steve Denton sicher mit 6:4, 7:6.

ZAHLEN

TENNIS
Internationale Meisterschaften von Kanada in Toronto, erste Runde, Herren: Schwäier (Deutschland) - Denton (USA) 6:4, 7:6. - Grand-Prix-Turnier in Columbus (Ohio), erste Runde, Herren: Pfister (USA) - Bauer (Deutschland) 6:4, 6:4. - Damen-Turnier in Mahwah (New Jersey), erste Runde: Hanika (Deutschland) - Nagelsen (USA) 6:1, 6:4.

SEGELN
O-Jellen-Meisterschaft auf dem Ammersee vor Herrsching, vorletzte Wettfahrt: 1. Franzmann (Essen), 2. Götz (Berlin), 3. Heller (Schweiz). Gesamtstand nach fünf Wettfahrten: 1. Franzmann 9,6 Punkte, 2. Holzhauser (Isarhorn) 13,6, 3. Bauer (Augsburg) 15,6.

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 1 101 433,30 Mark, 2. 72 462,70, 3. 4233,50, 4. 85,00, 5. 7,70, - 6. aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 342 544,55, 2. 57 866,80, 3. 7903,20, 4. 112,00, 5. 8,80. - Elferwette: Klasse 1: 45 407,40, 2. 878,40, 3. 56,50. - Rennquoten: Rennen A: Klasse 1: 38,10, 2. 16,70, 3. 11,88, 4. 1,188, 5. 1,188, 6. 1,188, 7. 1,188, 8. 1,188, 9. 1,188, 10. 1,188, 11. 1,188, 12. 1,188, 13. 1,188, 14. 1,188, 15. 1,188, 16. 1,188, 17. 1,188, 18. 1,188, 19. 1,188, 20. 1,188, 21. 1,188, 22. 1,188, 23. 1,188, 24. 1,188, 25. 1,188, 26. 1,188, 27. 1,188, 28. 1,188, 29. 1,188, 30. 1,188, 31. 1,188, 32. 1,188, 33. 1,188, 34. 1,188, 35. 1,188, 36. 1,188, 37. 1,188, 38. 1,188, 39. 1,188, 40. 1,188, 41. 1,188, 42. 1,188, 43. 1,188, 44. 1,188, 45. 1,188, 46. 1,188, 47. 1,188, 48. 1,188, 49. 1,188, 50. 1,188, 51. 1,188, 52. 1,188, 53. 1,188, 54. 1,188, 55. 1,188, 56. 1,188, 57. 1,188, 58. 1,188, 59. 1,188, 60. 1,188, 61. 1,188, 62. 1,188, 63. 1,188, 64. 1,188, 65. 1,188, 66. 1,188, 67. 1,188, 68. 1,188, 69. 1,188, 70. 1,188, 71. 1,188, 72. 1,188, 73. 1,188, 74. 1,188, 75. 1,188, 76. 1,188, 77. 1,188, 78. 1,188, 79. 1,188, 80. 1,188, 81. 1,188, 82. 1,188, 83. 1,188, 84. 1,188, 85. 1,188, 86. 1,188, 87. 1,188, 88. 1,188, 89. 1,188, 90. 1,188, 91. 1,188, 92. 1,188, 93. 1,188, 94. 1,188, 95. 1,188, 96. 1,188, 97. 1,188, 98. 1,188, 99. 1,188, 100. 1,188, 101. 1,188, 102. 1,188, 103. 1,188, 104. 1,188, 105. 1,188, 106. 1,188, 107. 1,188, 108. 1,188, 109. 1,188, 110. 1,188, 111. 1,188, 112. 1,188, 113. 1,188, 114. 1,188, 115. 1,188, 116. 1,188, 117. 1,188, 118. 1,188, 119. 1,188, 120. 1,188, 121. 1,188, 122. 1,188, 123. 1,188, 124. 1,188, 125. 1,188, 126. 1,188, 127. 1,188, 128. 1,188, 129. 1,188, 130. 1,188, 131. 1,188, 132. 1,188, 133. 1,188, 134. 1,188, 135. 1,188, 136. 1,188, 137. 1,188, 138. 1,188, 139. 1,188, 140. 1,188, 141. 1,188, 142. 1,188, 143. 1,188, 144. 1,188, 145. 1,188, 146. 1,188, 147. 1,188, 148. 1,188, 149. 1,188, 150. 1,188, 151. 1,188, 152. 1,188, 153. 1,188, 154. 1,188, 155. 1,188, 156. 1,188, 157. 1,188, 158. 1,188, 159. 1,188, 160. 1,188, 161. 1,188, 162. 1,188, 163. 1,188, 164. 1,188, 165. 1,188, 166. 1,188, 167. 1,188, 168. 1,188, 169. 1,188, 170. 1,188, 171. 1,188, 172. 1,188, 173. 1,188, 174. 1,188, 175. 1,188, 176. 1,188, 177. 1,188, 178. 1,188, 179. 1,188, 180. 1,188, 181. 1,188, 182. 1,188, 183. 1,188, 184. 1,188, 185. 1,188, 186. 1,188, 187. 1,188, 188. 1,188, 189. 1,188, 190. 1,188, 191. 1,188, 192. 1,188, 193. 1,188, 194. 1,188, 195. 1,188, 196. 1,188, 197. 1,188, 198. 1,188, 199. 1,188, 200. 1,188, 201. 1,188, 202. 1,188, 203. 1,188, 204. 1,188, 205. 1,188, 206. 1,188, 207. 1,188, 208. 1,188, 209. 1,188, 210. 1,188, 211. 1,188, 212. 1,188, 213. 1,188, 214. 1,188, 215. 1,188, 216. 1,188, 217. 1,188, 218. 1,188, 219. 1,188, 220. 1,188, 221. 1,188, 222. 1,188, 223. 1,188, 224. 1,188, 225. 1,188, 226. 1,188, 227. 1,188, 228. 1,188, 229. 1,188, 230. 1,188, 231. 1,188, 232. 1,188, 233. 1,188, 234. 1,188, 235. 1,188, 236. 1,188, 237. 1,188, 238. 1,188, 239. 1,188, 240. 1,188, 241. 1,188, 242. 1,188, 243. 1,188, 244. 1,188, 245. 1,188, 246. 1,188, 247. 1,188, 248. 1,188, 249. 1,188, 250. 1,188, 251. 1,188, 252. 1,188, 253. 1,188, 254. 1,188, 255. 1,188, 256. 1,188, 257. 1,188, 258. 1,188, 259. 1,188, 260. 1,188, 261. 1,188, 262. 1,188, 263. 1,188, 264. 1,188, 265. 1,188, 266. 1,188, 267. 1,188, 268. 1,188, 269. 1,188, 270. 1,188, 271. 1,188, 272. 1,188, 273. 1,188, 274. 1,188, 275. 1,188, 276. 1,188, 277. 1,188, 278. 1,188, 279. 1,188, 280. 1,188, 281. 1,188, 282. 1,188, 283. 1,188, 284. 1,188, 285. 1,188, 286. 1,188, 287. 1,188, 288. 1,188, 289. 1,188, 290. 1,188, 291. 1,188, 292. 1,188, 293. 1,188, 294. 1,188, 295. 1,188, 296. 1,188, 297. 1,188, 298. 1,188, 299. 1,188, 300. 1,188, 301. 1,188, 302. 1,188, 303. 1,188, 304. 1,188, 305. 1,188, 306. 1,188, 307. 1,188, 308. 1,188, 309. 1,188, 310. 1,188, 311. 1,188, 312. 1,188, 313. 1,188, 314. 1,188, 315. 1,188, 316. 1,188, 317. 1,188, 318. 1,188, 319. 1,188, 320. 1,188, 321. 1,188, 322. 1,188, 323. 1,188, 324. 1,188, 325. 1,188, 326. 1,188, 327. 1,188, 328. 1,188, 329. 1,188, 330. 1,188, 331. 1,188, 332. 1,188, 333. 1,188, 334. 1,188, 335. 1,188, 336. 1,188, 337. 1,188, 338. 1,188, 339. 1,188, 340. 1,188, 341. 1,188, 342. 1,188, 343. 1,188, 344. 1,188, 345. 1,188, 346. 1,188, 347. 1,188, 348. 1,188, 349. 1,188, 350. 1,188, 351. 1,188, 352. 1,188, 353. 1,188, 354. 1,188, 355. 1,188, 356. 1,188, 357. 1,188, 358. 1,188, 359. 1,188, 360. 1,188, 361. 1,188, 362. 1,188, 363. 1,188, 364. 1,188, 365. 1,188, 366. 1,188, 367. 1,188, 368. 1,188, 369. 1,188, 370. 1,188, 371. 1,188, 372. 1,188, 373. 1,188, 374. 1,188, 375. 1,188, 376. 1,188, 377. 1,188, 378. 1,188, 379. 1,188, 380. 1,188, 381. 1,188, 382. 1,188, 383. 1,188, 384. 1,188, 385. 1,188, 386. 1,188, 387. 1,188, 388. 1,188, 389. 1,188, 390. 1,188, 391. 1,188, 392. 1,188, 393. 1,188, 394. 1,188, 395. 1,188, 396. 1,188, 397. 1,188, 398. 1,188, 399. 1,188, 400. 1,188, 401. 1,188, 402. 1,188, 403. 1,188, 404. 1,188, 405. 1,188, 406. 1,188, 407. 1,188, 408. 1,188, 409. 1,188, 410. 1,188, 411. 1,188, 412. 1,188, 413. 1,188, 414. 1,188, 415. 1,188, 416. 1,188, 417. 1,188, 418. 1,188, 419. 1,188, 420. 1,188, 421. 1,188, 422. 1,188, 423. 1,188, 424. 1,188, 425. 1,188, 426. 1,188, 427. 1,188, 428. 1,188, 429. 1,188, 430. 1,188, 431. 1,188, 432. 1,188, 433. 1,188, 434. 1,188, 435. 1,188, 436. 1,188, 437. 1,188, 438. 1,188, 439. 1,188, 440. 1,188, 441. 1,188, 442. 1,188, 443. 1,188, 444. 1,188, 445. 1,188, 446. 1,188, 447. 1,188, 448. 1,188, 449. 1,188, 450. 1,188, 451. 1,188, 452. 1,188, 453. 1,188, 454. 1,188, 455. 1,188, 456. 1,188, 457. 1,188, 458. 1,188, 459. 1,188, 460. 1,188, 461. 1,188, 462. 1,188, 463. 1,188, 464. 1,188, 465. 1,188, 466. 1,188, 467. 1,188, 468. 1,188, 469. 1,188, 470. 1,188, 471. 1,188, 472. 1,188, 473. 1,188, 474. 1,188, 475. 1,188, 476. 1,188, 477. 1,188, 478. 1,188, 479. 1,188, 480. 1,188, 481. 1,188, 482. 1,188, 483. 1,188, 484. 1,188, 485. 1,188, 486. 1,188, 487. 1,188, 488. 1,188, 489. 1,188, 490. 1,188, 491. 1,188, 492. 1,188, 493. 1,188, 494. 1,188, 495. 1,188, 496. 1,188, 497. 1,188, 498. 1,188, 499. 1,188, 500. 1,188, 501. 1,188, 502. 1,188, 503. 1,188, 504. 1,188, 505. 1,188, 506. 1,188, 507. 1,188, 508. 1,188, 509. 1,188, 510. 1,188, 511. 1,188, 512. 1,188, 513. 1,188, 514. 1,188, 515. 1,188, 516. 1,188, 517. 1,188, 518. 1,188, 519. 1,188, 520. 1,188, 521. 1,188, 522. 1,188, 523. 1,188, 524. 1,188, 525. 1,188, 526. 1,188, 527. 1,188, 528. 1,188, 529. 1,188, 530. 1,188, 531. 1,188, 532. 1,188, 533. 1,188, 534. 1,188, 535. 1,188, 536. 1,188, 537. 1,188, 538. 1,188, 539. 1,188, 540. 1,188, 541. 1,188, 542. 1,188, 543. 1,188, 544. 1,188, 545. 1,188, 546. 1,188, 547. 1,188, 548. 1,188, 549. 1,188, 550. 1,188, 551. 1,188, 552. 1,188, 553. 1,188, 554. 1,188, 555. 1,188, 556. 1,188, 557. 1,188, 558. 1,188, 559. 1,188, 560. 1,188, 561. 1,188, 562. 1,188, 563. 1,188, 564. 1,188, 565. 1,188, 566. 1,188, 567. 1,188, 568. 1,188, 569. 1,188, 570. 1,188, 571. 1,188, 572. 1,188, 573. 1,188, 574. 1,188, 575. 1,188, 576. 1,188, 577. 1,188, 578. 1,188, 579. 1,188, 580. 1,188, 581. 1,188, 582. 1,188, 583. 1,188, 584. 1,188, 585. 1,188, 586. 1,188, 587. 1,188, 588. 1,188, 589. 1,188, 590. 1,188, 591. 1,188, 592. 1,188, 593. 1,188, 594. 1,188, 595. 1,188, 596. 1,188, 597. 1,188, 598. 1,188, 599. 1,188, 600. 1,188, 601. 1,188, 602. 1,188, 603. 1,188, 604. 1,188, 605. 1,188, 606. 1,188, 607. 1,188, 608. 1,188, 609. 1,188, 610. 1,188, 611. 1,188, 612. 1,188, 613. 1,188, 614. 1,188, 615. 1,188, 616. 1,188, 617. 1,188, 618. 1,188, 619. 1,188, 620. 1,188, 621. 1,188, 622. 1,188, 623. 1,188, 624. 1,188, 625. 1,188, 626. 1,188, 627. 1,188, 628. 1,188, 629. 1,188, 630. 1,188, 631. 1,188, 632. 1,188, 633. 1,188, 634. 1,188, 635. 1,188, 636. 1,188, 637. 1,188, 638. 1,188, 639. 1,188, 640. 1,188, 641. 1,188, 642. 1,188, 643. 1,188, 644. 1,188, 645. 1,188, 646. 1,188, 647. 1,188, 648. 1,188, 649. 1,188, 650. 1,188, 651. 1,188, 652. 1,188, 653. 1,188, 654. 1,188, 655. 1,188, 656. 1,188, 657. 1,188, 658. 1,188, 659. 1,188, 660. 1,188, 661. 1,188, 662. 1,188, 663. 1,188, 664. 1,188, 665. 1,188, 666. 1,188, 667. 1,188, 668. 1,188, 669. 1,188, 670. 1,188, 671. 1,188, 672. 1,188, 673. 1,188, 674. 1,188, 675. 1,188, 676. 1,188, 677. 1,188, 678. 1,188, 679. 1,188, 680. 1,188, 681. 1,188, 682. 1,188, 683. 1,188, 684. 1,188, 685. 1,188, 686. 1,188, 687. 1,188, 688. 1,188, 689. 1,188, 690. 1,188, 691. 1,188, 692. 1,188, 693. 1,188, 694. 1,188, 695. 1,188, 696. 1,188, 697. 1,188, 698. 1,188, 699. 1,188, 700. 1,188, 701. 1,188, 702. 1,188, 703. 1,188, 704. 1,188, 705. 1,188, 706. 1,188, 707. 1,188, 708.

Stoltenberg beharrt auf Stufenplan

Fortsetzung von Seite 1

zwischen drei und 3,5 Prozent und angesichts einer seit den sechziger Jahren nicht mehr erreichten Preisstabilität ergebe sich 1984, für die meisten Mitbürger ein klarer Zuwachs der Reallohn- und Reallohnkomponenten", betonte er.

Trotz der Konsolidierungserfolge sei die Neuverschuldung nach wie vor viel zu hoch. Die überhöhten Kreditaufnahme früherer Jahre führe zu mindestens bis 1988 noch zu einem weit überdurchschnittlichen Anstieg der Zinsausgaben. Diese seien von 1969 bis 1984 von 2,2 auf 28,7 Milliarden oder von 2,7 auf 11,2 Prozent der Bundesausgaben gestiegen. Bis 1988 wird mit einer weiteren Zunahme auf 37,6 Milliarden oder 13 Prozent der vorgesehenen Gesamtausgaben gerechnet. Von den drei Prognosen, die die Bundesausgaben ab 1986 im Durchschnitt steigen sollen, bleiben nur zwei Prozent zur Erfüllung der eigentlichen Staatsaufgaben; ein Prozent brauchen wir für die steigende Zinslast", erklärte Stoltenberg.

Während die Nettokreditaufnahme, also der Schuldzuwachs, in den nächsten Jahren zurückgehen (1984 auf unter 30 Milliarden), steige die Bruttokreditaufnahme, also die Summe aus Neuverschuldung und Anschlussfinanzierung für fällige Alt-schulden, weiter an: von 1984 bis 1986 von rund 77 auf 89 Milliarden Mark.

Das Zahlenbild der Neuverschuldung zum Beispiel für 1984 sei zu günstig, weil ein sehr hoher Bundesbankgewinn den Etat um 1,4 Milliarden Mark entlastet. In der Mittelfristigen Finanzplanung ist für 1986 noch eine Neuverschuldung von 2,4 Milliarden bei einem ununterbrochenen Bundesbankgewinn von rund fünf Milliarden Mark angesetzt. "Wirdlich zufrieden können wir erst sein, wenn die Neuverschuldung ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns deutlich unter 20 Milliarden Mark" (also unter einem Prozent des Brutto-Produktums) liege, präzisierte Stoltenberg seine Zielsetzung, die er allerdings erst in der nächsten Legislaturperiode für erreichbar hält.

Dazu müßten auch die Subventionen weiter ausgebaut werden. "Ein wichtiges Ziel unserer Politik", die Finanzhilfen des Bundes gingen 1985 um 776 Millionen auf etwa 13,5 Milliarden Mark zurück.

Geht Khomeini jetzt auf programmatischen Kurs?

Westliche Diplomaten verweisen auf Absage an Terrorakte

BERNT CONRAD, Bonn
Der iranische Revolutionsführer Khomeini hat in einem offensichtlich tiefgehenden inneren Meinungsstreit für den gemäßigten Flügel in der Teheraner Führung Partei ergriffen und sich scharf gegen Übergriffe der radikalen Revolutionsgarden (Pasdaran) gewandt. Westliche Diplomaten sehen darin die autoritative "Absegnung" eines neuen, in pragmatische Richtung gehenden Abschnitts der iranischen Entwicklung.

Khomeini aufsehenerregender Auftritt vor Kabinettsmitgliedern und Parlamentariern in der vergangenen Woche (s. WELT v. 10. 8. 84), dessen Einzelheiten erst jetzt im Westen bekannt geworden sind, galt der Verurteilung terroristischer Aktionen. Dabei lehnte der "Gründer der Islamischen Republik Iran" für Terrorakte der jüngsten Zeit, insbesondere die Vermordung des Roten Meeres, ausdrücklich jede Verantwortung ab.

Rundfunk getadelt

Er tadelt die Redakteure des staatlichen Rundfunks, deren "Geschwätz" (nämlich die Lobspüche für die Minenleger) der Propaganda gegen die Islamische Republik Vor-schub leisteten.

Khomeini ernannte das Parlament und die Regierung, ihre für die islamische Sache schädlichen Streitigkeiten zu beenden. Sein härtester Ausfall galt dem Pasdaran-Korps, das sich gefälligst auf die ihm zugewiesene Rolle beschränken und sich nicht in die Politik einmischen solle.

Das Machtwort des Revolutionsführers war nach Ansicht von Beobachtern in Teheran notwendig geworden, nachdem Gegner des Regimes, die offensichtlich bei den Revolutionsgarden und im niederen Klerus zu suchen sind, immer massiver werdende Störaktionen unternommen hatten. Dazu gehörten auch die gewalttätigen Ausschreitungen gegen nur unvollständig verschleierte Frauen durch "Islamische" Rowdies auf Motorrädern. Die Regierung hatte große Schwierigkeiten, die Ordnung wiederherzustellen, ohne sich dem Vorwurf unislamischen Verhaltens aussetzen zu lassen.

In der iranischen Hauptstadt geht man davon aus, daß die Pasdaran oder zumindest Teile von ihnen auch

an der Entführung einer Air-France-Maschine nach Teheran beteiligt waren und diesen Akt der Luftpiraterie möglicherweise sogar inszenierten, um der Regierungspolitik einer Öffnung nach Westen einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Deshalb wurden die betroffenen westlichen Botschaften in Teheran während der Vorgänge auch völlig im dunkeln gelassen. Anscheinend mußte der iranische Krisenstab in schwierigen Auseinandersetzungen mit den Gegnern der Regierung einen Kompromiß durchsetzen, der eine friedliche Lösung ermöglichte, gleichzeitig aber eine offene Bloßstellung der Organisatoren der Entführung verminderte.

Das Gleiche gilt für die amtliche iranische Zurückweisung des Vorwurfs einer Vermordung des Roten Meeres und die scharfe Zurückweisung der mit solchen Akten sympathisierenden Journalisten. Angesichts des Bannstrahls Khomeinis kann es nach Auffassung westlicher Diplomaten sogar gleichgültig sein, ob die Minenleger von der Regierung unkontrollierte Iraner waren oder ob es sich um ein libysches Unternehmen gehandelt hat.

Machtwort gesprochen

Der iranische Revolutionsführer hatte ähnliche Grundsatzklärungen schon früher in wichtigen Phasen der Entwicklung seines Regimes abgegeben:

- Als er die Besetzung der amerikanischen Botschaft nach anfänglichem Zögern billigte und sich damit hinter die radikalen Gegner des liberalen Ministerpräsidenten Bazargan stellte.
- Als er mehr als ein Jahr später das Signal zur Beendigung der Geiselnahme gab.
- Als er im Sommer 1981 Bani Sadr fallen ließ.
- Als er im Dezember 1982 durch ein Acht-Punkte-Dekret im Interesse der wirtschaftlichen Erholung des Landes die Aussöhnung mit der technischen Intelligenz einleitete.

In den Fällen der Botschaftsbesetzung und des Sturzes von Bani Sadr hatte Khomeini den gewalttätigen und scharf anti-westlichen Kräften nachgegeben. In den beiden anderen Fällen und vor allem mit seinem jüngsten Machtwort hat er sich den Radikalen entgegen gestellt.

Estland: Flucht nach KP-Offensive

Prominenter kommunistischer Politiker und seine Frau bitten in Schweden um Asyl

R. GÄTERMANN, Stockholm
Den offiziellen Besuch einer estnischen Delegation in der südostfinnischen Hafenstadt Kotka benutzten der 26jährige frühere stellvertretende Justizminister von Estland, Valdo Randpere, und seine 23jährige Frau, die Popsängerin Leila Miller, zur Flucht nach Schweden. Das Paar mußte jedoch seine zweijährige Tochter in Estland zurücklassen. Die Flucht begann in der vergangenen Woche, als sich das Paar in Kotka absetzte, sich zunächst unbemerkt nach Helsinki begab und auf das Schiff nach Stockholm ging. Erst dort meldete es sich bei der Polizei und bat um Asyl.

Als Grund für die Flucht hat das Ehepaar nach Angaben der schwedischen Zeitung "Svenska Dagbladet" eine "neue Offensive" der sowjetischen Behörden gegen jeden Ausdrück estnischer Nationalgefühls angeführt. Nach Angaben der Flüchtlinge werden estnische Dissidenten und Nationalisten seither verstärkt verfolgt. Erst kürzlich war die estnische KP aufgefordert worden, den Esten unmißverständlich klarzumachen, daß die Geschichte ihres Volkes nicht von der Entwicklung dieses sowjetischen Staates zu trennen ist. Seit dem Start dieser Kampagne sei es täglich zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und anderen Schikanen gegen oppositionelle und nationalistische Esten gekommen.

Die schwedischen Behörden haben die Namen der geflüchteten Esten bisher nicht bestätigt. Randpere und seine Frau befinden sich noch in Gewahrsam der Sicherheitspolizei in Stockholm. Die Verhöre sollen bis Freitag abgeschlossen werden. Danach wird das Einwanderungsamt über den Asylantrag der Flüchtlinge entscheiden.

Immer mehr politische Flüchtlinge aus der Sowjetunion benutzen Finn-

land nur noch als Transitland, weil die finnischen Behörden in der Vergangenheit fast immer die Asylanträge in die Sowjetunion zurückschickten. In Helsinki wird zwar von offizieller Seite bestritten, daß es mit Moskau eine Auslieferungsvereinbarung gibt. Dennoch scheint es sich - vor allem im Baltikum - herumgesprochen zu haben, daß es am sichersten ist, unerkannt durch Finnland entweder nach Schweden oder in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Schweden hat seit 1946 keinen sowjetischen Flüchtling abgewiesen.

Im Juni war bereits vier estnischen Sportlern die Flucht in einem Schlauchboot nach Finnland gelungen. Von dort gingen sie zu Fuß nach Helsinki und führten dann mit dem Zug nach Norden, wo sie unerkannt die Grenze nach Schweden passierten. Vor ein paar Wochen kam ein Lette mit einem Schlauchboot direkt über die Ostsee nach Schweden.

Immer mehr politische Flüchtlinge aus der Sowjetunion benutzen Finn-

land nur noch als Transitland, weil

die finnischen Behörden in der Vergangenheit fast immer die Asylanträge in die Sowjetunion zurückschickten. In Helsinki wird zwar von offizieller Seite bestritten, daß es mit Moskau eine Auslieferungsvereinbarung gibt. Dennoch scheint es sich - vor allem im Baltikum - herumgesprochen zu haben, daß es am sichersten ist, unerkannt durch Finnland entweder nach Schweden oder in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Schweden hat seit 1946 keinen sowjetischen Flüchtling abgewiesen.

Im Juni war bereits vier estnischen Sportlern die Flucht in einem Schlauchboot nach Finnland gelungen. Von dort gingen sie zu Fuß nach Helsinki und führten dann mit dem Zug nach Norden, wo sie unerkannt die Grenze nach Schweden passierten. Vor ein paar Wochen kam ein Lette mit einem Schlauchboot direkt über die Ostsee nach Schweden.

Rom befürchtet Schwierigkeiten mit Teheran

Nach einem Freispruch und einem relativ milden Urteil im Prozeß um die Entführung eines iranischen "Airbus" nach Rom werden in Italien Schwierigkeiten mit der Regierung in Teheran befürchtet. Denn die Behörden verlangen die Auslieferung des zu siebenmaligen Jahren Haft verurteilten Hoseni Effekhari und des freigesprochenen Mohsen Rahgoshar. Das Strafmaß für den 17jährigen Effekhari liegt nur sechs Monate über dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum für Flugzeugentführer. Die Höchststrafe beträgt 21 Jahre.

Das Gericht glaubte den Aussagen der beiden Angeklagten, nach denen der 18jährige Rahgoshar zunächst nichts von den Entführungsplänen gewußt und zu Beginn der Aktion geschlafen habe. Im Laufe des Prozesses machten beide Iraner deutlich, daß sie entschlossene Gegner des Regimes von Ayatollah Khomeini seien. An Bord des entführten Flugzeugs befand sich ein vier Monate altes herzkrankes Mädchen, dem Ärzte in Iran nicht helfen konnten. Das Kind wurde inzwischen in Rom operiert und kann in wenigen Tagen das Krankenhaus verlassen.

Position Berlins gefährdet

Fortsetzung von Seite 1

relativ bedeutungslos, viel wichtiger sei der derzeit "wirkliche Konflikt" zwischen Moskau und Ost-Berlin, bei dem es sich nicht um "Theater" handle. An der Entschlossenheit Honeckers, seine Linie durchzuhalten, sei nicht zu zweifeln. Wer pessimistische Einschätzungen mit geschichtlichen Parallelen begründen wolle, muß nach Löwenthals Ansicht auch sehen, daß Moskau mäßige Führungen zum Beispiel in China oder in Jugoslawien nicht habe ersetzen können. Darüber hinaus seien derzeit "die Möglichkeiten der Sowjets noch beschränkt aufgrund ihrer eigenen Führungsprobleme".

Der stellvertretende Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, der sozialdemokratische Abgeordnete Lothar Löffler, erklärte, der jetzige Zustand Deutschlands sei "nicht auf Dauer angelegt". Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten und ein Besatzungsgebiet sei eine Konstruktion, die dem gegenwärtigen europäischen Gleichgewicht "dienlich mag, aber von Dauer kann sie nicht sein", fügte Löffler hinzu. Es bestehe kein Anlaß, von dem Brief zur deutschen Einheit abzuziehen, in dem die Bundesregierung beim Abschluß des Grundgesetzes mit der "DDR"

die Zielsetzung einer freien Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes festgelegt hatte.

Inzwischen hat der SPD-Politiker Bahr versucht, Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit den Aussagen Apels zu identifizieren. Die deutsche Frage, so sagte Bahr, "steht in überschaubarer Zukunft nicht auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Insofern sagt Apel nichts anderes als der Bundespräsident". Bahr geht aber nicht auf die Aussage Apels ein, die deutsche Frage sei nicht mehr offen. Vielmehr sagt er, "daß die Frage gibt, ist im Grundgesetz festgeschrieben". Der Bundespräsident nahm zu den Erklärungen von Bahr nicht Stellung. Er will sich offensichtlich nicht in einen aktuellen Interpretationsstreit begeben. Vielmehr wurde auf die Rede des Staatsoberhauptes bei seiner Amtseinführung am 1. Juli hingewiesen. Dabei hatte von Weizsäcker mehrfach von der "offenen deutschen Frage" gesprochen. Damals sagte der Bundespräsident, die Mauer habe das Ziel, das System drüben zu konsolidieren und die Teilung zu vollziehen, verheißt. Von Weizsäcker: "Wider Willen ist sie der überzeugende tägliche frische Beweis, daß die Frage offen ist, die sie abschließend zu beantworten versucht."

NATO einig über neues Programm?

Brüssel

Die NATO-Staaten stehen nach Angaben aus Bündniskreisen vor einer Einigung über das lange Zeit umstrittene neue Infrastrukturprogramm. Wie am Dienstag verlautete, wird der mit 7,85 Milliarden Dollar (fast 23 Milliarden Mark) ausgestattete Sechsjahres-Plan wahrscheinlich nächsten Monat gebilligt werden. Die Mittel stellen zwar weniger als ein Prozent der westlichen Verteidigungsausgaben dar, doch gilt das Programm als ausschlaggebend dafür, daß im Krisenfall nach amerikanische und kanadische Verstärkung nach Europa gebracht werden kann. Die Verteidigungsminister der 16-Nationen-Allianz hatten sich im Mai nicht auf die Höhe der Ausgaben einigen können, aber ihren Ressorts Auftrag gegeben, die Meinungsverschiedenheiten bis Mitte August beizulegen.

Belfast: Minister gibt Fehler zu

dpa, London

Der britische Nordirland-Minister James Prior hat am Dienstag wegen der schweren Unruhen in Belfast seinen Urlaub abgebrochen und in London erklärt, er übernehme die "volle Verantwortung" für Fehler, die in den letzten Tagen begangen worden seien. Prior hatte bereits angekündigt, daß er bei der im Herbst erwarteten Kabinettsbildung sein Amt aufgeben wolle. "Im Rückblick" sei es ein Fehler gewesen, gab er zu, dem irisch-stämmigen Amerikaner Martin Galvin den Zutritt zu Nordirland verweigert und damit einer massiven Polizeikraft versucht zu haben, ihn in Belfast festzunehmen. Galvin ist einer der Führer der Organisation Nord, die in den Vereinigten Staaten Geld für republikanische Terroristen-Organisationen in Nordirland sammelt.

Die Polizei in Belfast hatte am Sonntag nach fast übereinstimmender Meinung der britischen Oppositionspolitiker die Nerven verloren, als Galvin plötzlich bei einer republikanischen Kundgebung auftauchte. Beim Versuch, ihn zu verhaften, hatten die Polizisten mit Plastikgeschossen in die demonstrierende Menge geschossen und dabei den 22 Jahre alten Sean Downs getötet. Galvin entkam.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ende des Parteienstaates?

"Den Grünen das Wasser abgraben": WELT vom 14. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, an der vorbestimmten Stelle zitieren Sie den Ausspruch des FDP-Vorsitzenden Genscher, seine Partei werde "den Grünen das Wasser abgraben", weil die Grünen beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes die Verschönerung von Ökologie und Ökonomie leugnen". Dieses Zitat gibt zu denken:

Der ethische Tier- und Pflanzenschutz ist selbstlos, also nicht auf einen Nutzen gerichtet. Ökologie kann also nicht als Ziel oder Auftrag begriffen werden, sondern nur als "Allerlei". Sie bedarf nicht etwa des Nutzens, sondern erfüllt zu werden, weil sie selbst - eben naturgemäß - das Ganze erfüllt. Ökonomie ist Nutzung, ist auf wirtschaftlichen Erfolg des Menschen gerichtet und widerspricht vom Wesen her der Ökologie.

Wenn Genscher in der üblichen Politiker- und Behördensprache von "Umweltschutz" redet, wird mit diesem Begriff fast ausschließlich die

Herabsetzung der Öko-Belastung durch technische Maßnahmen verstanden.

Das reicht aber für das Überleben auf diesem Planeten längst nicht mehr aus. Vielmehr wird sich der Mensch als Teil der Gesamtheit begreifen und sich danach richten müssen. Er darf der übrigen Gemeinschaft nur so wenig entnehmen und zumuten, wie er zur Deckung seines substantiellen Bedarfs benötigt - und wie dies auch alle übrigen Geschöpfe handhaben.

Eine solche Einstellung ist mit bloß "grüner" Politik nicht abgedeckt. Vielmehr scheint das Schicksal der FDP zu beweisen, daß Ökologie und Liberalismus völlig unvereinbar sind. Nach meiner Überzeugung werden der Weg dieser Partei auch alle übrigen politischen Kräftegruppen bisheriger Prägung gehen. Ende des Parteienstaates? Vieles deutet darauf hin.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. Klaus Stoff,
Hamburg 61

Possenspiel des Westens

"Best", "Zehn-Mark-Billette": WELT vom 4. August und "Leerbücher": WELT vom 21. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Meinungen kann ich nur begrüßen. Leider denken wir zu wenige darüber ernsthaft nach und haben den Mut, sich dazu in der Öffentlichkeit zu äußern. Man kann der Wende-regierung - ohne zu übertreiben - unterstellen, daß sie in den Jahren ihrer Opposition im Bundestag in bezug auf Verhandlungen mit Funktionären der Ostblockstaaten nichts gelernt hat. Was Egon Bahr leichtgläubig falsch gemacht hat, hat Herr Jäger für Milliardenkredite geradezu miserabel gemacht. Was wirklich zu tun ist, drücken die obengenannten Leserbriefe vollkommen aus. Der Ausspruch Lenins, "Die Kapitalisten liefern sogar noch den Strick, an dem wir sie eines Tages aufhängen", behält seine Richtigkeit. Der Strick, das sind Getreidelieferungen aus Amerika und anderen westlichen Staaten; das sind von Steuerzahler subventionierte Butter- und Fleischlieferungen der EG, und das sind Morgengaben in Form von Devisen. Wir kaufen den Funktionen des Ostblocks die selbstgeschaffenen Schwierigkeiten ab, ohne daß sie sich dafür etwas einfallen lassen müssen. Am System ändert sich nichts. Die Gegenleistung

als Erfolg zu verbuchen ist geradezu lächerlich. Humanitäre Hilfe für die Menschen ist eine Schutzbehauptung. Man braucht dann nicht weiter über den Schaden nachzudenken, den man damit angerichtet hat. Es ist der Beweis für die Ohnmacht gegenüber den östlichen Ideologien, die eine höhere Lebensqualität für die von ihr beherrschten Menschen nicht zu läßt.

Oder glaubt jemand von unseren freigeschaffenen Volksgenossen, daß die "scharfen Töne aus Moskau", an die Adresse Honeckers gerichtet, nicht vorher abgesprochen sind? Es paßt genau in die Informationspolitik des KGB. Falschinformationen, die so simpel angelegt sind, sollte man in Bonn schon im Ansatz erkennen.

Solange der Westen den Sowjets Lebensmittel und Devisen liefert, so lange wird es ihnen möglich gemacht, eine Riesenarmee unter Waffen zu halten, die eine permanente Bedrohung des Weltfriedens darstellt.

Die westlichen Industrienationen liefern Lebensmittel und Devisen dazu, damit sie die Rechnungen regulieren können. Damit die Lieferanten den Empfängern nicht ins offene Messer laufen, müssen sie mit dem Erlös aus Warenlieferungen weiter aufrüsten und immer neue und teure-

re Waffen entwickeln. Ein böses Ringespiel! Man nennt es Friedensstrategie.

Die Sowjets und ihre Satelliten müssen gezwungen werden, ihre landwirtschaftliche und industrielle Produktion so auszubauen, daß sie die Menschen in ihrem Machtbereich ausreichend versorgen können. Dazu müssen sie junge Menschen einsetzen und können demzufolge nicht eine solche überflüssige Riesenarmee unterhalten. Das ist Friedensdienst. Ebenso muß der Devisenfluß vollkommen eingeschränkt werden. Wenn etwas bezahlt werden muß, dann nur mit Waren aus unserer Produktion, um der Bevölkerung hinter dem Eisernen Vorhang mit einer besseren Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs zu helfen.

Den Eisernen Vorhang hat der Osten aufgebaut. Mit wohlwollenden Morgengaben wird er nicht weniger undurchlässig noch humaner. Daran wird sich in absehbarer Zukunft nichts ändern und schon gar nicht, wenn man sich vor Begeisterung über fragwürdige Erfolge in Bonn gegenständig auf die Schulter schüttelt.

Honecker braucht dringend Devisen, um die ständig steigenden Verteidigungskosten, die Moskau von ihm fordert, bezahlen zu können. Wir finanzieren direkt die Rüstung der Sowjets. Ein Possenspiel!

Man sollte den angebotenen "Nachhilkeunterricht" annehmen, denn er ist bitter nötig.

Hochachtungsvoll
E. Bochmann,
Wingst

Verordnungsflut

"Mittelteilchen": WELT vom 2. August

Ich floß vor einiger Zeit nach Athen. Meine Nachbarin in der Maschine war eine Griechin, die zwei Jahre in einem Berliner Krankenhaus gelegen hatte. Auf die Frage, was ihr Gesamteindruck von Deutschland sei, antwortete sie spontan: "Was das alles verboten ist." Ursache ist die unübersehbare staatsverändernde Gesetzes- und Verordnungsflut, die

die Bürger zunehmend entnervt. Jedes neue Gesetz schränkt die Freiheit der Bürger ein, verdrängt mit der Zeit die Verwaltung, vergrößert die Unsicherheiten in allen Bereichen, z. B. Bauwesen - Bildungsrecht, in der Justiz usw. Viele Gesetze und Verordnungen stellen den gesunden Menschenverstand auf eine harte Probe und bringen oft mehr Unheil als Segen.

Auch obiges Gesetz fällt unter diese Kriterien, daß uns weniger Freiheit und mehr Zwangsregeln verordnet.

B. Trappe,
Waltrop

"Sexualdiktat"

"Liebt schneller, Genscher": WELT vom 17. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, für Ihren Hinweis "der Sexualkundeunterricht... kaum etwas ist mehr geeignet, jungen Menschen die natürlichen Gefühle zu verdeutlichen" werden Ihnen ungezählte Eltern in Nordrhein-Westfalen (NRW) dankbar sein. Denn dieser zeigt auf einen Mibstand in den Schulen des SPD-Kultusministeriums. Mariamne von Weizsäcker wird in dieser Zeit das Johanniter-Krankenhaus in Bonn besichtigen.

Ohne gesetzliche Grundlage werden unsere Kinder von 1. bis zum 13. Schuljahr einer Aufklärungsdiktatur unterzogen ohne Rücksicht auf die individuelle Reife des einzelnen Kindes. Im fächerübergreifenden Sexualkundeunterricht - d. h. jeder Lehrer darf zu jeder Zeit unkontrolliert über Sex sprechen - wird unsern Jungen und Mädchen allein schon über die Koedukation bei diesen Themen das Schamgefühl abtrainiert. Unter Notendruck lernen sie alle, Gebrauchs-anweisungen ihres eigenen Körpers: von der "richtigen" Luftbefriedigung über den Coitus bis zur Abtreibung. Das werdende Kind erscheint im NRW-Biologiebuch "Biologie des Menschen" Seite 49 unter der Rubrik "Versagerquote in %".

Wenn Herr Geißler die "Soziale Indikation" überflüssig machen will, so sollte Herr Worms mit seiner NRW-CDU das Übel bei der Wurzel packen, nämlich den Zwangs-Sexualkundeunterricht abschaffen.

Die NRW-Landtagsabgeordneten wissen, daß seit 1979 allein von der "Christlichen Elterninitiative External" ca. 7500 Elternstimmen dem Kultusminister vorliegen, die die Freiwilligkeit des Sexualkundeunterrichts fordern entsprechend der Freiwilligkeit des Religionsunterrichts.

Mit freundlichen Grüßen
W. Bauer,
Münster

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

PRÄSIDENTIALAMT

Der erste ausländische Staatsbesuch, den Bundespräsident Richard von Weizsäcker unternimmt, wird ihn nach Frankreich führen. Die Reise ist für den Spätherbst geplant. Auch der frühere Bundespräsident Walter Scheel hatte vor zehn Jahren den ersten offiziellen Besuch dem französischen Nachbarland abgestattet.

Der Stadt Bonn stattet Bundespräsident Richard von Weizsäcker heute einen offiziellen Besuch ab. Der "kleine Bönnsche Staatsbesuch" beginnt Schlag zehn Uhr morgens im Rathaus, wo er sich in das Goldene Buch der Stadt einträgt. Anschließend spaziert er mit Ehefrau Marianne und Begleitung über den Markt und den Münsterplatz. Von Weizsäcker besucht anschließend die Lakritz-Firma Haribo. Nach Gesprächen mit Auszubildenden ist er noch bei der Kreis-Handwerkerschaft, der 33 Bonner Innungen angehört. Marianne von Weizsäcker wird in dieser Zeit das Johanniter-Krankenhaus in Bonn besichtigen.

AUSWÄRTIGES AMT

Als zweiter Mann an die deutsche Botschaft nach Moskau geht Dr. Alexander Arnst, seit 1979 Leiter des Sowjetunion-Referates im Auswärtigen Amt. Der Jurist, Jahrgang 1931, arbeitet seit 1963 im AA. Er war zunächst in mehreren afrikanischen Staaten tätig. Bis 1967 war er auf Posten in der Zentralafrikanischen Republik, in Benin und in Togo, und nach einer Verwendung in der Bonner Zentrale dann noch einmal von 1970 bis 1972 in Niger. Von 1972 bis 1975 leitete er das Osteuropa-Referat. Für vier Jahre wurde er anschließend zum ersten Mal an die deutsche Botschaft in Moskau versetzt, in der er jetzt als Gesandter tätig ist. Deutscher Botschafter in der Sowjetunion ist Dr. Jörg Kastl.

GEBURTSTAGE

Der Direktor des Deutschen Bundestags, Dr. Helmut Schellknacht, feierte seinen 65. Geburtstag. Der aus Löhde an der Weser stammende Schellknacht ist seit 1970 der oberste Verwaltungsbeamte des Parlaments. Gleichzeitig nimmt er nach deutscher Tradition - anders als in anderen Parlamenten - im Ältestenrat und Präsidium die politische Aufgabe eines Generalsekretärs wahr. Während seiner Amtszeit hat sich Schellknacht insbesondere für die Einrichtung und den Ausbau des wissenschaftlichen Dienstes sowie

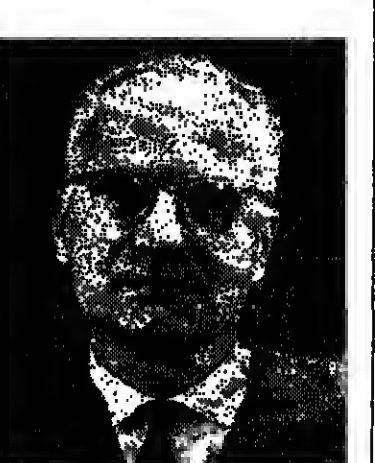
für die Neuorganisation der Bundestagsverwaltung eingesetzt. Schellknacht kommt ursprünglich aus der Postverwaltung. Anschließend ging er ins Bundesverwaltungsministerium, wo er zuletzt Ministerialrat war. Vor seinem Wechsel in den Bundestag war er, von 1968 bis 1970, leitender Beamter beim Wehrbeauftragten. Er wird Ende des Monats in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger wird Dr. Josef Bülcker.

Pater Dr. Ursmer Engelmann, von 1970 bis 1980 Erzbischof von Beuron, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Engelmann, der aus Jena stammt und über sein Studium der evangelischen Theologie, der Geschichte und Philosophie zum katholischen Glauben fand, trat 1935 in das Benediktinerkloster Beuron ein. 1940 wurde er zum Priester geweiht. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm er in Beuron die Leitung der Klosterbibliothek, wurde später Prior und am 2. März 1970 vom Konvent zum Erzbischof gewählt. Die Abtei fand am 21. März statt. Engelmann war der achte Erzbischof der 1883 von Benediktinern wiederbesiedelten Augustinerchorherren-Abtei in Beuron. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen über Mönchtum, kirchliche Kunst und andere Gebiete hervorgetreten. Seine umfangreichste Arbeit ist die Veröffentlichung des Tagebuches von Ignaz Speckle, dem letzten Abt von St. Peter im Schwarzwald. Engelmann trat im Januar 1980 mit Rücksicht auf sein Alter und seinen Gesundheitszustand vom Amt des Erzbischofs zurück.

Der Soziologie Professor Dr. Alphonse Silbermann feierte in Köln seinen 75. Geburtstag. Nach seiner Rückkehr aus der australischen Emigration wurde der in Köln geborene Wissenschaftler zum führenden Vertreter einer empirisch orientierten Medienwissenschaft. Aufgrund seiner Forschungen prognostizierte er bereits vor 20 Jahren die gegenwärtig so heiß diskutierte Entwicklung "Neuer Medien". Neben Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten Köln, Lausanne und Bordeaux veröffentlichte der streitbare Soziologe zahlreiche Arbeiten zu Themen der Musik- und Kunstsoziologie. Seine Auseinandersetzungen mit Th. W. Adorno zählen zu den wenigen akademischen Kontroversen der Nachkriegszeit. Nach seiner Emeritierung ist Silbermann bis heute als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kommunikationsforschung, Direktor des Kölner Instituts für Massenkommunikation und als Herausgeber der Zeitschrift "Communication" eine der zentra-

len Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Medienforschung.

Einer der großen deutschen Verleger, Heinrich Reclam, ist im Alter von 73 Jahren in Stuttgart gestorben. Der Urenkel des Gründers der berühmten Universalbibliothek, Anton Philipp Reclam, leitete seit 1949 das Unternehmen. Die Universalbibliothek war für Generationen von



Heinrich Reclam FOTO: DIE WELT

Gymnasiasten und Studenten fast täglicher Begleiter. - Unter seiner Führung wurde das Verlagsprogramm auf Anthologien, Theater- und Kunsthilfen sowie kulturhistorische Bücher und Lexika erweitert. In Leipzig geboren, durchlief er nach dem Besuch des Gymnasiums eine Buchhändlerlehre, studierte Philologie und promovierte 1937 mit der Dissertation über "Die Gestalt des Paracelsus in der Dichtung" zum Dr. phil. Das Kriegsende erlebte er als Kriegseingetragener in Frankreich. Die Amerikaner hatten damals seinem Vater - Ernst Reclam - den Vorschlag gemacht, den Verlag von Leipzig nach Wiesbaden zu verlegen, was dieser ablehnte, da man inzwischen den Betrieb im zerstörten Leipzig notdürftig wieder zum Laufen gebracht hatte. 1947 wurde jedoch in Stuttgart die Reclam-GmbH gegründet. 1950 wurde das Stuttgarter Reclam-Haus bezogen, die Reclam-Universal-Bibliothek danach wiederaufgebaut. Im gleichen Jahr wurde der Leipziger Betrieb unter die Treuhandschaft der mitteldeutschen Behörden gestellt und der Verfügung und Einflußnahme der Inhaber entzogen. 1958 erfolgte die Umwandlung der Reclam-GmbH in die Stammsfirma Philipp Reclam jun. Heinrich Reclam, der keine eigenen Kinder hinterließ, hat bereits vor Jahren seinen Neffen Stefan Reclam-Klinkhart, zur Zeit Leiter des graphischen Betriebs, adoptiert.

Besser als gar nichts

Ag - Wenig ist besser als gar nichts: Die Verlängerung der Mehrwertsteuer im Baubereichmodell, die seit einem Jahr auf der Wunschliste der Bauwirtschaft steht und seit dem Frühsommer auch von Bundesbauminister Schneider befürwortet wird, kann nur noch dem Ausbaugewerbe helfen. Die Talfahrt der Branche wird sich nicht mehr bremsen können, denn dazu kommt sie zu spät.

Daß sie nun kommt, scheint sicher, obwohl die Verlängerung auf den 31. März 1985 im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes erst noch beraten werden muß. Dann wird sie Maler und Installateure von dem Termindruck entlasten, unter dem das Baugewerbe die inzwi-

schen fertigen Rohbauten hat erstellen müssen. Der Wunsch nach einer Verlängerung über das Ende dieses Jahres hinaus kam schließlich nicht von ungefähr: Gleichzeitig läuft die Investitionszulage aus, und diese Zusammenballung wurde zu Recht geführt.

Der Bundesfinanzminister, der eine Verlängerung bis jetzt immer blockiert hatte, kann sich jedoch darauf berufen, daß die Branche den Termin seit Jahren kannte und sich darauf hätte einstellen können. Die Beschäftigung von Bauarbeitern läßt sich indes nicht so exakt vorausplanen wie die Beschäftigung von Maschinen. Vor allem lassen sie sich nicht in beliebiger Zahl einstellen und wieder entlassen. So bleibt der Bauwirtschaft als schwacher Trost nur die Ankündigung, daß weitere Einschränkungen der Steuervorteile beim Baubereichmodell nicht vorgesehen sind. Auch das ist besser als gar nichts.

Mitterrands Hypothek

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wer über seine Verhältnisse gelebt hat, muß früher oder später den Gürtel enger schnallen. Dies gilt nicht nur für Privatpersonen, sondern auch für den Staat. Dabei nimmt die Schuldentilgung meist längere Zeit in Anspruch als das Schuldentilgen. Denn gegessen Brot bezahlt sich schwer.

Das bekommt Frankreich immer mehr zu spüren. Vor allem seine Auslandsschuld ist unter der sozialistischen Regierung gewaltig angewachsen. Allein die zitierte und langfristige Bruttoverschuldung nahm von 123 Milliarden Franc Ende 1980 auf 188 Ende 1981 und 295 Milliarden Franc (87 Milliarden Mark) Ende 1982 zu. Dies war vor allem eine Folge der von Präsident Mitterrand zunächst betriebenen „Volksbeglückungspolitik“.

Die übermäßige Erhöhung von Löhnen, Familienzulagen und Altersrenten sowie ambitionierte Sozialreformen (Arbeitszeitverkürzungen) ließen nicht nur die Defizite des Staatshaushalts anschwellen und vergrößerten so die Verschuldung. Der dadurch herbeigeführte Kaufkraftzuwachs der Bevölkerung führte auch zu einem Importboom, der die Handelsbilanz aus dem Gleichgewicht brachte.

Zur Abdeckung der Defizite mußten im Ausland immer mehr Kredite aufgenommen werden. Hinzu kam, daß die neu verstaatlichten Unternehmen wegen unzureichender Kapitalausstattung durch den Staat und zur Schonung des inländischen Kapitalmarktes in zunehmendem Maße Auslandsanleihen emittierten. Und der Staat mußte ausländische Kredite in Anspruch nehmen, um sich die Mittel zur Verteidigung des wegen der verfallenen Regierungspolitik stark gefährdeten Franc zu beschaffen.

Owohl im März 1983 mit der letzten Franco-Deutsche eine rigorose Austeritätspolitik eingeleitet wurde, hat die Auslandsschuld weiter zugenommen. Ende 1983 erreichte sie 451 und Mitte dieses Jahres 460 Milliarden Franc. Dies lag vor allem daran, daß Handels- und Leistungsbilanz weiter Defizite brachten und daß sich der Dollar stark aufwertete. Auch in Dollar sind die Schulden weiter gestiegen.

Von der gesamten Auslandsschuld entfielen Ende 1983 50,1 Prozent auf Verbindlichkeiten in US-Währung. Entsprechend hoch ist auch der Anteil der auf aufgewertete Dollar ent-

fallenen Zinsen. Insgesamt erreichte die Zinslast im letzten Jahr 34,5 Milliarden Franc. Der gesamte Schuldendienst unter Einschluss der Tilgungszahlungen betrug 58,7 Milliarden Franc, was etwa der Hälfte des Haushaltsdefizits entsprach.

Für dieses Jahr schätzt die OECD unter der Hypothese unveränderter Wechselkurse und Zinssätze den Schuldendienst auf 66,5 Milliarden Franc, davon 44 Zinszahlungen. Diese werden zwar vom nächsten Jahr an unter der Voraussetzung, daß keine neuen Auslandskredite aufgenommen und die bestehenden Schulden planmäßig abgetragen werden, fortlaufend zurückgehen. Gleichzeitig aber steigen die Tilgungszahlungen derart, daß der gesamte Schuldendienst weiter zunimmt.

Die Zahlen sind erschreckend: Der Schuldendienst steigt bis 1990 auf 97,1 Milliarden Franc, erst dann wird er wieder abnehmen. Die Hypothek Mitterrands wird Frankreich also mindestens noch sechs Jahre belasten. Dabei sind die kurzfristigen Auslandsschulden noch nicht einmal berücksichtigt, die vom (oppositionellen) Senat auf 150 Milliarden Franc veranschlagt werden.

Die OECD stellt zwar fest, daß die Bruttoverschuldung Frankreichs mit zuletzt 11,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen im Vergleich zu anderen Industriestaaten „mäßigen“ Umfang erreichen und nach Abzug der (teilweise notleidenden) Forderungen an das Ausland netto sogar nur fünf Prozent ausmachen. Die rapide Zunahme der Verschuldung und der steigende Schuldendienst sind jedoch besorgniserregend.

Gewiss kann Frankreich nicht mit Schuldnerländern wie Brasilien verglichen werden. Eine Umschuldung drängt sich nicht auf, allenfalls eine Refinanzierung, die keine größeren Schwierigkeiten bereiten dürfte. Denn die internationale Kreditwürdigkeit des französischen Staates ist bisher intakt geblieben. Aber Frankreich muß unbedingt seine Leistungsbilanz ins Gleichgewicht bringen. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, hängt auch wesentlich vom Dollarkurs und von den Gewerkschaften ab, die sich gegen die Fortsetzung der bisherigen Sanierungspolitik wenden.

FORSCHUNGSPOLITIK / WELT-Gespräch mit Minister Heinz Riesenhuber

Bonn will mit weniger Bürokratie die indirekte Förderung verstärken

HEINZ HECK, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) will weniger Bürokratie wagen. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Verlagerung von der direkten auf die indirekte Forschungsförderung. Zugleich zielt der Minister, wie er in einem Gespräch mit der WELT erklärte, auf eine Senkung der Förderquote, also des Anteils der Bonner Zuschüsse zu den Forschungsprojekten.

Der von Riesenhuber seit Herbst 1982 vollzogene Kurswechsel wird bei den neu bewilligten Projekten am deutlichsten: Wurden 1982 vom Forschungsbereich (BMFT) noch 982 Vorhaben mit einem Fördervolumen von 1,71 Milliarden Mark bewilligt, so waren es 1983 nur noch 794 Projekte mit 1,49 Milliarden. Im ersten Halbjahr 1984 sind es 318 (Vorjahr: 344) Projekte mit 474 (682) Millionen Mark. Damit ergab sich für 1983 ein Rückgang nach Vorhaben um 19 und bewilligter Summe um 13 Prozent, für 1984 schätzungsweise weitere acht und 30 Prozent.

Zu dieser Entwicklung hat entscheidend auch die geringere Förderquote beigetragen. In der Regel gibt es für Projekte der Wirtschaft 50 Prozent BMFT-Zuschuß. Allerdings werden Maßnahmen im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge auch zu 100 Prozent staatlich finanziert. Riesenhuber wertet es als Erfolg, daß die

durchschnittliche Förderquote 1983 im Vergleich zu 1980 von 67,3 auf 59,8 Prozent oder um 7,5 Prozentpunkte gesenkt werden konnte. Dies habe zur Folge, daß er 1983 bei rückläufigem Fördervolumen genauso hohe Forschungsausgaben der Wirtschaft auslösen konnte wie im Vorjahr.

Sein Fazit: In dem Maße, wie sich die Wirtschaft stärker engagiert, kann sich der Staat zurückziehen, ohne daß die Forschung leidet. Da Unternehmen zudem die Forschungsnotwendigkeiten besser beurteilen könnten als Beamte, falle auch der Wirkungsgrad höher aus. Es ist das erklärte Ziel des Ministers, diese Tendenz weiter fortzusetzen: „Nach der Drogen sucht die Entziehungskur.“ Vor allem will Riesenhuber keine markthabenden Projekte mehr fördern.

Um die Suchfunktion des Marktes zu stärken, favorisiert Riesenhuber die indirekte Forschungsförderung, bei der der Staat die Forschungspro-

jekte nicht selbst auswählt. Die Zahlen sprechen auch hier eine deutliche Sprache: Ergab sich noch 1982 ein Verhältnis von 3,6 Milliarden direkter zu 790 Millionen indirekter Forschungsförderung, so schätzte Riesenhuber die Relation für 1984 auf 2,1 zu 1,24 Milliarden Mark.

In dieser Verlagerung sieht er zugleich einen wirksamen Beitrag zur Entbürokratisierung. Es gelte, „Ernst zu machen mit der Entlastung“. Als Nebeneffekt ergibt sich positiv, daß die Zahl der „Forschungsverwalter“ um rund 100 Personen oder etwa 15 Prozent verringert werden konnte.

„Man muß öfter nein sagen können“, resümiert der Minister seine Erfahrungen im Amt. So habe er kürzlich einen Antrag für die Entwicklung eines Keramikmotors (der den Katalysator überflüssig macht) abgelehnt. Das sei Sache der Wirtschaft. Hier klinge auch Kritik an Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) an, der als Vorgabe für die Einführung abgasarmer Autos die US-Grenzwerke vorschreiben wolle. Damit würden innovative Impulse abgewürgt: Wenn diese Werte erreicht seien, könne man die Forschung einstellen.

AUF EIN WORT



Prof. Dr. med. Hans Rüdiger Vogel, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V., Frankfurt. FOTO: DIE WELT

„Sieben Prozent der Ausgaben der Krankenkassen fließen der pharmazeutischen Industrie zu. Von daher ist es unverständlich, wie man glauben kann, die Finanzen der Kassen durch Eingriffe bei der Industrie sanieren zu können.“

COMMERZBANK

Einheitliche Kontogebühr

Frankfurt

Als erste Großbank wird die Commerzbank ab Oktober dieses Jahres ein neues, vereinfachtes Gebührensystem für die Privatkundenschaft einführen. Wie die Bank mitteilt, berechnet sie dann anstelle der Grundgebühr von zwei Mark im Monat und unterschiedlich hohen Basis- und Pannengebühren zwischen 30 und 50 Pfennig nur noch eine Monatspauschale von drei Mark je Konto. Allerdings werden die Guthabenzinsen auf diesen Konten, die bisher mit einem halben Prozent im Jahr verzinst wurden, dann nicht mehr verzinst, solange sie nicht 3000 DM übersteigen.

Lediglich bei sehr geringer Anzahl von Buchungen ist die neue Regelung nach Darstellung der Commerzbank für den Kunden teurer. Unter Berücksichtigung der wegfallenden Verzinsung ergebe sich eine Verbilligung für den Kunden etwa ab der siebten Buchung monatlich, erklärte der Sprecher der Bank.

Der früher durch die besonders teure Berechnung von Barzahlungsvorgängen (mit 50 Pfennig je Buchung) bezweckte „Erziehungseffekt“, der die Kunden mehr auf bargeldlose Vorgänge hinsteuern sollte, fällt mit dem neuen Gebührensystem weg, erklärte der Sprecher. Die hohen Gebühren für Barabhebungen vom Gehaltskonto hätten bisher dazu geführt, daß die Kunden kurz nach der Gehaltsüberweisung praktisch den gesamten verfügbaren Betrag abzüglich der regelmäßigen Belastungen vom Konto abgeboben hätten, und diesen bar zu Hause gehalten hätten, um Gebühren zu sparen. Dies sei nun nicht mehr nötig und der Kunde werde dadurch möglicherweise öfter in die Bank kommen.

EINZELHANDEL

Wieder an Fahrt verloren

Bonn

Die Umsatzentwicklung im deutschen Einzelhandel hat wieder etwas an Fahrt verloren. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, schreibt dies den dämpfenden Wirkungen des Streiks auf die Konsumneigung der Verbraucher zu. Insgesamt hat der Einzelhandel im ersten Halbjahr 1984 3,1 Prozent mehr erzielt als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Nach Herausrechnung der Preissteigerungsrate verbleibt jedoch lediglich ein mageres Plus von 0,3 Prozent, teilt der Verband mit.

Verschiedene Sondereinflüsse führten die Hauptgemeinschaft zur Erklärung des Ergebnisses im Juni an: nominal lag der Umsatz um 3,2 Prozent, real sogar um 5,6 Prozent unter dem des entsprechenden Vorjahresmonats. Da im Juli vergangenen Jahres die Mehrwertsteuer erhöht worden ist, hätten die Verbraucher ihre Anschaffungen vielfach auf den Juni vorgezogen: Damals hatte sich gegenüber dem Juni 1983 ein Umsatzplus von zehn Prozent und ein Absatzplus von 8,5 Prozent ergeben.

Dieser „Basisseffekt“ betreffe insbesondere den Kraftfahrzeughandel und den Einzelhandel mit Einrichtungsgütergeschäften. Beide mußten im Juni starke Umsatzrückgänge im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat hinnehmen - der Kraftfahrzeughandel 30,9 Prozent und der Möbelhandel 9,1 Prozent -, aber beide hatten im Vorjahr auch von der Vorverlegung der Anschaffungen am meisten profitiert.

Wie die Hauptgemeinschaft weiter berichtet, haben die Warenhausunternehmen im ersten Halbjahr 1984 ihren Jahresumsatz um 2,6 Prozent verfehlt. Der Versandhandel konnte 3,5 Prozent zulegen.

KONJUNKTUR

Die Banken sehen weiterhin gute Wachstums-Chancen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Trotz der erheblichen Streikschäden sieht der Bundesverband deutscher Banken gute Chancen für ein anhaltendes Wachstum in der Bundesrepublik. Der Arbeitskampf habe zwar den bis Anfang dieses Jahres anhaltenden Wachstumsprozeß abrupt unterbrochen, so habe die Fertigung im produzierenden Gewerbe im zweiten Vierteljahr um rund 4,5 Prozent unter dem Niveau der ersten drei Monate gelegen. Dennoch bestünden gute Aussichten, auf den ursprünglichen Pfad zurückzufinden.

Auch die Auslandsnachfrage dürfe wieder anziehen. Denn die positiven Faktoren, die bis Mai zu dem steilen Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland wesentlich beigetragen hatten, bestünden nach wie vor: eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung bei wichtigen Abnehmern deutscher Produkte, der für den Export günstige D-Mark-Wechselkurs sowie ein mäßiger Kosten- und Preisanstieg im Inland. Immerhin habe die Auslandsnachfrage im zweiten Quartal trotz der Streikeinbußen real immer noch um 11,5 Prozent über dem Vorjahresniveau gelegen. Der Export werde in den kommenden

Monaten einen beachtlichen Wachstumsbeitrag leisten.

Um Hemmnisse, die einer stärkeren Investitionsbereitschaft der Unternehmen entgegenstehen, abzubauen, müsse sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin vor allem an den wachstumspolitischen Erfordernissen ausrichten. Die geplante Begrenzung der öffentlichen Ausgaben gehe in die richtige Richtung. Die Steuerentlastung müsse im Hinblick auf die Beschäftigung mehr leistungs- und wachstumsorientiert sein. Das gelte nicht nur für den Einkommensteuertarif, sondern auch für die Belastung der Unternehmen bei ertragsunabhängigen Steuern.

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) rechnet zum Jahresende mit einer Preissteigerungsrate von 2,4 Prozent oder noch darunter. Die Möglichkeiten für Preissteigerungen seien auch dadurch eingegrenzt, daß der Streik deutliche Spuren in der Konjunktur hinterlassen habe. Nachhaltig plädiert der Verband für eine schnellstmögliche Abschaffung der Kuponsteuer für ausländische Anleger. Er sieht in der Beseitigung dieser Belastung in den USA einen Grund für den Kursanstieg des Dollar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kooperations-Abkommen mit Ungarn verlängert

Bonn (Mk.). Eine Verlängerung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vom 11. November 1974 um weitere zehn Jahre haben jetzt der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Otto

Schlecht, und der stellvertretende Außenhandelsminister Tibor Melega in Budapest unterzeichnet. In den vergangenen zehn Jahren ist die Bundesrepublik zum wichtigsten westlichen Wirtschaftspartner Ungarns geworden. In diesem Zeitraum hat sich das Volumen des bilateralen Warenaustauschs nahezu auf rund vier Mrd. Mark im vergangenen Jahr verdoppelt. Gegenwärtig gibt es 330 deutsch-ungarische Unternehmenskooperationen, in deren Rahmen zehn Prozent des bilateralen Handels abgewickelt wird.

Neuer Wachstumsbereich

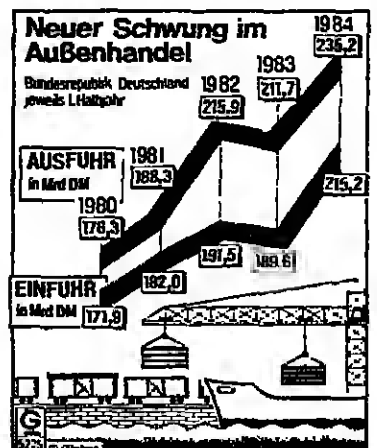
Düsseldorf (dpa/VWD). Als Wachstumsbereich für weltweiten Stahlverbrauch zeichnet sich für die nächsten Jahre die gesamte Technik für Meerestiefenbohrungen - Off-shore-Technik - ab. Wie der Bundesverband Deutscher Stahlhandel, Düsseldorf, feststellte, werden davon in erster Linie die Vereinigten Staaten und Japan begünstigt sein. Das schließt aber ein stärkeres Engagement der traditionellen europäischen Stahlländer nicht aus. Der Stahlabsatz für Anlagen der Meerestiefenbohrung werde neue Impulse bekommen, wenn die neue Konvention der 3. UNO-Secrecit-Konferenz in Kraft trete. Die Bundesregierung will sich im Herbst abschließend mit der Frage des Beitritts befassen.

Brüssel dementiert

Brüssel (dpa/VWD). Die EG-Kommission hat bestritten, daß sie jedes Jahr große Mengen von überschüssigem Obst und Gemüse auf Kosten der Steuerzahler vernichten lasse, um die Preise künstlich hoch zu halten. Sie erläuterte mit dieser Erklärung ihre eigene Antwort auf eine Anfrage im Europäischen Parlament, wonach die Gemeinschaft im Wirtschaftsjahr 1982/83 knapp 600 Mill. Mark ausgab, um 1,87 Millionen Tonnen „zu viel“ produziertes Obst und Gemüse zu vernichten, zu destillieren oder zu vernichten. In einem inoffiziellen Kommissionspapier heißt es, wegen einer besonders guten Apfelernte seien 1982/83 beispielsweise allein 1,15 Mill. Tonnen Äpfel (13,4 Prozent der Erzeugung) nicht absetzbar gewesen. Nur etwa ein Drittel der Überschussmenge sei tatsächlich vernichtet worden. Der größte Teil dagegen sei zu Alkohol destilliert worden.

Kritik an Preiserhöhungen

Wiesbaden (dpa/VWD). Die für 1985 angekündigten, zum Teil umfangreichen Preiserhöhungen für Werbung in Funk und Fernsehen sind vom Arbeitskreis Werbefernsehen der deutschen Wirtschaft kritisiert worden. Im Fernsehen betragen die angekündigten Preiserhöhungen bei der ARD durchschnittlich 4,6 Prozent und beim ZDF 7,8 Prozent. Im Hörfunk liegt die Steigerungsrate durchschnittlich bei 9,8 Prozent.



Im ersten Halbjahr 1984 kauften deutsche Firmen Waren im Wert von rund 215 Mrd. Mark im Ausland, das waren 14 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit der Erhöhung der Weltwirtschaft erhöhte sich gleichzeitig die deutsche Ausfuhr um elf Prozent oder fast 24 Mrd. Mark. QUELLE: GLOBUS

Große Getreideernte

Luxemburg (dpa/VWD). Die Getreidernte in der Europäischen Gemeinschaft wird 1984 mit 132,16 Millionen Tonnen (ohne Reis) voraussichtlich um 7,4 Prozent größer sein als die Ernte 1983. Wie das statistische Amt der EG, Eurostat, dazu mitteilt, geht die Zunahme vor allem auf größere Hektarerträge (47,8 gegenüber 44,7 Doppelzentner) zurück. Die Anbaufläche nahm von 27,53 Mill. auf 27,66 Mill. Hektar zu. Im einzelnen wird bei Weizen mit einer Steigerung um 7,8 Prozent auf 58,78 Mill. Tonnen, bei Hartweizen um 39,9 Prozent auf 54,1 Mill. Tonne, Gerste um 6,5 Prozent auf 38,7 Mill. Tonne, Kornmais um 2,5 Prozent auf 19,4 Mill. und bei anderem Getreide um 5,2 auf 8,88 Mill. Tonnen gerechnet. Die Reisenernte wird mit 1,08 Mill. Tonnen wahrscheinlich um 8,5 Prozent kleiner ausfallen als im Vorjahr.

Leichter Preiserückgang

Wiesbaden (VWD). Der Index der Großhandelsverkaufspreise hat sich vom Juni bis Juli 1984 um 0,9 Prozent auf einen Stand von 137,4 (1976 = 100) erniedrigt, teilte das Statistische Bundesamt mit. Die Jahresveränderungsrate betrug im Juli 1984 plus 3,8 Prozent nach plus 4,2 Prozent im Juni und 4,1 Prozent im Mai dieses Jahres.

Gewerkschaft protestiert

Düsseldorf (AP). Gegen eine „zunehmende Durchlöcherung“ des Ladenschließgesetzes hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) protestiert. Nach Angaben des zweiten Vorsitzenden der HBV werden bei Veranstaltungen wie Messen, Jahrmärkten und Jubiläumsfeiern immer häufiger Einzelhandelsgeschäfte an Sonn- und Feiertagen geöffnet.

BAUWIRTSCHAFT

Die Branche rechnet mit weiteren Entlassungen

HANNA GIESKES, Bonn

In der deutschen Bauwirtschaft ist die Stimmung gedrückter. Vor allem die Hochbau-Unternehmen sehen sehr pessimistisch in die Zukunft, teilt der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Bonn, mit. Eine Umfrage in der Branche habe ergeben, daß in Kürze mit Kapazitätsabbau, Kurzarbeit und Entlassungen zu rechnen sei, wenn es nicht bald zu Anschlußaufträgen komme. „Diese Hoffnung ist aber ziemlich unbegründet“, bedauert ein Sprecher des Verbandes.

So sei die Reichweite der Aufträge im Hochbau im Juli von 2,4 auf 2,2 Monate zurückgegangen, im Tiefbau von 2,0 auf 1,9 Monate. Im Straßenbau liege sie, trotz leicht verbesserter Nachfrage, immer noch bei 1,7 Monaten. Insgesamt beurteilten die Bauunternehmen ihre Auftragsbestände als

„völlig unbefriedigend“. Die leichte Belebung im Straßenbau könne die Branche nicht „bezaubern“, heißt es. Der Tiefbau mache nur ein Viertel des Bauvolumens aus; drei Viertel seien Wohnung- und Gewerbebau, „und damit geht es bergab“.

Beklagt wurde von den Bauunternehmen nach Auskunft des Zentralverbandes auch die Tatsache, daß der harte Wettbewerb um Anschlußaufträge keinen Spielraum für Preiserhöhungen läßt. „Tatsächlich sind die Baupreise seit einem Jahr nicht mehr gestiegen. Gleichzeitig hätten sich jedoch vor allem die Personalkosten weiter erhöht.“

Im Juli sei die Bauproduktion „relativ gering“ gewesen, heißt es weiter. Die Zahl der Arbeitslosen lag bei rund 133 000, etwa um 8000 höher als im Vorjahr. Insgesamt sind etwa 1,107 Mill. Menschen am Bau beschäftigt.

AIESEC / Internationaler Praktikantenaustausch für Wirtschaftsstudenten

Stellen im Ausland sehr gefragt

HEINZ STÜWE, Bonn

Die deutschen Studenten sind keineswegs auslandsmüde. Zumindest unter den künftigen Wirtschaftswissenschaftlern gibt es viele, die ihre Semesterferien zu einer Tätigkeit im Ausland nutzen wollen. Die Internationale Vereinigung von Studenten der Wirtschaftswissenschaften (AIESEC) meldet steigende Bewerberzahlen für die von ihr vermittelten Auslandspraktika.

In diesem Jahr haben knapp 595 deutsche Studenten, 60 mehr als 1983, die Möglichkeit, während eines sechs bis elf Wochen langen Auslandsaufenthaltes die betriebliche Praxis in ihrem Gastland kennenzulernen. Im Gegenzug kommen 579 ausländische Praktikanten in die Bundesrepublik, 1983 waren es 506.

Das deutsche Tauschkontingent - weltweit werden etwa 4500 Praktika vermittelt - ist das größte der 60 AIESEC-Länder. Weiter erhöht wer-

den kann es nur im Gleichschritt mit dem eigenen Angebot. Denn es können in etwa nur so viele Studenten ins Ausland gehen, wie im Inland Praktikantenplätze offeriert werden. Die ehrenamtlichen AIESEC-Mitarbeiter in den 35 Lokalkomitees an deutschen Hochschulen bemühen sich deshalb, zusätzliche (und anspruchsvolle) Stellen anzubieten.

Sie können dabei auf einen Stamm von Unternehmen zurückgreifen, die seit Jahren mit AIESEC zusammenarbeiten und diese Verbundarbeit auch finanziell zum Ausdruck bringen. Und auf Spenden bleibt die Studentenorganisation schließlich angewiesen, auch wenn sie vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft unterstützt wird.

Die Gegenleistung umfaßt ein breitgefächertes Programm von Veranstaltungen an den Universitäten.

Sie dienen vor allem einem Ziel: die Studierenden über Berufschancen und Anforderungen der Praxis zu informieren.

Zentrale AIESEC-Tätigkeit im internationalen Rahmen heißt - nach einem eingespielten System abgewickelt - der Praktikantenaustausch. Wünsche der Stellenanbieter werden berücksichtigt, die Bewerber sorgfältig nach Sprachkenntnissen, Studienrichtung und außeruniversitären Aktivitäten ausgewählt.

Die ausländischen Praktikanten erhalten in der Bundesrepublik ein Mindestgehalt von 800 Mark. Betreut werden sie von ihren deutschen Kommilitonen, den AIESEC-Mitarbeitern an den einzelnen Hochschulen. Diese kümmern sich um Unterkunft und alle Formalitäten. Seminare und gemeinsame Freizeitaktivitäten tragen dazu bei, daß die Erfahrungen und Ergebnisse der Gäste nicht auf den betrieblichen Alltag begrenzt bleiben.

Video 84 Internationale Messe Känge Räder Sonore Düsseldorf 24.30.84 täglich 10-18 Uhr

NOWEA Weitere Informationen: Düsseldorf: Messegesellschaft mbH NOV 74 D-4000 Düsseldorf 30 Postfach 20 00 20 Tel. 0210 45 63 1 Telex 2 584 833 mesd

GROSSBRITANNIEN

Produktion und Umsätze gefallen

fu, London
Der Konjunkturaufschwung in Großbritannien ist ins Stocken geraten. Die Industrieproduktion ist im zweiten Quartal dieses Jahres gegenüber den ersten drei Monaten um nahezu drei Prozent gefallen. Und die Einzelhandelsverkäufe verringerten sich im Juli gegenüber dem Vormonat um 1,25 Prozent.

Da die Kohleproduktion normalerweise rund vier Prozent zur gesamten Industrieproduktion beiträgt, war ein Einbruch im Produktionsindex erwartet worden. Aber auch die verarbeitende Industrie, die vom Kohlestreik praktisch nicht berührt ist, mußte im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal einen Produktionsrückgang um rund 0,5 Prozent hinnehmen.

Der Rückgang der Einzelhandelsverkäufe wird insbesondere auf den Anstieg der Hypothekenzinsen am 3. Juli von 10,25 auf 12,5 Prozent zurückgeführt. Doch die Verbraucher-Zurückhaltung wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen, zumal es erste Anzeichen dafür gibt, daß sich die Nachfrage nach Konsumenten-Krediten abzuschwächen beginnt.

Anzeige

DEKA-/DESPA-Info Nr. 3
Für die gezielte, regelmäßige Geldanlage: DEKA-/DESPA-Zuwachs-Konto.

Zur systematischen Investition in Wertpapieren und Immobilien.
Mehr über das DEKA-/DESPA-Zuwachs-Konto erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Sparkassenfonds
Die hohe Schule der Geldanlage

NAMEN

Bernard Crone-Rawe, Gesellschafter der B. Rawe GmbH & Co., Nordhorn, und Vizepräsident der International Textile Manufacturers Federation (ITMF), Zürich, wird am 16. August 60 Jahre alt.

Klaus Jürgen Schinck, Vorstandsmittglied der Pfälzische Hypothekbank AG, Ludwigshafen, feiert heute seinen 63. Geburtstag.
Claus F.H. Sonntag wurde mit Wirkung vom 1. August 1984 zum ordentlichen Vorstandsmittglied der Vereinsbank Heidelberg AG bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: Nachl. d. Elise Schulz; Braunschweig: HE-Leasing GmbH & Co. KG u. Verwaltungen; L.L. HE-Leasing GmbH u. L.L. Bernhard Nackels GmbH; Heizung - Lüftung - Klima; Flensburg: Novak-Autozubehör GmbH; Hamm: Wilfried Trockels, Inh. d. Fa. Geb. Heiman; Umm: Karlmarie Beilstein-Vertrieb GmbH; München: GYVG Güterverkehrs-Versicherung AAG; Niebüll: Syllter Autowerkstatt mbH, Westerland; Witten: All-Oys Schraube u. Verbindungselemente GmbH, Dreis-Brück.
Anschlusskonkurs eröffnet: Detmold: Annerk Heidenberg geb. Meier, Kaufhaus, Inh. d. Fa. Spielautomaten-Gesellschaft Annerk Heidenberg; München: FZV Freizeit-Zeitschriften-Verlag GmbH.
Vergleich eröffnet: Crailsheim: Speer & Gscheidel; München: Eryl Beiteilungen - u. Handelslog mbH u. L.

FLEXIBLE ARBEITSZEIT / Jeder zehnte der 2,2 Millionen deutschen Arbeitslosen sucht einen Teilzeitjob

Gute Beispiele, aber wenig Mut auf beiden Seiten

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Neben einer offensiven Wachstumspolitik kann vor allem eine weitere Verbreitung flexibler Teilzeitarbeit zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt beitragen, so der Leitgedanke einer Broschüre, die die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände als Arbeitshilfe für ihre Mitglieder herausgegeben hat.

Noch scheint das Thema auf beiden Seiten brisant: Viele Unternehmen fürchten bei individueller Arbeitszeitregelung Koordinationsprobleme bis hin zum Chaos, und die Gewerkschaften bangen, daß das Tarifgefüge - bisher so bequem einheitlich zu handhaben - ihrem Griff entgleiten könnte. Die Einsicht, daß mit modernen Organisationsmitteln wie Computer und elektronischer Arbeitszeiterfassung beides zu bewältigen ist, beginnt sich erst allmählich durchzusetzen.

Dabei ist ein „Markt“ für die flexible Teil- und auch Vollzeitarbeit durchaus vorhanden. Jeder zehnte unter den 2,2 Millionen deutschen Arbeitslosen sucht einen Teilzeitjob, Hauptinteressenten sind Frauen. Darüber hinaus darf man getrost vermuten, daß etliche Teilzeitarbeiter und -anwärterinnen wegen der bislang

schlechten Chancen bei der Jobsuche ihren eigentlichen Wunsch zurückstellen. Doch ganz generell zeigt die Nachfrage nach Teilzeitplätzen steigende Tendenz.

Aber auch für die Unternehmen lassen sich mit flexiblen Arbeitsplänen Probleme lösen. Als zum Beispiel die Gummiwerke Fulda im Frühjahr 450 Mitarbeiter, ein Viertel der Belegschaft, auf 44-Stunden-Woche mit anschließenden Freischichten setzte (im Mittel ergab sich die 38,5-Stunden-Woche), geschah das vor allem, um den kapitalintensiven Teil der Produktion besser nutzen, die Investition niedriger halten zu können.

Das neue Arbeitszeitschema und die Wirkung der damit möglichen Produktionssteigerung um zehn Prozent hat auch noch einen angenehmen Nebeneffekt: 150 neue Arbeitsplätze sind zu besetzen. Allerdings ist Fulda kein Beispiel für Teilzeitarbeit, sondern eher für den flexiblen Umgang mit der Vollzeit.

Daß ähnliche Effekte und weitere auch in der Arbeitgeberbroschüre aufgeführte Vorteile auch mit „reinstem“ Teilzeiteinsatz zu erreichen sind, beweist die BASF in ihrem Videokassettenwerk in Ettlingen. Die jetzt 181 - zu Jahresbeginn

noch 122 - Schichtarbeiterinnen dort haben ein recht „abwechslungsreiches“ Arbeitsleben: Ihr Drei-Wochen-Turnus sieht jeweils eine Woche mit einer 8,5-Stunden-Frühschicht, einer 4,5-Stunden-Nachmittagschicht und einer 4,5-Stunden-Spätchicht vor.

Im Schnitt ergibt sich daraus eine 31,8-Stunden-Woche. Da man aber gleichzeitig vom Zwei- auf den Dreischicht-Betrieb übergegangen ist, hat sich die Anlagennutzung um gut 19 Prozent auf 95,5 (80) Wochenstunden verbessert. Doch, so Karl Mahler, für die Speichermaschinen-Werke der BASF in Willstätt und Ettlingen verantwortlich: „Das Wichtigste an unserem Modell ist: Beide Seiten haben etwas davon.“

Dafür, daß auch die Mitarbeiterinnen dieses Gefühl haben, hat die BASF von Anfang an gesorgt. Zum einen war der Einstieg in den neuen Schichtplan freiwillig, seine Gestaltung zudem von den Betroffenen selbst wesentlich beeinflusst. Zum anderen wurde durch die Einführung des Leistungslohns ein Teil des 20-prozentigen Bruttoverdienstaufschlags von vornherein kompensiert - beim Start des Modells schätzte man die effektiven Einbußen noch auf sie-

ben bis zwölf Prozent. In der Praxis stellte sich dann aber sehr schnell ein Effekt ein, den man gar nicht auf dem Plan gehabt hatte: In den Kurzschieften brachten die Frauen ohne große Anstrengung bis zu zehn Prozent mehr Leistung, so daß in etlichen Fällen nur noch fünf Prozent weniger abgerechnet wurden als bei der 40-Stunden-Woche. Und schließlich brachte der Übergang von zwei auf drei Schichten ganz zwangsläufig einen zusätzlichen Personalbedarf von 50 Prozent.

„Ich habe jetzt viel mehr Zeit für die Kinder“ oder „Da bleibt doch mehr Zeit für einen selbst“, sind im Tenor die häufigsten Antworten der Frauen auf die Frage nach dem Nutzen. Wichtig ist auch, daß es bei den Sozialleistungen - ob Kantine, Urlaub oder Bonuszuschüsse - keinen „Rückschnitt“ gegeben hat.

Obwohl in Ettlingen eine Reihe spezifischer Vorteile zum Tragen kamen, sollten andere Unternehmen mit dem Argument, das sei alles nicht übertragbar, vorsichtig umgehen. Meint Mahler: „Es steht nirgendwo geschrieben, daß ein Modell so und nicht anders aussehen muß. Da sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt.“

Unilever steigert Betriebsgewinn

Hamburg (dpa/WVD) - Der holländisch-britische Konzern Unilever steigerte im 1. Halbjahr 1984 seinen Betriebsgewinn um 21 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode auf 1,99 Milliarden Gulden (1,8 Mrd. DM).

Wie die Deutsche Unilever GmbH, Tochter dieser größten europäischen Nahrungs- und Waschmittelgruppe, am Dienstag in Hamburg berichtete, lag der Konzernumsatz in den ersten sechs Monaten mit 32,56 Milliarden Gulden (29,3 Mrd. DM) um 13 Prozent über dem Vorjahr. Dabei war der Umsatz im 2. Quartal um 14 Prozent und der Betriebsgewinn um 17 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In Europa trugen die meisten Produktgruppen zu dem „wesentlich besseren“ Ergebnis bei. Besonders deutlich fiel die Verbesserung im Verpackungsbereich sowie bei Tiefkühlkost und bei Eis aus.

SCHERING / Positiver Halbjahresbericht

Starkes Auslands-Wachstum

PETER WEERTZ, Berlin
Über ein starkes Umsatzplus besonders auf den Auslandsmärkten berichtet die Schering AG, Berlin und Bergkamen, in ihrem Halbjahresbericht. Wie das Unternehmen im Zwischenbericht mitteilt, hat sich zur Jahresmitte mit einem Umsatzwachstum von rund 13 Prozent in der AG und von etwa 17 Prozent in der Gruppe die positive Entwicklung der ersten Monate fortgesetzt. Dabei lag der Schwerpunkt der Umsatzausweitung - zum Teil bedingt durch die Wechselkursentwicklung von Dollar und Yen - im Auslandsgeschäft, das einen Anteil am Gruppenumsatz von 81 Prozent erreichte. Im Ausland stieg der Umsatz um 18 und der im Inland um zehn Prozent.

Im vergangenen Jahr hatte der Umsatz in der Gruppe 4,28 und der in der AG 1,98 Mrd. DM erreicht. An der positiven Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr 1984 waren in der Gruppe

alle Unternehmensbereiche beteiligt. Die Umsätze wuchsen bei Pharmazie um 11, bei Pflanzenschutz um 21, in der Galvanotechnik um 23 und bei Industriechemikalien um 23 und bei Feinchemikalien um 9 Prozent. Übertrugen wurden die Erwartungen vor allem im Pflanzenschutzbereich. Voraussichtlich werden die Investitionen 1984 in der Gruppe auf 260 (212) Mill. DM und in der AG auf 130 (110) Mill. DM zunehmen.

„Gleichzeitig hat sich der positive Ergebnistrend fortgesetzt“, schreibt der Vorstand. Den vor allem in den Vereinigten Staaten erzielten Ergebnisverbesserungen stehen allerdings wieder währungsbedingte Verluste in Lateinamerika und die unverändert schlechte Situation bei der Diamant AG gegenüber. Für 1984 insgesamt rechnet Schering jedoch mit einem verbesserten Gruppenertrag und in der AG mit einem gleichbleibenden Jahresergebnis.

STROETMANN / Ambitionen bei SB-Warenhäusern

Struktur wird verbessert

H. HILDEBRANDT, Münster
Um gut 4 Prozent auf 275 (264) Mill. DM konnte die Lebensmittelgroßhandlung L. Stroetmann GmbH & Co., Münster, ihren Umsatz 1983 erhöhen. Bei der allgemeinen Umsatzstagnation im Handel ist dies ein durchaus ansprechendes Ergebnis. Rund 75 Prozent des Gesamtumsatzes wurden im Großhandelsbereich mit den 224 Einzelhändlern erzielt, die Stroetmann als regionale V&G-Zentrale betreut. Die restlichen 25 Prozent stellten die insgesamt 19 Top-Märkte unter eigener Regie bei. Mit einem auf 12 Prozent bezifferten Marktanteil sieht sich Stroetmann als Marktführer in Münsterland.

Derzeit laufen konkrete Pläne zur Verbesserung der Marktstruktur an. Ausgebaut werden soll dabei ein Netz von Supermärkten in der Größenordnung von 800 bis 1000 Quadratmetern. Max Stroetmann, Prokurist und nachwachsende Führungskraft, sieht

diese Marktgröße als die zeitgemäße Nahversorgungsstätte der Zukunft. Die Großhandlung will riskobereite Einzelhändler bei der Einrichtung solcher Märkte denn auch finanziell und mit dem erforderlichen Know-how unterstützen.

Auch im Bereich großflächiger SB-Warenhäuser hat das Münsterländer Unternehmen Ambitionen. Ein solcher Markt fehlt bisher in der westfälischen Metropole und auch in seinem unmittelbaren Umfeld, ist jedoch laut Max Stroetmann trotz aller Widerstände des innerstädtischen Handels dringend erforderlich. Das seit mehr als 200 Jahren in Münster ansässige Familienunternehmen, ursprünglich aus einer landwirtschaftlichen Gemischtwarenhandlung entstanden, erhofft hier eher zum Zuge zu kommen als ebenfalls interessierte auswärtige Filialisten. Insgesamt erwartet Stroetmann für 1984 bereits einen Umsatz von 300 Mill. DM.

Schachenmayr in britischem Besitz

MANFRED FUCHS, Salach
Die britische Textilgruppe Coats Patons PLC, Glasgow, übernimmt über ihre deutsche Tochterfirma Jaeger Fashion GmbH, Freiburg, mit sofortiger Wirkung alle Geschäftsanteile der Firma Schachenmayr, Mann & Cie. GmbH, Salach. Der Übernahmepreis beträgt 57,5 Mill. DM. Das Bundeskartellamt in Berlin hat dem Zusammenschluß zugestimmt.

Bisheriger Gesellschafter von Schachenmayr war die Familie Bareiss, die überwiegend in den USA lebt. Conrad W. Bareiss bleibt auch nach der Übernahme durch Coats Patons Vorsitzender des Aufsichtsrats von Schachenmayr. Die Geschäftsführung liegt unverändert bei Clemens Knappe (Vorsitzender), Harald Reichert und Guenther Scherrie. Die Geschäftsführung von Schachenmayr betonte, sie beabsichtige nicht, die bisherige Firmenpolitik, insbesondere die Vertriebspolitik, zu ändern.

Schachenmayr beschäftigt über 1000 Mitarbeiter und strebt für 1984 eine Steigerung des Umsatzes auf über 170 (143) Mill. DM an. Coats Patons gilt als zweitgrößte Textil- und Bekleidungsgruppe in Großbritannien und erreichte im Jahr 1983 ein Umsatzvolumen von umgerechnet etwa 3,3 Mrd. DM. Coats Patons hält bereits seit Jahren die Mehrheit an dem Garnhersteller MEZ AG, Freiburg, der jährlich über 100 Mill. DM umsetzt.

British Rail plant Aktion gegen Streik

fu, London
Verärgert haben die Führungsspitzen der beiden Eisenbahner-Gewerkschaften in Großbritannien reagiert, als die Staatsbahn British Rail ihren Entschluß bekanntgab, ihre Mitarbeiter gegen eine Teilnahme an geplanten Streikaktionen zu überreden. Die Nationale Gewerkschaft der Eisenbahner (NUR) und die Gewerkschaft der Lokomotivführer (Aslef) beabsichtigen vom 10. September an eine landesweite Bummelaktion und am 12. September einen ganztägigen Streik, der den Zugverkehr von und nach London sowie den gesamten U-Bahn-Verkehr in der britischen Metropole zum Stillstand bringen soll.

Die Gewerkschaften wollen gegen Arbeitsplatz-Verluste sowie gegen die - wie sie behaupten - „anhaltende Verschlechterung und Aushöhlung von Bahnleistungen“ protestieren. Die Leitung von British Rail hat erklärt, daß örtliche und regionale Führungs-Beamtende ihren Mitarbeiter der Staatsbahn persönlich ansprechen und aufgefordert werden, allen Gewerkschafts-Versammlungen beizuwohnen und gegen den Aufruf zu Kampfmaßnahmen zu stimmen.
Es ist die erste Arbeitgeber-Aktion dieser Art. Sie geht zurück auf eine entsprechende Kampagne des britischen Industrieverbandes CBI, mit der Arbeitgeber aufgefordert werden, Streik-Intentionen bereits im Frühstadium und über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg zu attackieren.

FRANKREICH / Regierung verfügt Herabsetzung der Sparzinsen um ein Prozent

Kredite an die Industrie werden billiger

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy hat die Ermäßigung der behördlich reglementierten Sparzinsen um einen Prozentpunkt verfügt und die (verstaatlichten) Banken zur Herabsetzung ihres Basiszinses um ¼ Prozent veranlaßt. Dadurch sollen vor allem die Investitionskredite an die Industrie billiger werden. Gegenwärtig erreicht das Zinsniveau für Bankkredite in Frankreich durchschnittlich 14 Prozent bei einer Inflationsrate von 7,7 Prozent (Jahresvergleich Juni).

Die Sparzinsen waren zuletzt Ende Juli 1983 um ebenfalls einen Punkt herabgesetzt worden. Sie ermäßigen sich ab Donnerstag auf 7,5 (8,5) Prozent für das einkommensschwachen Bevölkerungsschichten vorbehaltene Volkssparbuch. Für die anderen Sparbücher der Sparkassen, der Post und der Banken sind es 6,5 (7,5) Prozent.

zent - einschließlich des „blauen Sparbuchs“, auf das jeder Franzose bis zu 60 000 Franc (etwa 22 000 Mark) Sichteinlagen steuerfrei verzinst bekommt.

Um ebenfalls einen Punkt reduziert wird der Zinssatz für Bauspar-einlagen (auf neun Prozent) und für Sichteinlagen mit einer Laufzeit von fünf Jahren (auf zwölf Prozent). Bérégovoy begründete diese Kürzungen damit, daß die nachlassende Inflation im Zins berücksichtigt werden müsse. Bis zum Jahresende erwartet er einen Rückgang der Teuerung auf 6,5 Prozent.

So werden auch die Zinsen für einen Teil der aus den Spareinlagen finanzierten Kredite ermäßigt. Und zwar auf zehn (11) Prozent zu Gunsten der öffentlichen Gebietskörperschaften, auf 9,75 (10,75) bzw. 9,25 (9,75) Prozent für bestimmte Industrieinvestitionen und im günstigsten

Fall auf sieben (acht) Prozent für Bausparkredite.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Kreditentwicklung ist, daß verschiedene Banken bereits gestern ihren der amerikanischen Prime Rate entsprechenden Basiszins um 0,25 auf zwölf Prozent gesenkt haben. Sie tragen damit der jüngsten Entspannung am Geldmarkt, ihrer Hauptfinanzierungsquelle, Rechnung. Der Tagesgeldsatz ist in den letzten drei Tagen von zwölf auf 11,50 Prozent zurückgegangen.

Obwohl die Banken seit dem 10. Januar 1983 ihren Basiszins nicht verändert hatten, sind sie jetzt bei der Rücknahme zurückhaltend geblieben. Sie berufen sich dabei auf ihre übermäßigen Finanzkosten und Ausfallquoten bei den Firmen von der Regierung auferlegten Rettungsaktionen zu Gunsten notleidender Unternehmen.

DEUTSCHER LLOYD / Stornoquote noch über dem Branchendurchschnitt - Ertragsplus in der Sachversicherung

Konsolidierung bei Leben zeigt erste Erfolge

DANKWARD SEITZ, München
Ganz allmählich beginnen bei der Deutschen Lloyd Lebensversicherung AG, München, die 1983 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen zu greifen. Schon in diesem Jahr hofft Vorstandsvorsitzender Harald Kluge die schon fast chronisch hohe Stornoquote der Gesellschaft auf etwa 8 Prozent drücken zu können, nachdem die ersten sechs Monate 1984 eine leichte Abnahme auf 8,24 Prozent gebracht haben. Doch ein langer Atem wird wahrscheinlich sein, um einmal den derzeitigen Branchendurchschnitt von 5,2 Prozent zu erreichen. Noch auf absehbare Zeit wird man daher, so Kluge, der Qualität des Neugeschäfts Vorrang vor Wachstum geben müssen.

Daß dies nicht so einfach umzusetzen ist, verdeutlicht schon das Ausscheiden von Udo Rogotzki aus dem Vorstand vor wenigen Wochen. Schon nach einem Jahr der Konsolidierung setzte er wieder, so Kluge, auf Wachstum, so daß man sich von ihm habe trennen müssen. Und statt der ursprünglich geplanten Ausweitung des Neugeschäfts auf etwa 1,4 Mrd. DM ohne man lieber noch einmal einen Rückgang um 100 Mill. auf

rund 1,2 Mrd. DM in Kauf. Auch der Großaktionär, die italienische Assicurazioni Generali, habe sich inzwischen daran gewöhnt, daß Lloyd Leben langfristig nur dann Erfolg haben könne, wenn auf überdurchschnittlich hohe Expansion wie in der Vergangenheit verzichtet würde.

In diesem Zusammenhang will Kluge sich künftig verstärkt von sol-

Deut. Lloyd Leben	1983	±%
Versicherungsbest. (Mill. DM)	11 315,0	+ 1,7
Einzel. Neugeschäft	1333,6	- 8,3
Beitragsentnahmen	424,2	+ 5,0
Aufw. f. Vers.-Fälle	123,3	+ 54,2
Kapitalerträge	323,9	+ 1,1
Durchschn.-Rendite (%)	57,3	+ 2,2
Aufw. f. Beitr.-Rückst.	178,3	+ 34,7
Rückst. f. Beitr.-Rückst.	354,1	+ 19,2
1983	1982	
Stornoquote %	8,5	8,5
Verw.-Kostenquote %	0,3	0,0
Abrech.-Kostenquote %	50,0	49,8
Überschußquote %	42,2	33,8

1) ohne Depotforderungen; 2) Rücklauf, um wendige, in Beitr.-freie Versicherung u. sonst. vorzeitiger Abgang in % d. Anfangsbestandes; 3) sonst. Aufw. d. Vers.-Betriebs in % d. Beitrags; 4) in Promille d. einzahl. Neugeschäfts; 5) Bruttoertrag in % d. Beitrags.

Deut. Lloyd Sach	1983	±%
Bruttoprämie (Mill. DM)	292,3	+ 7,5
Nettoprämie %	177,7	+ 0,9
Aufw. f. Vers.-Fälle	113,4	- 0,1
Verw.-techn.-Ergebnis %	+ 1,5	- 3,1
Kapitalerträge	233,6	+ 5,6
Durchschnittsrendite %	19,6	+ 3,4
in % d. verd. Beitrags	1983	1982
Selbstbeh.-Quote	61,0	61,2
Schadenquote	38,0	39,1
Verw.-Kostenquote	30,9	31,4
Abrech.-Quote %	116,8	117,3
Eigenkapitalquote	23,7	21,2

1) Brutto- minus Rückversicherungsbetrag; 2) nach Zuführung (Entnahme) von + (-) 1,2 (+ 7,6) Mill. DM zur (aus) Schwundquote; 3) ohne Depotforderungen; 4) vers.-techn. Rückstellungen.

Auf ein „erfreuliches“ Ergebnis - ähnlich wie in den Vorjahren - kann man, so Kluge, bei der Deutschen Lloyd Versicherungs AG zurückblicken. Nach dem Wachstumsprung 1982 durch die Übernahme der Deutsche Elementar Versicherungs AG, Hamburg, hätten sich die Zahlen jetzt

Investieren in der Schweiz Immobilien

Für Ausländer bewilligter Verkauf von Miethäusern: mit Durchschnittsrenditen von 6,7 bis 7,5 %. Bewilligte Verkaufsmöglichkeit nach 10 Jahren. Sehr gute Wertanpassung (5 % pro Jahr)

A Schmitt:	24 Wohnungen
minimale Eigenmittel	str 1 620 000,-
B Avenches:	21 Wohnungen
minimale Eigenmittel	str 900 000,-
C Prez-Vers-Noreaz:	9 Wohnungen
minimale Eigenmittel	str 800 000,-

Für weitere Informationen und Unterlagen:
PROGESTION SA
Rue Pierre-Auby 187, CH-1700 Freiburg (Schweiz)
Tel. 06 41 / 31 22 78 62

Chance für Kutschen-Liebhaber

Der Gründer und Besitzer einer führenden Kutschenbau-Firma bietet sein Unternehmen einem Kutschen-Liebhaber zur Übernahme an. Die Firma hat sich auf den Bau von stilvollen Kutschen und Turnierschneepisten spezialisiert. Neben hochqualifiziertem Fachpersonal können die bestehenden Einrichtungen übernommen werden. Kaufleute, welche das Geschäft mit dem Hobby verbinden und mehr über dieses seriöse Unternehmen mit beständigem Namen erfahren möchten, sind gebeten, sich an Chiffre 44-62 718, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich, zu wenden.

ETW am Meer, 4 ZL, 80 m², 3 Min. v. Strand, sehr schöne Lage. DM 97 500,- zzgl. Kosten.
Tel. 06 21 / 11 54 - 7 99 26

4235 Schornberg
Wald, Atr.-Bungal., 14 m², geh. rustik. Ausstattung, off. Kamin, Garage, ab 1. 10. 84 zu verm.
Tel. 06 22 62 / 6 22 85

ÖSTERREICH
Urlaubs- u. Rendite-Objekt
Hanghaus/Gge. st. Salzkammergut, 3 Salongen u. Wandergg., geh. Ausst., 180/1000 m², gut veranlag., Grundbesitz, priv., VB 350 000,-
Tel. 06 71 / 7 85 57

Oberbayern
in Kurort, Liebschaftsobjekt, ausgestattete Villa a. Hang, herrl. Blick, Jugendstil-Einrichtung, 21 Mo.
GED-Immobilien, Tel. 0 91 31 / 2 23 17

Dipl.-Ing. 43 J., sucht eine tätige Teilhaberschaft
an einem kleinen Unternehmen (Industrie, Handel, Dienstleistung). Eine spätere Übernahme wird angestrebt. Kapital vorhanden.
Angebote erb. u. X 8812 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Beim Chiemsee ca. 1200 m² Baugrund, herrl. ruhige Ortsrandlage, Bausaum: U + E, DM 350 000,- GED-Immobilien, Tel. 0 91 31 / 2 23 17

Düsseldorf/Seestern
In 18 Geschossen werden
courtagefrei vermietet:
1- bis 3½-ZL-Wohnungen sowie Büroflächen von 200 bis 2000 m² z. T. klimatisiert.
Anfragen an Baubetreuung
Essen KG (GmbH & Co.)
Düsseldorf: 02 11 - 59 48 80
Hamburg: 0 40 - 33 68 45

ADOLF STEINER IMMOBILIENBERATUNG
bietet an: Immobilien-Vermittlung zu folgenden Preisen:
a) Anmietungen von Wohnungen und Gewerbe nur 1 Monatsmiete bei Abschluss.
b) Anmietungen von Gewerbe nur 1 Monatsmiete.
c) Vermietungen und Verpachtungen von Gewerbe nur DM 200,-.
d) Vermietungen von Wohnungen für den Vermieter kostenlos!
e) An- und Verkauf von Immobilien aller Art nur 1 % des Preises!
f) Wohnungsverwaltungen nur DM 12,50 pro Monat und Wohnfläche!
Ebenso bieten wir Beteiligungen, Hypotheken, Barkredite und Anlagen!
„In Leistung groß, im Preise klein, das kann nur -immobilien steiner sein!“
Anfrage an die ADOLF STEINER IMMOBILIENBERATUNG
Postfach 28 66, 4620 Castrop-Rauxel 1
oder telefonische Informationen unter 0 23 65 / 4 10 31
montags bis samstags von 9.00 bis 20.00 Uhr.

Sichere Kapitalanlage
steuerfrei bis 1988 ab DM 100 000,- zum Nennbetrag ohne Prov. u. Agio, 5 % Verzinsung sind garantiert u. werden rückw. ab 1. 1. 84 gezahlt.
Zusch. unt. 8 3719 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

„ganz klar!“
Notiz-Quader von
KNAUER
in allen
Autosupermärkten

KNAUER
NOTIZ QUADER
7616 Biberach/Baden Postfach 1514
Tel. 07345/782-0, Telex: 7-52555-5

Die besondere Adresse
für Eichenmöbel
Unter Ausnutzung der ansehnlichen und reifen Eichenbestände im Waldgebiet von 14-15 Uhr geöffnet, keine Beratung, kein Verkauf

Eichenmöbel
Wilmssen
4400 Münster-Armelshausen
Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadowstr. 02501/59088

Sonderaufgaben
aller Art...
übernimmt Tag und Nacht unser
eingespieltes Team
WEDO Organisationservice
Postfach 2
Eilendstraße, Wollmerstr. 25,
6730 Neustadt 1, Tel.: (063 21)
27 80 01, Telex: 4 54 839 (joehjd)

Anrufbeantworter
mit Fernabgabe
Funktelefone
300 mtr. bis 20 Kilometer Entfernung
nur für den Export
S. FUGL Industrievertriebs GmbH
THESENSTR. 123
8000 MÜNCHEN
Tel. 0 89 / 52 15 21, 2 72 00 38

Produktions- und Lagerhalle
im GI-Gebiet, 6500 m², Büro 800 m², Grundstück 17 500 m², Gleisanschluss, Elektro- und Druckluftversorgung, kurzfristig zu verkaufen oder zu verpachten.
Zuschr. unter M 8649 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wohnanlage gesucht
Wir verwerfen für Sie Ihre Wohnanlage in Wohnungseigentum. Ihre Vorteile: Hoher Preis - Aufteilung durch uns - Preis- und Abwicklungsgarantie.
Vertrauliche Anfragen sind zu richten an:
Verwaltung Drinbert, Goebelestraße 10, 4600 Dortmund 1
Telefon 02 31 / 57 83 35, Herr Neuffer

Gute Bücher nur abends

rst. - Stanislav Jaga, Leser des tschechischen Partelorgans „Rude Pravo“, ist empört. In den vergangenen fünfzehn Jahren hat er „Runderte von Stunden“ in Schlangen verbracht - vor Buchläden! Und trotzdem konnte er, einige Dutzende Bücher, die er sich für seine Bibliothek gewünscht hätte, nicht kaufen. Der staatliche Buchladen „Kniha“ bekam nämlich jeweils nur zwei, drei Exemplare des von den Kunden gewünschten Romans oder Sachbuches. Und diese waren bereits für die örtliche Bücherei bestimmt.

Ähnlich wie Leser Jaga aus Nordmähren beschwerte sich in „Rude Pravo“ auch der Rentner Antonín Liška aus dem Bezirk Pilsen-Süd. In der Umgebung seines Wohnorts gibt es zwölf Ortschaften ohne Buchläden. Darum beschloß Rentner Liška, selber Buchhändler zu werden, einem dringenden öffentlichen Bedürfnis abzuhelfen und sich sogar noch einige Kronen dazuverdienen. Anfangs schien auch alles gutzugehen. Liška nahm vom staatlichen Buchhandel für 15 000 Kronen pro Quartal Bücher in Kommission und suchte in den „vernachlässigten“ Orten Kunden.

Sehr schnell hatte der geschäftstüchtige Rentner die Bücher an lesehungrige Kunden abgesetzt. Seit einigen Monaten aber verkauft Liška viel weniger. Der Grund: Statt für 15 000 Kronen bekommt er jetzt Bücher nur noch im Wert von 5000 Kronen.

Und in Zukunft soll es den Buchliebhabern in der Tschechoslowakei sogar noch schlechter gehen. Die Schlangen vor den Buchläden sollen den Funktionären nämlich auf, und man begann sich argwöhnisch zu fragen, ob diese Leute, die da drei, vier Stunden vor dem Laden auf ein Buch warteten, dies nicht in ihrer für den Staat so kostbaren Arbeitszeit taten. Regelmäßige Kontrollen sollen nun solche Buchliebhaber aufspüren und den Betriebsleitungen melden.

Und damit man in der Zukunft nicht mehr zum Schlangestehen während der Arbeitszeit verführt werden kann, sollen die Neuerscheinungen des Buchmarktes - so wie es in den nordmährischen Städten schon Praxis geworden ist - überall erst am Abend zum Verkauf angeboten werden. Selbstverständlich wird es auch Ausnahmen geben. Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, der Genossen Andropow und Tschernenko sowie Husak und Bilak werden den ganzen Tag angeboten.

Spendable Gratulanten und eine Jubiläumsschau - Das Düsseldorfer Hetjens-Museum feiert Geburtstag

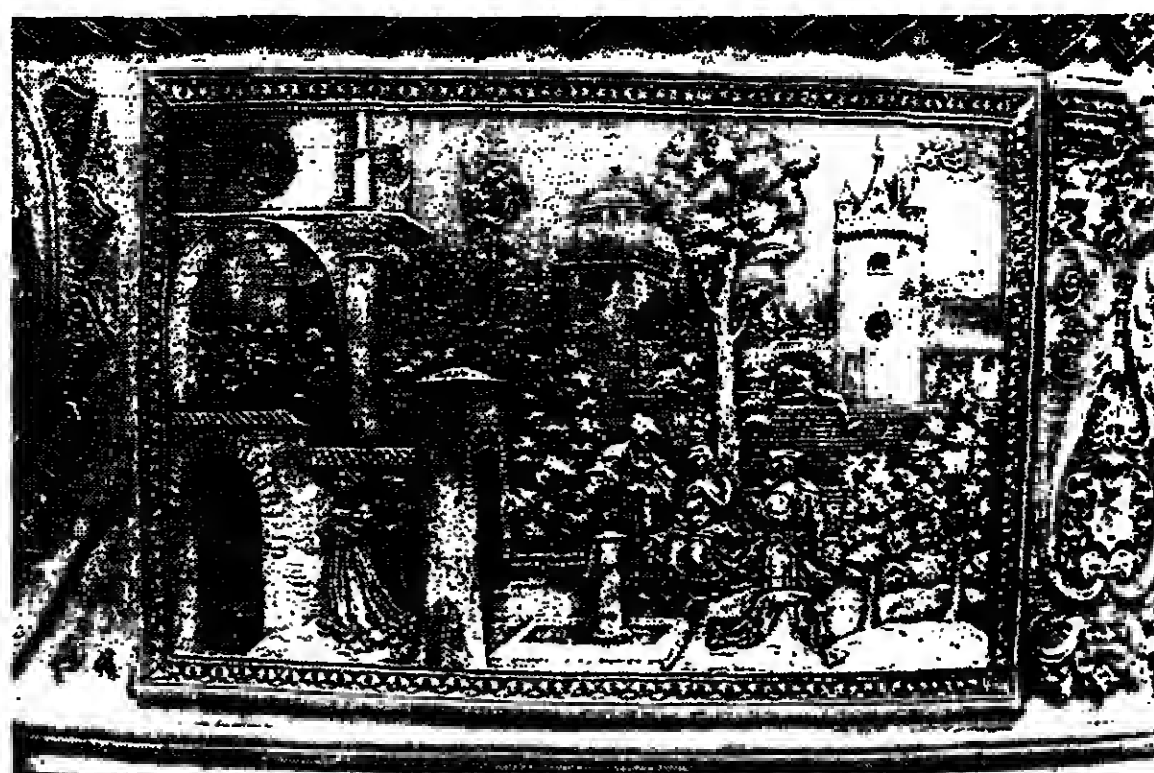
Aus Meißen kommen die Goldchinesen

Das Düsseldorfer Hetjens-Museum ist 75 Jahre alt geworden. Die Gratulanten zeigten sich wieder einmal sehr spendabel. Der Freundeskreis des Museums schenkte zwei große Steinzeugkrüge, zwei Prachtstücke, die wegen der außerordentlichen Qualität der Gestaltung und der kaum zu überbietenden Feinheit der Reliefaufgaben als seltene Zeugnisse des keramischen Kunsthandwerks im vorigen Jahrhundert eine wertvolle und willkommene Bereicherung des Museumsbesitzes bedeuten. Besonders der über einen Meter hohe Schankkrug aus dem Jahr 1883 von Dümmler & Breiden in Hön-Hörsen - eine der bekanntesten Manufakturen des Kannebillerlandes - verdient mit Recht die Bezeichnung Prunkgefäß und war seinerzeit als unübersehbares Schaustück für große Ausstellungen gefertigt worden.

Historismus war damals kein Schimpfwort. Die seit der Renaissance ununterbrochene Tradition der Steinzeugherstellung im Westerwald bediente sich frei und souverän der Renaissance-Ornamentik und hielt sich bei den Bildreliefs ebenso frei an grafische Vorbilder deutscher Renaissancekünstler wie Dürer, Cranach oder Aldegrever. Auf diesem prächtigen Krug zeigen sich biblische Szenen wie „Judith und Holofernes“, „Susanna im Bad“ und die „Kundschafter“ zum Beispiel. Sie sind von Peter Dümmler (1860-1907) signiert und von seinem Sohn, dem ebenfalls hiesigen Krug, halb so groß, ist eine Arbeit von Hubertus Schiffer aus Rarzen, der sich enger als Dümmler an seine Vorbilder hielt, an Jan Emens und Jan Baldens Meinen. Vor allem, die im 16. Jahrhundert wesentlich zur Blüte des Rarzen Steinzeugs beigetragen haben.

Beide Krüge stammen also aus einer Zeit, die von der Kunstwissenschaft lange mißachtet und von den Sammlern und Museen deshalb vernachlässigt wurde. Erst seit einigen Jahren erfährt der Historismus eine vernünftige Rehabilitation und nicht selten schon wieder eine befriedigende Aufwertung. Die Museen müssen ihre Lücken füllen. Auch bei dem sonst wohlbestückten Hetjens-Museum bleibt da noch viel nachzuholen. Diese beiden Geburtstagskrüge leisten jedenfalls einen markanten Beitrag.

Eine andere Lücke schließt die Schenkung von Hetj und Berthold Glauert aus Solingen mit 88 Keramik aus Ecuador. Präkolumbianische Keramik war in Düsseldorf bislang nur bescheiden vertreten; und volkends Keramik aus Ecuador, seit kurzem erst erforscht, ist jetzt überhaupt zum ersten Mal präsent. Es handelt sich um Funde, an Ort und Stelle erworben, von der Küste und



Signiert von Peter Dümmler (1860-1907): Bildfeld auf dem Krug „Judith und Holofernes“, ein Prunkstück des Hetjens-Museums in Düsseldorf

den Küstleren aus der Zeit zwischen 1800 und 1500 vor Christus. Es sind Figuren und Gefäße sowie Gefäße, die Figuren sind und umgekehrt, männliche und weibliche Gestalten von hirnem Reiz und vermutlich kultischem Charakter.

Noch eine weitere Stiftung zielt den Geburtstagsabend des Museums, nämlich die kleine, aber kostbare Sammlung der Düsseldorfer Kunsthistorikerin Annemarie Sprung mit erlesenen Stücken aus europäischen Manufakturen. Auch sie enthält eine „Premiere“: zwei besonders reizvolle englische Porzellanfiguren aus der Goldanker-Periode der bisher im Hetjens-Museum noch nicht vertretenen Chelsea-Manufaktur. Die eigentliche Kostbarkeit dieser Schenkung aber bildet frühes Meißener Porzellan, das in den Augburger Werkstätten der Bausmaler Seuter und Aufferwerth mit sogenanntem „Goldchinesen“ bemalt wurde. Da bewegen sich über das weiße Porzellan silhouettenhafte, zierliche Gestalten in Gold, lustwandelnd unter Bäumen, trinkend Tee, rauchend oder mit Räucherwerk beschäftigt, hantieren mit Schirmen und Fächern und variieren so auf ausladende Weise die damals beliebten Chinoiserien.

Wenn das Hetjens-Museum seine mauersteinigen Freunde nicht hätte, Es verdankt ihnen seine Existenz, seine Entstehung und seinen Namen. Seit Laurenz Heinrich Hetjens mit seiner damals schon sehr berühmten

Steinzeugsammlung den Grundstock dafür gelegt hat, haben immer wieder Stiftungen die umfangreichen Ankäufe von Einzelstücken und ganzen Sammlungen ergänzt und gefördert. Heute ist das Hetjens-Museum das einzige Spezialmuseum in Deutschland, das die Keramik aller Zeiten und Kulturen, unter kunst- und kulturhistorischen Aspekten beispielhaft sammelt, präsentiert und interpretiert; es darf sich deshalb „Deutsches Keramikmuseum“ nennen.

Als solches pflegt und fördert es mit besonderem Engagement auch die zeitgenössische Keramik. Zum Jubiläum zeigt es eine Ausstellung „Deutsche Keramik heute“, die einen breiten Überblick über das vielfältige Schaffen „der in Deutschland mit Ton künstlerisch Arbeitenden“ gewährt. Schon diese ziemlich gedruckte Definition läßt erkennen, daß der Keramik aller Schläge nicht mehrmals nachgehend ist. In der Tat präsentieren sich die rund zweihundert Arbeiten von fünfzig deutschen Keramikern und Keramikerinnen in einer formalen und handwerklichen Vielfalt, die von der klassischen Gefäßform bis zum abstrakten Objekt, von der schlichten Irdware bis zur feingliedrigen Plastik aus Porzellan reicht.

Viele der heutigen Keramiker haben sich mehr und mehr vom Rad gelöst, das Jahrtausende hindurch das Töpferhandwerk geprägt hat; nur wenige sind noch Töpfer im alten

Sinn. Sie formen aus der freien Hand - ein Verfahren, das freilich noch älter ist als die Töpferschleife; die meisten bedienen sich aller möglichen Techniken gleichzeitig. Sie bauen ihre Werkstücke aus Platten und Wülsten auf, montieren und deformieren gedrehte Teile, fügen sie zusammen zu Skulpturen, Reliefs oder plastischen „Stilleben“, pop-artigen Gebilden mitunter oder strengen, kargen Konstruktionen, die fast alle Beziehungen zur bildenden Kunst erkennen lassen.

Mehrere Generationen sind in dieser Ausstellung vertreten. Der älteste Repräsentant seines Faches ist der 81jährige Otto Meier, der jüngste, Guido Sengle, ist 28 Jahre alt. Nur acht sind jünger als vierzig. Das mag an der Auswahl liegen und läßt hoffen, daß die jüngeren Nachwuchsschüler nicht fehlenden Nachwuchs schließen. Immerhin erscheint es bemerkenswert, daß der jüngste „Tonkünstler“ dieser Auswahl wieder ein Töpfer ist, der schlichte Vasenformen vorstellt, die zu gebrauchen sind und sich gleichermaßen durch klare Gliederung und wunderschöne Glasuren auszeichnen - wie die des Seniors Otto Meier.

Vielleicht liegt die Zukunft der freien, skulpturalen Keramik doch mehr im Bereich der bildenden Kunst; Beispiele, die sich in Ausstellungen zeitgenössischer Plastik und Kleinplastik mehr, könnten darauf schließen lassen. (Bis 15. 9. 84; Katalog 58 Mark.) EO PLUNION

„DDR“-Theater - Stellungnahme von H. Budde

Laßt die Puppen tanzen!

Unlängst zog Klaus Pfitzner, 1. Sekretär des Verbandes der Theaterschaffenden der „DDR“, in Ostberlin „Theater der Zeit“ wortreich über meine bislang an dieser Stelle veröffentlichten Beiträge her, in denen ich mich kritisch mit der Situation des „DDR“-Theaters auseinandergesetzt. Aber aus Mangel an Argumenten erging er sich nur in deftigen Beschimpfungen.

Von journalistischer Wegelageri schlimmsten Zuschnitts und „grober Raffinesse“ war da die Rede. Heißt es wieder mal meine Feststellung unwahr, wonach die Mängel im Bereich des „DDR“-Puppentheaters eindeutig auf das Konto der SED gingen. Schuld waren statt dessen die Künstler selbst. „Manche Künstler“ hätten eine bessere Ausbildung von Puppenspielern verhindert!

Man sollte solche Ausfälle wohl nicht mehr unwidersprochen lassen, schon im Interesse der verächtlichen Künstler nicht. Lassen wir also die „DDR“-Presse, selbst zu Wort kommen, die sich auf diesem vergleichsweise abgelegenen Gebiet trotz der Kontrolle durch die Funktionäre ziemlich unverblümt geäußert hat.

Faktum ist beispielsweise, daß die inzwischen wegen Papiermangels eingestellte Ostberliner Zeitschrift „Forum“ bereits 1978 in einem ganzseitigen Artikel auf die Verantwortlichkeit der „Kulturfunktionäre“ für die Mängel auf dem Sektor des „DDR“-Puppentheaters hinwies. Und was die gegenwärtige Situation betrifft: Kürzlich fand der 3. Lesungsvergleich der „DDR“-Puppenspieler statt, über dessen Ergebnis der Ostberliner „Sonntag“ kurz und knapp schrieb: „Die erfreuliche Quantität war keine Garantie für Qualität. Neben vereinzelt herausragenden Spitzenleistungen war allzuviel Alltägliches zu sehen.“ Im Wettbewerb der Ensembles und im Wettbewerb der Solisten wurden keine ersten Preise vergeben, weil, wie der „Sonntag“ messerscharf schlüßfolgerte, die Jury „insgesamt mit dem vorgelegten Leistungsniveau des Puppentheaters nicht zufrieden“ war. Und auch der Grund für die Unzufriedenheit, die Gängelung, wurde mehr oder weniger deutlich angesprochen. In ihrer Laudatio anlässlich

der in Ost-Berlin stattgefundenen Preisverleihung erklärte die Juryständige Käthe Seelig: „Die in der fünfjährigen Konzeption für das Puppentheater zwar deklarierte und mehrfach versicherte Gleichberechtigung, die facto aber noch bestehende Zweitrangigkeit bei staatlichen und gesellschaftlichen Gremien kann nur durch künstlerisch hochwertige Leistungen endgültig überwunden werden.“

„Was auf Ensembles wie Solisten zutrifft“, ergänzte in diesem Zusammenhang wiederum der „Sonntag“, „überzeugende künstlerische Leistungen aber braucht schöpferische Bedingungen und Hilfe wie Unterstützung durch entsprechende Institutionen. Daß diese Zusammenarbeit nicht produktiv wurde, gehört in den vergangenen Jahren zu den Versäumnissen, deren Wirkung intensiver ist, als zunächst anzunehmen war.“ Solche Feststellungen der eigenen Presse zeigen, daß der 1. Sekretär des „DDR“-Theaterverbandes wohl doch schliefte, wenn er in bezug auf die „DDR“-Theaterszene von einem „Vertrauensverhältnis“ der SED-Kulturfunktionäre zu den Theaterkünstlern spricht.

Als im vergangenen Jahr Vertreter des Ministeriums für Kultur und des Theaterverbandes zu einer gemeinsamen Beratung mit Leitern der staatlichen Puppentheater zusammentraten, forderte die SED-Kulturfunktionäre Gisel Holan „eine Erweiterung“ des Repertoires der Puppentheater „durch ideologisch und ästhetisch anspruchsvolle Stücke“. Doch im Ergebnis des vom Kulturministerium und vom Theaterverband veranstalteten Wettbewerbs um Stücke und Spielvorlagen für das Puppentheater wurde wiederum kein erster Preis vergeben, weil es offenbar an den erwünschten ideologisch anspruchsvollen Beiträgen mangelte! Auch das ist ein Ausdruck jener zwischen der SED und der Mehrheit der Theaterleute bestehenden Kluft, die nur durch mehr künstlerische Freizügigkeit aus der Welt geschafft werden könnte, nicht aber durch Beschimpfungen und Verdächtigungen, wie sie der Genosse Pfitzner dem Berichterstatter der WELT andeuten läßt. HARALD BUDDE

Medizin: Spritzen gegen Bandscheibenschäden

Vorerst nur für Könnner

Gegen die äußerst schmerzhaften Bandscheibenvorfälle, Zivilisationskrankheit der Sitzarbeiter, können neuerdings Spritzen helfen, die den vorgefallenen Bandscheibenknorpel auflösen. Wie Professor Mario Brock (Berlin) kürzlich auf dem 34. Kongreß für ärztliche Fortbildung in Berlin berichtete, wird den Kranken dabei Chymopapain, ein Enzym aus dem Saft der Papaya-Pflanze, eingespritzt. Diese neuartige Therapie, die nur von erfahrenen Neurochirurgen vorgenommen werden sollte, ist bei etwa jedem dritten Patienten mit einem Bandscheibenvorfall angezeigt. Allerdings sollte der Eingriff - wie übrigens auch die Operation - erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn eine physiotherapeutische Behandlung erfolglos geblieben ist.

Die Chymolyse von Bandscheibenvorfällen wurde bislang weltweit an etwa 40 000 Patienten durchgeführt. Und zwar wird dabei unter örtlicher Betäubung oder Vollnarkose das Chymopapain in die Zwischenwirbelscheibe gespritzt. Das Eiweißgewebe wird nach der Injektion des Enzyms „verdaut“. Das führt zur Größenabnahme und unter Umständen zum völligen Verschwinden des Vorfalls und der damit verbundenen Schmerzen. Verglichen mit dem, bis heute vor-

herrschenden operativen Vorgehen ist die Chemonukleolyse risikoärmer und auch billiger. Einer breiten Anwendung dieser therapeutischen Möglichkeit steht jedoch noch die recht geringe Zahl erfahrener Neurochirurgen gegenüber. Die Erfolgschance der Chemonukleolyse wurde - wenn die Indikation sehr vorsichtig gestellt wird - mit etwa 80 Prozent angegeben. Als Nebenwirkungen können gelegentlich stärkere Rückenschmerzen auftreten, die zu einer längeren Bettruhe zwingen.

Tritt ein Erfolg der Chemo-lyse nicht sofort auf, so hängt das im allgemeinen damit zusammen, daß durch das Chymopapain zunächst nur der zentrale Anteil der Zwischenwirbelscheibe aufgelöst wird, während das umgebende Gewebe erst im Verlauf der folgenden sechs bis zwölf Wochen abgebaut wird. Ein endgültiges Urteil über Erfolg oder Mißerfolg der Chemo-lyse ist daher erst einige Wochen nach dem Eingriff möglich.

Wie bei jeder Injektion von eiweißhaltigen Wirkstoffen muß auch beim Chymopapain grundsätzlich mit allergischen Reaktionen gerechnet werden. Erfolgversprechend ist diese Form der Behandlung jedoch nur in den Fällen, in denen der Faserring der Bandscheibe noch nicht zerstört ist. BERND STEFAN

Kinotrüchtige Brutalo-Ballade oder Billig-Freud? - Francis Coppolas neuer Film „Rumble Fish“

Am Boden wabert der Trockendampfnebel

Ein Film wie Blei: Grau und schwerfällig, trist und ungemut kommt Francis Coppolas neuer Film „Rumble Fish“ nach dem Roman von S. E. Hinton daher. Das Publikum flüchtet scharenweise aus dem Kino. Erwartungen werden nicht erfüllt.

Erwarten mußte man, so wie „Rumble Fish“ von deutschen Verleih ausgerufen wurde, eine jener kinotrüchtigen Brutalo-Balladen aus dem Milieu amerikanischer Halb- wüchsigkeit mit viel Schlägerei und Motorradlärm vor der allfälligen sozialkritischen Kaschierung.

Gerade diesen Filmtyp, den er mit seinen „Outsiders“ kürzlich durchgespielt hat, dreht Coppola nun auf das entscheidendste um. Er lockt damit und verwirgelt ihn doch. Der Film ist noch keine zehn Minuten alt, da kommt es zu einem Gang-Kampf in einer verlassenen Garage. Ein Messer blitzt, Blut trief, Scheinwerfer blendet die horrende Choreographie der toben den Banden an. Aber dabei bleibt es. Der Rest ist Seelenarbeit.

Coppola hat diesen Film in Schwarzweiß gedreht. Das bedeutet schon soviel wie: Filmmusik. Die

Hochbaukollissen der Stadt sehen papieren aus: offenbar Standfotos, im Studio aufgezogen. Am Himmel dräuen die Wolken grau in grau, und am Boden wabert der Trockendampfnebel. Immer wieder greift Coppola auf Mittel des expressionistischen Stummfilms zurück.

Coppola schätzt Wim Wenders. Er hat mit „Rumble Fish“ versucht, einen sehr deutschen Film zu drehen. Das ist ihm nur zu gut gelungen, denn er fällt auf dessen Fehler herein, ohne irgendwo die tiefen, dumpfen Qualitäten zu erzielen, die sich freilich auch im neuen deutschen Film sehr rar machen. Dem Irrtum, Kino müsse einem den Abend lang und leidend machen, um Kunst zu sein, ist Coppola voll erlegen.

Der Rumble Fish ist eine Spezies von Kampffischen, die scheinbar grundlos aufeinander losgehen, als hätten sie nichts als die Vernichtung der eigenen Art im Sinn. Ein Rumble Fish attackiert im Extremfall sogar sein eigenes Spiegelbild. Dieses Tier, hier in einer Zoohandlung im Aquarium gehalten, nimmt Coppola als symbolträchtige Überhöhung seiner Ge-

schichte - und diese Fische, blau und rot, sind denn auch die einzigen Farbtupfer im Schwarzweißmaterial.

Das Bandenunwesen dümmert schon seinem Ende entgegen. Aus sportlich-mörderischen Crews sind vom Rauschgift vollgepumpte Vereine geworden. Rusty-James, Hauptfigur in „Rumble Fish“, begreift das nicht. Fixiert auf das Vorbild seines älteren Bruders, kreist sein Denken noch ganz in dieser Welt von gestern. Er versucht, die alten Gesetze in Kraft zu halten. Es funktioniert nicht mehr. Er kriegt schlimme Blessuren ab.

Der ältere Bruder, farbenblind und halb taub aus seiner großen Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, spielt die Rolle des weisen Idioten. Er hat begriffen, daß es die Sache, um die es einst ging, nicht mehr gibt. Er hat seine Erfahrungen teuer bezahlt.

All das sieht der jüngere Bruder nicht. Er begreift es erst, als das Idol schließlich und endlich und überflüssigweise von der Polizei hinter Gittern erschossen wird. Er nimmt dessen Motorrad und fährt über den großen Fluß gen Westen, wie es der große Bruder ihm aufgetragen hatte. Von

solcher Trivialsymbolik ist Coppolas Film arg voll.

Ärger wird es noch, wenn Coppola die beiden Brüder mit ihrem versoffenen Vater übers Leben psychologisieren läßt. Da kehrt der Billig-Freud eines Tennessee Williams mit vierzigjähriger Verspätung wieder. Manchmal sieht es ja wirklich so aus, als hätte Amerika gar nichts begriffen.

Im Handwerk, vor allem in Schnitt und Kamera, ist der Film bei alledem rückwärts sehr gut gemacht. Geprägt wird auf unterschiedlichem Niveau. Mickey Rourke als großer Bruder liefert eine recht eindrucksvolle Studie, Dennis Hopper liefert als Vater eine exquisite Charge. Matt Dillon als Rusty-James hat außer sich selbst noch wenig vorzuführen.

Einen guten Film, der Bandenwesen und Jugendkriminalität auf der Leinwand beidseitig hätte man sich in heutiger Kinozeit wohl gewünscht. Coppola bleibt nicht das Thema schuldig, aber den Film. Diejenigen, die er ansprechen will, sind bloß gestuzt und suchen, wie gesagt, das Weiße vor der Zeit. REINHARD BEUTH

Tonbilder aus dem stalinistischen Rußland: Chailly's Schallplatte von Prokofjews „Alexander Newski“

Hand in Hand mit Sergej Eisenstein geschrieben

Schon in den zwanziger Jahren war für die musikalischen Formen eine Revolution angebrochen. Im Gefolge von Futurismus und Konstruktivismus hatten sich herkömmliche Muster wie Sonate, Liedform, Rondo usw. zerspalten und aufgelöst - mechanistische „Baukastenformen“ pflegten mit musikalischen Elementen einen Umgang wie mit austauschbaren Ersatzteilen. Das Prinzip der Reprise geriet außer Kurs: Der junge Schostakowitsch etwa komponierte seine 2. und 3. Sinfonie ganz ohne Themenwiederholungen.

Dieses „Baukastenmaterial“ erfuhr unvorhergesehenmaßen neue Anwendungen im neuen Medium des Films, genauer: des aufkommenden Tonfilms. Gesetze der Bildschnitttechnik ersetzten die frühere musikalische Logik von Exposition, Durchführung und Reprise. Spezielle „Filmmusik“ entstand, die wiederum nicht ohne Rückwirkung auf die zeit-

genössische Sinfonik blieb. Auch in sie drangen Prinzipien wie Szenenfolge und Bildschnitt.

Unter diesen Voraussetzungen ist Sergej Prokofjews schon wieder in Rußland entstandene, nach seiner gleichnamigen Tonfilmmusik gestaltete Kantate „Alexander Newski“, op. 78, aus den Jahren 1938 bis 1939 in mehrfacher Hinsicht ein Dokument. An der Filmmusik hat Prokofjew tatsächlich Hand in Hand mit dem berühmten Filmmusikregisseur Sergej Eisenstein gearbeitet, wobei die Musik durchaus nicht immer zur Magd der szenischen Handlung degradiert wurde, sondern Eisenstein hat umgekehrt auch aus der Musik kommende Anregungen als Filmbild aufgefunden.

Zum anderen geschah dies schon in einer äußerst kritischen, blutigen Zeit. Die Dogmen des „sozialistischen Realismus“ waren in Kraft,

Künstler wie Meyerhold, Isak Babel oder Ossip Mandelstam den Stalinischen Säuberungen bereits zum Opfer gefallen; was an dieser Musik als „volksnah“ und „realistisch“ für ihre Beliebtheit auch im Westen sorgte, der in jenen Jahren gleichfalls an „populistischen“ Neuer Musik Gefallen fand, wurde in einer Situation der Vorsicht und Furcht vor politischem Mord komponiert. Und die Musik verrät allenfalls zwischen den Zeilen etwas von diesem makabren Hintergrund; dem unbefangenen Hörer erscheint sie sicher problemlos, ziemlich „russisch“ in ihren Mussorgski-ähnlichen Diktionen, monumental und bombastisch. Es liegt in der Hand des Interpreten, daraus einen uninteressanten „Schinken“ werden zu lassen.

Der Aufnahme von Cleveland-Chor und -Orchester unter Riccardo Chailly (Decca 6.42945) ist nachzutun, daß sie, bei hupenreiner Digital-

JOURNAL

Daimler-Benz unterstützt Bundesjugendorchester

in Stuttgart
Das Bundesjugendorchester mit seinen über 100 Musikern im Alter zwischen 13 und 20 Jahren wird in diesem Jahr erstmals von der Daimler-Benz AG unterstützt. Das Unternehmen, das damit Spitzenleistungen auf kulturellem Gebiet fördern möchte, finanziert zunächst für drei Jahre jeweils eine Arbeitsphase des Bundesjugendorchesters. Die Sommerarbeitsphase des Bundesjugendorchesters findet von Mitte August bis Anfang September statt.

Gemäldeaustausch: Bayern und UdSSR

R. M. München
Im Rahmen eines zwischen dem Kultusministerium der UdSSR und dem bayerischen Kultusministerium vereinbarten Austausches von Ausstellungen werden die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen im Herbst dieses Jahres 40 bedeutende Werke der europäischen Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts aus dem Bestand der Alten Pinakothek in München und in Leningrad zeigen. Die Ausstellung findet vom 3. September bis 14. Oktober 1984 im Moskauer Puschkin-Museum und anschließend in der Eremitage in Leningrad statt. Als Gegengabe stellt die UdSSR unter dem Titel „Gold der Skythen“ 170 ausgesuchte Museumsstücke aus der Eremitage vom 19. 9. 12. 1984 in München aus.

Die Barocktage 1984 im Bruchsaler Schloß

in Stuttgart
Die „Bruchsaler Barocktage 1984“ finden vom 7. bis zum 29. Oktober auf Schloß Bruchsal statt. Auftreten werden Ensembles aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, England und Brasilien. Während der Begegnungen mit alter Musik finden Interpretations- und Musizierkurse in Blockflöte, Gambe und Cembalo statt. Im Rahmenprogramm der Begegnungen sind außerdem enthalten: Workshops, Diskussionen und eine Ausstellung von Reproduktionen historischer Instrumente.

4. Phantastik-Tage von Wetzlar

T. L. B. Wetzlar
Für die 4. Wetzlarer Tage der Phantastik, die vom 31. August bis 2. September stattfinden, sind in diesem Jahr die Schwerpunktthemen „Science Fiction und Presse“ und „Science Fiction in den Medien Film, Funk, Fernsehen“ gewählt worden. Hierüber werden Autoren mit den eingeladenen Lektoren, Journalisten, Regisseuren, Buchhändlern und Grafikern diskutiert. Außerdem wird wieder der von der Stadt Wetzlar gestiftete Phantastik-Preis verliehen.

Rafael Kubelick dirigiert nicht in Luzern

dpa, Luzern
Der Dirigent Rafael Kubelick muß aus gesundheitlichen Gründen aus der Leitung des Eröffnungskonzerts der Internationalen Musikfestwochen in Luzern verzichten. Kurzfristig konnte der tschechoslowakische Dirigent Jiri Belohlavek verpflichtet werden. Das traditionelle Sonderkonzert vor der eigentlichen Eröffnung der Musikfestwochen fällt jedoch aus.

Keine baumlebenden Vorfahren der Vögel?

D. B. Frankfurt
Die Vögel stammen nach Ansicht von Dr. Peters vom Frankfurter Forschungsinstitut Senckenberg nicht von baumlebenden Vorfahren ab. Zu diesem Schluß gelangte er durch die wissenschaftliche Bearbeitung fossiler Vögel aus der Grube Messel bei Darmstadt, als er konstruktionsmorphologische Untersuchungen vornahm.

Wunderschön ist der Mezzosopran von Irina Archipowa: eine jener zugleich warmen und dramatischen Stimmen, wie man sie wohl nur in Rußland findet, dessen byzantinische Gesangs Traditionen viel enger mit dem „Wort“ verbunden sind. Alles in allem eine Aufnahme, die Strukturen hörbar macht, die die Genesis dieser Musik nicht zudeckt, in der man dem „Vitalismus“ der 30er Jahre seine futuristische und konstruktivistische Vorgeschichte durchaus anhört.

DETLEF GOJOWY



Erst emigriert, später dem Stalinismus gewidmet: Der russische Komponist Sergej Prokofjow

FOTO: CAMERA PRESS

